

Nr. **7/8 2005**
99. Jahrgang
Zürich, Juli/August 2005

Zeitschrift
des
Religiösen
Sozialismus

Christin und
Sozialistin/
Christ und
Sozialist

CuS

57./58. Jahrgang
2/3-2005

Neue Wege

Fulbert Steffensky
**Suche nach spiritueller
Erfahrung**

Detlef Dieckmann
«Bibel in gerechter Sprache»

Carola Meier-Seethaler
**Irrationale Hintergründe der
liberalen Wirtschaftstheorie**

Arnold Künzli
**Kapitalismus hat die Linke
gezähmt**

Christoph Butterwegge
**Armut in Ost- und West-
deutschland**

Manfred Züfle
Ein anderes Volk in Frankreich?

Redaktion:

Dr. Reinhard Gaede (verantwortlich),
Laarer Str. 297, D-32051 Herford,
e-Mail: reinhard-gaede@gmx.de
Michael Bschorr, Leopoldshöhe

Redaktions-Beirat

Friedrich W. Bargheer, Blomberg; Heiko Bluhm,
Lauffen a.N.; Maik Eisfeld, Hohenbergen;
Fritz Hufendiek, Berlin; Helmut Pfaff, Frank-
furt; Ingrid Schellhammer, Mutterstadt;
Wieland Zadernach, Schwaig

CuS/BRSD im Internet

www.BRSD.de

Webmaster/Webmistress

Darius Dunker und Tina Terschlitten, Aachen

Herausgeber

Bund der Religiösen Sozialistinnen und
Sozialisten Deutschlands e.V.
gegründet 1919/1926
Vorstand: Michael Bschorr, Reinhard Gaede,
Christian Gössling, Bertold Scharf, Robert
Wollborn

Abonnements

BRSD-Sekretariat
Michael Bschorr, Bobes Feld 14,
D-33818 Leopoldshöhe
Tel. 05202-884 883 / Fax 05202-884 884
e-Mail: MBschorr@t-online.de oder sekretariat@resos.org

Bezugspreise (inkl. Versand)

Inland 15 Euro pro Jahr
Ausland 18 Euro pro Jahr
Förderabo 20 Euro oder mehr
Bitte überweisen Sie den Betrag jeweils zum
Jahresbeginn an den BRSD e.V.,
Einzelheft EUR 4,-
Bankverbindung: KD-Bank BLZ 350 601 90,
Kto Nr. 2119 457010, für internationale
Überweisungen: IBAN DE
15350601902119457010, BIC GENODE33DKD
Kündigungen werden zum Jahresende
wirksam.

Artikel und Briefe an die Redaktion

CuS möchte ein Forum sein für alle, die Reli-
gion und Sozialismus zusammen sehen. Wir
freuen wir uns über Beiträge und Briefe.
Artikel per e-Mail, per Post nur auf Diskette,
als Ausdruck oder saubere Schreibmaschinen-
Fassung.

Inhalt

Seite

Suche nach spiritueller Erfahrung – Fulbert Steffensky	221
Das Projekt «Bibel in gerechter Sprache» – Detlef Dieckmann	229
Irrationale Hintergründe der liberalen Wirtschafts- theorie – Carola Meier-Seethaler	234
Nicht die Linke hat den Kapitalismus, dieser hat die Linke gezähmt – Arnold Künzli	239
Armut in Ost- und Westdeutschland – Christoph Butterwegge	246
Das Dokument: Sozialstaat statt Konzerngesellschaft – Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik	252
Ein anderes Volk in Frankreich? – Manfred Züfle	254
Zeichen der Zeit: Mehr Demokratie für Europa – Willy Spieler	258
Kolumne: Griff nach den Sternen – Lotta Suter	262
Aus unseren Vereinigungen: Befreiungstheologie in Europa? – Ferdinand Troxler	264
ReSos am Kirchentag – CuS-Redaktion	267
Bücher: Klaus Heide: <i>Poverty Reduction Strategy Papers – blind to the rights of the (working) child?</i> – Jürgen Schübelin	267

Adressen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Nummer

Prof. Dr. Fulbert Steffensky, Roosens Weg 7, D-22605 Hamburg
Dr. Detlef Dieckmann, Winterfeldtstraße 66, D-10781 Berlin
Dr. Carola Meier-Seethaler, Moserstrasse 42, CH-3014 Bern
Prof. Dr. Arnold Künzli, Chutzenstrasse 40, CH-3047 Bremgarten
Prof. Dr. Christoph Butterwegge, Abt. Politikwissenschaft,
Universität Köln, Albertus Magnus Platz, D-50923 Köln
Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Dr. Axel Troost,
Postfach 33 04 47, D-28334
Dr. Manfred Züfle, Goldackerweg 13, CH-8047 Zürich
Lotta Suter, PO Box 897, Hollis, NH 03049, USA
Dr. Ferdinand Troxler, Funkstrasse 99, CH-3084 Wabern
Jürgen Schübelin, Hansegracht 11, D-47051 Duisburg

Vorschau auf die nächste gemeinsame Ausgabe NW/CuS

Die nächste gemeinsame Ausgabe erscheint nicht wie ge-
plant im Oktober, sondern im November 2005.
Vorgesehen sind u.a. Kommentare zu «Deutschland nach
der Wahl».

Zum zweiten Mal erscheint ein «Kooperationsheft» der Neuen Wege mit CuS (Christ und Sozialist / Christin und Sozialistin). Im Zentrum steht direkt oder indirekt «Deutschland vor der Wahl». Voraus geht jedoch ein anderes, grundlegendes Thema: die «grosse Sehnsucht» nach einem ganzheitlich Letzten, das auch das Vorletzte der Politik von falschen Zwängen befreien könnte. **Fulbert Steffensky** hat uns seinen Vortrag über Spiritualität am Deutschen Evangelischen Kirchentag vom 25. bis 29. Mai 2005 für die Veröffentlichung zur Verfügung gestellt. Seite 221

Gerechtigkeit beginnt mit der Sprache – auch in der Bibel. **Detlef Dieckmann** stellt das Projekt «Bibel in gerechter Sprache» vor, das sowohl der Geschlechtergerechtigkeit als auch der Gerechtigkeit gegenüber dem Judentum verpflichtet ist. Seite 229

Mit dem nächsten Beitrag nähern wir uns der aktuellen politischen Auseinandersetzung: Die herrschende Wirtschaftstheorie des Neoliberalismus beruht auf irrationalen Annahmen und ist obendrein ein sexistisches Konstrukt, schreibt **Carola Meier-Seethaler** in ihrem Essay. Seite 234

Arnold Künzli übt Kritik am erbärmlichen Niveau der gegenwärtigen «Kapitalismusdebatte» in Deutschland: «Kapitalismuskritik ist System- und Strukturkritik oder sie ist keine.» Seite 239

Von **Christoph Butterwegge** folgt ein Armutsbericht, der diese Kritik bestätigt. 15 Jahre nach der DDR-«Wende» hat sich der Kapitalismus auch in Deutschland zu seiner neoliberalen Kennlichkeit in einer «postmodernen Zweiklassengesellschaft» entwickelt. Seite 246

Dass es ökonomischen Sachverstand links von der rot-grünen Regierung gibt, bestätigt die **Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik** in ihrem jüngsten Memorandum «Sozialstaat statt Konzerngesellschaft». Seite 252

Manfred Züfle war «vor Ort», als Frankreich am 29. Mai die EU-Verfassung ablehnte. Er ist überzeugt, dass vom französischen «Non» das Signal für ein soziales Europa ausgehen wird. Seite 254

Neue Wege zu einer anderen EU-Verfassung sieht auch das **«Zeichen der Zeit»**. Seite 258

Wie in den USA nicht das Bruttosozialprodukt abnimmt, sondern die Wahrscheinlichkeit, ein anständiges Stück davon zu erwischen, schildert **Lotta Suter** in ihrer Kolumne. Seite 262

Und **Ferdinand Troxler** erinnert an die eindrückliche und ermutigende Begegnung mit Bischof Jacques Gaillot am 5. Juni in Bern. Seite 264

Willy Spieler und Reinhard Gaede

In Brechts Dreigroschenoper singt die *Seeräuber-Jenny* das Lied ihrer großen Erwartung:

Meine Herren, heute sehen Sie mich
Gläser abwaschen
Und ich mache das Bett für jeden.
Und Sie geben mir einen Penny und ich
bedanke mich schnell
Und Sie sehen meine Lumpen und dies
lumpige Hotel
Und Sie wissen nicht, mit wem sie reden.
Aber eines Abends wird ein Geschrei sein
am Hafen
Und man fragt: Was ist das für ein Ge-
schrei?
Und man wird mich lächeln sehn bei
meinen Gläsern
Und man sagt: Was lächelt die dabei?
Und ein Schiff mit acht Segeln
Und mit fünfzig Kanonen
Wird liegen am Kai.

Nach der letzten Strophe singt die *Seeräuber-Jenny*:

*Und das Schiff mit acht Segeln
Und mit fünfzig Kanonen
Wird entschwinden mit mir.*

Die große Sehnsucht

Die *Seeräuber-Jenny*, die im lumpigen Hotel die Gläser abwischt und die dankbar sein muss für jeden schmutzigen Penny, hat einen *Traum*: Eines Tages wird sich das ändern. Jetzt weiß noch keiner, wer sie wirklich ist, und die Leute wissen noch nicht, mit wem sie wirklich reden. Eines Tages aber, wenn das Schiff mit acht Segeln kommt, werden alle es wissen, und dann wird sie mit dem Schiff entschwinden aus der lumpigen Welt der Demütigungen. In der Sehnsucht nach jener Zeit ist sie sich selber voraus. Schon lächelt sie in der Erwartung des Schiffs, während sie im Lumpenhotel noch Gläser spült und die Betten macht. Eines Tages wird es anders sein. Man wird ihren Namen kennen, und er ist nicht mehr verborgen unter dem Schutt der Gegenwart.

Fulbert Steffensky

Suche nach spiritueller Erfahrung

Einen Menschen macht nicht nur schön, was er jetzt schon kann und ist. Seine Sehnsucht und seine Wünsche machen ihn schön. Jennys Freiheit beginnt, indem sie von dem Schiff träumt, das sie aus der Welt der Verachtung entführt. Ihre Befreiung beginnt mit der Gewissheit, dass sie *eine andere* ist als die Sklavin, die den Herren die Betten macht und die dankbar sein muss für die Pennys, die sie ihr zuwerfen. Ihr Traum vom großen Schiff ist der *Feind der faulen Gegenwart*. Dieser Traum spricht der kargen Gegenwart das Recht ab, sich als endgültige Welt aufzuspielen.

Mensch ist man, so lange man nach den *Schiffen der Freiheit* Ausschau hält und so lange man sie ersehnt. Nur da ist nichts mehr zu erwarten, wo nichts mehr erwartet wird; wo Jenny die Gläser spült, die hingeworfenen Pennys einsammelt und von keinem Schiff mehr weiß, das kommen soll. Da ist die Hoffnung gestorben, wo Jenny sich für die hält, die alle kennen.

Die Sehnsucht lässt sich nicht mit Pennys abspeisen. Sie verlangt immer ein Ganzes, vielleicht sogar das Unmögliche, nicht weniger als das Schiff mit acht Segeln. Ich denke an die *religiösen Texte*, deren *Würde in ihrer Unbescheidenheit* liegt. Sie sagen nicht nur, was man sagen kann; sie erhoffen sich nicht nur, was

man hoffen kann. Sie greifen aus – wie die Seeräuber-Jenny – bis weit ins Land des Gelingens.

Bei dem Propheten *Jesaja* überschlagen sich die *Bilder der Unmöglichkeit*, die er dem Volk Israel in der Gefangenschaft an den Flüssen Babylons vormalt: Die Steppe wird blühen, die Blinden werden sehen, die Stummen werden sprechen, die Tauben werden hören, ewige Freude wird sein für alle. Er sehnt sich mit dem geknechteten Volk nach dem Land ohne Lebenswüsten. Er sehnt sich nach dem Land des Jauchzens, in dem die Menschen sich nicht mehr reißen, wie der Löwe seine Beute reißt. Er sehnt sich nach *Utopia*, nach dem Land, das es noch nicht gibt. Damit aber ist der Mensch mit der großen Sehnsucht überall an den Flüssen Babylons: am Rhein, an der Elbe, an der Weichsel, am Mississippi.

Der Mensch der Sehnsucht ist ein unsicherer Kantonist, weil er in jedem Land *zu große Wünsche* hat; weil er überall die Stummen sucht, die reden gelernt haben, und die Lahmen, die tanzen gelernt haben. Und er findet sie noch in keinem Land. So ist jedes Land und jede Heimat auch ein *Käfig*. Er aber lässt sich nicht einfangen in die Sprache der Menschen, die dort wohnen, weil die Sprache seiner Sehnsucht weiter reicht. Und in jedem Land weint er die Tränen seines Heimwehs nach der Sprache der Stummen und nach dem Augenlicht der Blinden. Zuhause wird er sein im Niemandsland, in dem Land, in dem noch keiner war. Zuhause wird er erst sein im Land, das allen versprochen ist: in dem Land, aus dem die Seufzer geflohen sind. Jeder Mensch der Sehnsucht ist ein *Ausländer* – überall. Schön sind diese Menschen der Sehnsucht in ihrer Freiheit und in ihrer Skepsis den Heimaten gegenüber. Sie sind nicht eingefangen in eine Sprache, die sich als die einzig mögliche gibt, und sie kennen größere Lieder als die der Heimatkapellen.

Die Sehnsucht entsteht, wo der

Mensch erkennt, dass er mehr braucht, als er hat. Es gibt noch eine andere Sehnsucht. Sie entsteht gerade dort, wo wir *die Fülle des Lebens* genießen. Auch die Schönheit des Lebens lehrt uns die Sehnsucht: die Musik, die Vollkommenheit der Begegnung zweier Menschen, ein Sonnenaufgang im Gebirge. Auch die Schönheit macht durstig und sagt, dass wir hier nicht ganz zuhause sind.

Die vorläufigen Dinge sind die Boten und die Vorspiele der *unendlichen Schönheit*. Vielleicht heißt glauben, ein Diesseitiger und ein Jenseitiger sein können; Gott lesen können in den Gestalten seiner Anwesenheit und ihn vermissen können, wo wir ihn nicht finden; ein Versöhnter sein können und sich nicht abfinden können mit der Trostlosigkeit der Welt; ein Bürger des Landes und ein vaterlandsloser Geselle sein können; eine Heimat zu haben und eine Heimat zu vermissen – Widersprüche, die uns humaner machen!

Der Schmerz und das Glück lehren uns weinen. Beide sagen uns, dass wir noch nicht da sind, wohin wir gehören. Der Mensch in seiner Sehnsucht ist ein Gottesbeweis, sagt *Heinrich Böll*. Und er fährt fort:

Die Tatsache, dass wir alle eigentlich wissen – auch wenn wir es nicht zugeben –, dass wir hier auf der Erde nicht zuhause sind, nicht ganz zuhause sind. Dass wir also noch woanders hingehören und von woanders herkommen. Ich kann mir keinen Menschen vorstellen, der sich nicht – jedenfalls zeitweise, stundenweise, tageweise oder auch nur augenblicksweise – klar darüber wird, dass er nicht ganz auf diese Erde gehört... Die Sehnsucht, erkannt zu werden, führt in eine andere Welt.

«Meine Seele klebt an dir», heißt es in einem Psalm. Vielleicht ist alle Sehnsucht das verummte Warten auf den *Grund des Lebens*. Es ist eine Sehnsucht, deren Hunger nicht gestillt werden kann durch Dinge, durch Besitz und Quantitäten. Zwei Wünsche sind in dieser Sehnsucht

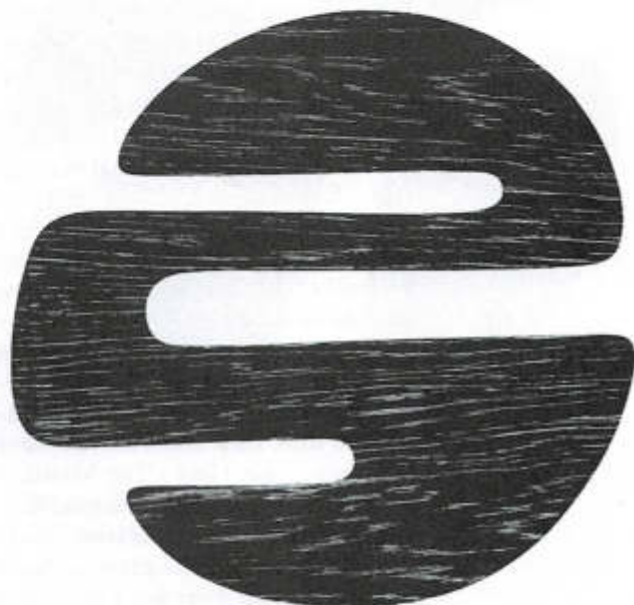
versteckt, der eine Wunsch: nach *Ganzheit und Heil*, nach einem unzerstückelten Leben; der andere Wunsch ist der nach *Gott*, nach Einigung mit dem Abgrund des Lebens und des Todes. In welchen Formen der Hunger nach Spiritualität auch auftaucht – zugrunde liegen diese beiden Momente: der Wunsch nach Ganzheit und der Wunsch nach Vereinigung.

Vermeidbare Umwege

Spiritualität ist ein vieldeutiger Begriff, er ist ein *Suchbegriff*, und oft suchen Menschen das Richtige auf falschen Wegen. Lassen Sie mich mit einer Abkühlung beginnen. Ich sehe Absichten und Interessen mit diesem Wort verbunden, die ich für falsch halte. So möchte ich zunächst etwas sagen *wider die Erfahrungs- und Erlebniszwänge*, die Menschen gelegentlich mit diesem Wort verbinden. Der Wunsch nach Sensation und der Wunsch, sich selber zu fühlen, ist eine Grundabsicht, die man in *neuen religiösen Szenen* ständig trifft (und dies nicht nur außerhalb der Kirche!). Viele Menschen halten offensichtlich die Normalität nicht mehr aus; die ausgeleuchteten Räume, in denen alles seine Erklärung und seine vernünftige Begründung hat. Es ist, als ob sie gegen alle Vernunft die Schatten, die dunklen und gefährlichen Höhlen des Lebens suchten. Was uns da im hellen Licht der Aufklärung entgegenkommt, kann doch nicht alles sein. Es muss doch ein Geheimnis der Welt geben, und dieses muss doch sinnhaft zu erfahren sein. Es muss doch mehr geben als die fade Aufgedecktheit und Erklärtheit des Lebens. So suchen sie Stellen, an denen das Fremde und Nicht-Erklärliche erscheint und wo sie mit ihm konfrontiert werden, es mag aus dem Himmel oder aus der Hölle kommen. Der Wunsch nach Sensation ist ein Wunsch von verdrehter Richtigkeit.

Als Beispiel eines solchen Erlebniszwanges nehme ich die so genannte *Holotrope Therapie*, die eng mit dem

Namen *Stanislaw Grof* verbunden ist, einem Arzt und Psychoanalytiker. Er hat an sich und anderen mit LSD experimentiert und beschreibt seine Stufenfolge visionärer Erlebnisse. Er beschreibt perinatale Erfahrungen, die ozeanische Geborgenheit im Mutterleib, die Geburt erlebt er als Kampf mit Ungeheuern, Drachen und Höllengestalten. Er beschreibt eine Phase sadistischer Erregung und sexueller Orgastik. Er beschreibt die Erfahrung früherer Inkarnationen, er trifft auf Gottheiten und verschmilzt mit ihnen. Es sind Formen der *gewaltsamen Suche nach Transzendenz*.



Es gibt Dinge, die man nicht erwerben kann durch Suchen, durch Selbststeigerung und durch Selbstintensivierung. Man kann sich nicht selbst beabsichtigen, ohne sich zu verfehlen. Wir brauchen unsere eigene Existenz nicht zu bestätigen und zu bezeugen durch unsere eigenen Erfahrungen. «Der Geist gibt Zeugnis unserem Geist», dass wir Söhne und Töchter Gottes sind (Römer 8,16) und dass das Leben geborgen ist. Wir brauchen uns nicht selber zu bezeugen – eine der großen Lebensentlastun-

gen. Wir brauchen uns nicht selber zu suchen; denn wir sind gefunden, ehe wir suchen. Das gibt unserem Leben Spiel und befreit uns von allen *Zwängen der Selbstbeabsichtigung*.

Die Erfahrungen, die Stanislaw Grof beschreibt, klingen manchmal wie die Erfahrungen der *Mystiker*. Nur die *Mystiker suchen keine Erfahrungen*, sie suchen Gott. In allen spirituellen Kulturen hat man vor dieser Selbstaufsuche gewarnt. Die Erfahrung rechtfertigt nichts, das Ausbleiben der Erfahrung verdammt nichts. In der *Gebetspraxis* z.B. hat man immer geraten, die alltägliche Trockenheit des Gebetes zu achten und es keineswegs zu lassen, wenn man nicht begeistert, ergriffen, erfüllt und weggerissen ist. Du bist nicht der Macher deiner eigenen Ganzheit, hat man gesagt. Der Blick der Güte sieht die Ganzheit in dich hinein. Mit Römer 8 hat man gesagt: «Wir wissen nicht, was wir beten sollen, wie sich's gebührt, sondern der Geist vertritt uns mit unaussprechlichem Seufzen!» Nicht Entrissenheit gilt, sondern Anwesenheit.

Es gibt einen Unterschied zwischen beabsichtigter und *geschenkter Erfahrung*. Wir treffen die geschenkte Erfahrung in dem Lied von Paul Gerhard «Geh aus, mein Herz.» Die *Mystiker* sagen es ähnlich: *Gang us dir us! Geh aus!* Aber nicht in ferne und sensationelle Sphären. Sei ein gegenwärtiger Mensch, und du wirst den Gesang des Lebens vernehmen. Geh aus, mein Herz, singt Paul Gerhard. Höre das Lob des Lebens in der «Gärten Zier», im Lied der Lerche und der Nachtigall, im Honig, im Weizen und im Wein! Paul Gerhard sieht im Glanz der Dinge den Vorschein Gottes:

Ach, denk ich, bist du hier so schön
und lässt Du's uns so lieblich gehn
auf dieser armen Erden;
was will doch wohl nach dieser Welt
dort in dem reichen Himmelszelt
und güldnen Schlosse werden.

Die *vorläufigen Dinge* sind die Boten und die Vorspiele der unendlichen Schönheit. Die unendliche Schönheit spielt sich schon ab im Weizen und im Weinstock; in der Glücke, die ihr Völklein ausführt, und in der edlen Honigspeise. Die Wahrnehmung der Güte des Lebens und der Schönheit weckt zugleich eine Sehnsucht, die nicht mehr durch die schönen Vorfindlichkeiten gestillt werden kann. Aber diese Sehnsucht ist keine Beleidigung der Dinge, sie entzündet sich an ihnen.

Ich äußere einen zweiten Einwand gegen ein Denken, das sich nicht selten bei der Suche nach einer neuen Spiritualität findet: die *Harmoniezwänge*. In den neuen religiösen Lagen sind die Begriffe Tragik und Sünde unbekannt. Das Sein ist Harmonie und Ganzheit. Zwar gibt es dich selber und dunkle negative Mächte, die dich an deiner Ganzheit und der Allharmonie hindern. Aber du kannst sie überwinden durch deine eigene Positivität der Welt gegenüber. Positives Denken, positives Handeln brechen durch alle Barrieren. Das Unglück ist nur eine Maske der Harmonie. Aber einmal wird die Maske fallen, und nichts mehr wird deine Gipfelerfahrungen hindern. Du selber bist schuld, wenn du nicht zur Erfahrung von Harmonie und Ganzheit kommst.

Gott ist die ungeschuldete Güte. Die Erfahrung der ungeschuldeten Güte befähigt den Menschen dazu, sich als Fragment zu erkennen. *Gott ist unsere Ganzheit*, nicht wir selber.

Man kann sich unter den gegenwärtigen Harmoniediktaten die Verzweiflung des alten Liedes kaum noch vorstellen:

Aus tiefer Not schrei ich zu dir,
Herr Gott, erhöhr mein Rufen.
Dein gnädig' Ohren kehr zu mir
und meiner Bitt' sie öffne.
Denn so du willst das sehen an,
was Sünd und Unrecht ist getan,
wer kann, Herr, vor dir bleiben?

Welche Kraft gehört dazu, sich selber *als Schuldigen* zu erkennen! Welcher Stolz gehört dazu, sich als Subjekt zu erkennen, das schuldig werden und sich und andere in Abgründe stürzen kann! Nur wenige halten es aus, der Zerstörung ins Gesicht zu schauen, die sie anrichten. Man muss wohl wirklich an die Grundgüte des Lebens glauben, um nicht in Panik vor sich selber zu fliehen.

Es könnte sein, dass mit dem Harmoniediktat die Zerstörungen und das Leiden unsichtbar werden. Es könnte sein, dass wir eine menschliche Grundfähigkeit verlieren: *das Vermissen* – das Vermissen des Augenlichts der Blinden, das Vermissen der Sprache und der Lieder für die stumm Gemachten, das Vermissen des aufrechten Ganges der zu Boden Gedrückten. Wenn man durch unsere Städte geht und das große Gelächter der Reklame wahrnimmt, weiß man, wie gefährlich es da ist, wo man nichts mehr vermisst. Gefährlich ist eine Gesellschaft, die will, dass man ihr Beifall zollt, und die skeptisch ist gegen die Untröstlichkeit: jene Unbestechlichkeit, die auf den Hunger der Kinder hinweist, auf die Qual der Gefolterten und auf die Schande des ungerecht verteilten Reichtums. Nein, es ist nicht alles Harmonie! Das ist wohl mein Haupteinwand gegen die neuen religiösen Lagen: Der Harmoniezwang und die Selbsterfüllungszwänge können zur *Aufkündigung der Solidarität* mit denen führen, die die ersten Adressaten des Evangeliums sind: die Armen und die Geschändeten auf dieser Erde.

Spiritualität als gebildete Aufmerksamkeit ...

Was aber ist dann Spiritualität? Es ist geformte Aufmerksamkeit. Zunächst: Spiritualität ist Aufmerksamkeit. Ich möchte auf eine Legende von *Elisabeth von Thüringen* zurückgreifen, die uns diese Aufmerksamkeit erschließen kann. Auf ihrem Weg nach Eisenach sah Elisabeth mitten in einem Unwetter ein

Kind auf einem Holzstoß sitzen, das in Lumpen gekleidet war und aus dessen Kopf zwei Augen sie anblickten, als ob die Not der ganzen Welt aus ihnen spräche. Sie neigte sich zu dem Kind und fragte: «Kind, wo ist deine Mutter?» Die Legende fährt fort: Da wuchs an dieser Stelle ein Kreuz empor, an dem mit ausgespannten Armen Christus hing, der sie mit den Augen des Kindes ansah.



Was ist eine *spirituelle Erfahrung*? Es ist die Erfahrung der Augen Christi in den Augen des Kindes. Es ist die Erfahrung der Nacktheit Christi im nackten Bettler, den Martinus trifft; die Erfahrung des hungernden Christus im Hunger unserer Geschwister. Wer in Gott eintaucht, taucht neben den Armen wieder auf, sagt der französische Bischof *Jacques Gaillot*. Es gibt keine Gotteserkenntnis an der Barmherzigkeit vorbei.

Spiritualität ist nicht nur Aufmerksamkeit für das Unglück, sie ist auch die Wahrnehmung Gottes und seines Spiels im *Glück der Menschen*, in der Schönheit der Natur und im Gelingen des Lebens. Ich möchte mit einem Satz von *Bonaventura* einen Geist zitieren, der eher

im Katholizismus als im Protestantismus seine Heimat hat: »Alles Geschaffene ist Schatten, ist Echo, ist Bild, Spur, Ebenbild und Aufführung.« (Omnes creaturae sunt umbrae, resonantiae et picturae, sunt vestigia et simulacra et spectacula.) Nichts also ist nur, was es ist. Es hat Anteil an der Heiligkeit Gottes, weil es sein Echo und seine Spur ist.

Die Heiligkeit des Lebens will unsere *Ehrfurcht und Ergriffenheit*. Vielleicht bewahrt uns nur diese Auffassung vom Leben und von den Dingen davor, dass wir sie benutzen, als hätten sie kein Geheimnis und als ständen sie uns nur zur Verfügung. Als Echo Gottes sind sie für sich da, und sie sind für Gott da. Vielleicht hat die Entzauberung der Welt dazu geführt, dass wir in imperialer Geste uns alles unterwerfen. Wer kein Tabu kennt und die Heiligkeit der Dinge nicht sieht, wird zu ihrem Zerstörer.

Der Satz von der *Heiligkeit der Dinge* hat also durchaus eine *politische Bedeutung*. Sie hindert uns daran, die reinen Verfüger und die ungebremsten Herrn zu sein. Könnte es sein, daß wo Gott der einzig Unverfügbare ist, alles andere bedenkenlos zur Verfügung steht?

Was also ist eine spirituelle Erfahrung? Sie ist keine Selbsterfahrung, sie ist eher *Selbstvergessenheit*. Elisabeth nimmt sich nicht selbst wahr, sie liest die Augen Christi in den Augen des Kindes. Wenn Paul Gerhard das Lob des Lebens singt in seinem Lied »Geh aus, mein Herz«; wenn er der Gärten Zier besingt, Narzissus und Tulipan; wenn er die Lerche und die Nachtigall, den Wein und den Honig besingt, dann nimmt er sich nicht selbst wahr. Er liest die Spuren Gottes in seiner Schöpfung. Spiritualität ist die Erfahrung der *Einheit des Lebens*. Der Schmerz der Menschen ist nicht mehr nur, was er ist. Die gebildete Aufmerksamkeit liest den Schmerz Gottes im Schmerz der Menschen. Das Glück ist nicht mehr nur, was es ist. Es sind die Spuren Gottes, die in ihm deutlich werden.

Elisabeth ist wie Paul Gerhard, wenn er seinen Preis der Schöpfung singt, nicht auf Erfahrung aus, aber sie *erfahren*. Sie sind nicht erlebnisorientiert, aber sie *erleben*: die Augen Christi in den Augen des Kindes, die Spuren Gottes in der Schönheit des Lebens. Es kann wohl nur der ein spiritueller Mensch werden, der die lebenserleichternde Kunst gelernt hat, sich zu lassen, sich zu vergessen und sich selber nicht zu beabsichtigen. Wer also beabsichtigt, ein spiritueller Mensch zu werden, möglichst sofort, der wird eher ein Komiker. Er hat sich einen Drahtverhau auf den Weg gelegt, die Selbstbeabsichtigung.

Spiritualität ist eine *Lesekunst*. Es ist die Fähigkeit, das zweite Gesicht der Dinge wahrzunehmen: die Augen Christi in den Augen des Kindes, das Augenzwinkern Gottes im Glanz der Dinge. Nicht Entrissenheit, sondern Anwesenheit und Aufmerksamkeit ist ihre Eigenart. Sie ist keine ungestörte Entweltlichung und Einübung in Leidenschaftslosigkeit. Sie ist lumpig und erotisch, weil sie auf die Straße geht und sieht, was dem Leben geschenkt ist und was ihm angetan wird.

Es gibt also einen *Vorhof* der ausdrücklich religiösen Spiritualität, es ist die Aufmerksamkeit *im alltäglichen Leben*. Bin ich fähig, wahrzunehmen und zu empfinden. Wie lese ich die Schmerzen der Menschen und wie lasse ich mich von ihnen berühren? Wie gehe ich um mit den Dingen des alltäglichen Lebens? Bin ich fähig, sie als Gaben zu ehren oder bin ich ausschließlich Benutzer und Verfüger der Welt? Ehre ich das Wasser, die Stille, die Nacht, die Tiere, die Luft zum Atmen, oder wähne ich alles für mich und meinem Nutzen zur Verfügung?

... nach Regeln

Spiritualität ist gebildete Aufmerksamkeit. Der Mensch besteht nicht nur aus seiner eigenen Innerlichkeit und aus seinen guten Absichten. Der Mensch ist nicht nur Seele und Geist, er ist alltägli-

cher Leib. Er hat nicht einen Leib, er ist Leib. Die Innerlichkeit, die nur sich selber kennt, wird bald ermatten. Wie macht man sich deutlich und langfristig in seinen Absichten? Wie betreibt man das *Handwerk* der Spiritualität? Ja, Spiritualität ist Handwerk, sie besteht nicht aus der Genialität von religiösen Sonderbegabungen. Man kann das Handwerk lernen, wie man kochen und nähen lernen kann. Aber jedes Handwerk kennt *Regeln*, und man hat nur Erfolg, wenn man sich an die Regeln hält. Ich möchte einige dieser Regeln nennen am Herzstück aller Spiritualität, am *Gebet*. Regeln und Methoden reinigen uns von der Zufälligkeit des Augenblicks und machen uns langfristig. So möchte ich einige bescheidene Regeln nennen, die uns zur religiösen Aufmerksamkeit verhelfen können.

1. Entschließe dich zu einem *bescheidenen Vorhaben* auf dem Weg zum Gebet! Es gibt das Problem der Selbstentmutigung durch zu große Vorhaben. Ein solcher bescheidener Schritt könnte sein, am Morgen oder am Abend einen Psalm in Ruhe zu beten, sich einige Minuten für eine Lesung freizuhalten, den Lösungen in einigen Minuten seine Aufmerksamkeit zu widmen. Wenn dies nicht möglich ist, liegt es nicht an der Hektik und der Überlast unseres Berufes, sondern daran, dass wir falsch leben.

2. Gib deinem Vorhaben eine *feste Zeit*! Bete nicht nur, wenn es dir danach zumute ist, sondern wenn es Zeit dazu ist. Regelmäßig beachtete Zeiten sind Rhythmen, Rhythmen sind gegliederte Zeiten. Erst gegliederte Zeiten sind erträgliche Zeiten. Lineare und nicht gegliederte Zeiten sind öde und schwer erträglich.

3. Gib deinem Vorhaben einen *festen Ort*! Orte sprechen und bauen an unserer Innerlichkeit.

4. Sei *streng* mit dir selber! Mache deine Gestimmtheit und deine augenblicklichen Bedürfnisse nicht zum Maß-

stab deines Handelns! Stimmungen und Augenblicksbedürfnisse sind zwielichtig. Die Beachtung von Zeiten, Orten und Methoden reinigt das Herz.

5. Rechne nicht damit, dass dein Vorhaben ein Seelenbad ist! Es ist *Arbeit* – labor!, manchmal schön und erfüllend, oft langweilig und trocken. Das Gefühl innerer Erfüllung rechtfertigt die Sache nicht, das Gefühl innerer Leere verurteilt sie nicht. Meditieren, Beten, Lesen sind Bildungsvorgänge. Bildung ist ein langfristiges Unternehmen.



6. Sei nicht auf Erfüllung aus, sei vielmehr dankbar für *geglückte Halbheit*! Es gibt Ganzheitszwänge, die unsere Handlungen lähmen und uns entmutigen.

7. Beten und Meditieren sind kein Nachdenken. Es sind Stellen hoher *Passivität*. Man sieht die Bilder eines Psalms oder eines Bibelverses und lässt sie behutsam bei sich verweilen. Meditieren und Beten heißt frei werden vom Jagen, Beabsichtigen und Fassen. Man will nichts außer dem kommen lassen, was kommen will. Man ist Gastgeber der Bilder. Setze den Texten und Bildern nichts entgegen! Überliefe dich ihrer

Die Holzschnitte stammen aus der Folge «Partages», die der Schriftkünstler Adrian Frutiger 1962 für die Edition Pierre Bèrès in Paris schuf.

Kraft und lass dich von ihnen ziehen! Sich nicht wehren und nicht besitzen wollen, ist die hohe Kunst eines meditativen Verhaltens.

8. Fang bei deinem Versuch nicht irgendwie an, sondern baue dir eine kleine, sich wiederholende *Liturgie*. Beginne z.B. mit einer Formel («Herr, öffne meine Lippen!»), mit einer Geste (der Bekreuzigung der Lippen), lass einen oder mehrere Psalmen folgen! Lies einen Bibelabschnitt! Halte eine stille Zeit ein! Schließe mit dem Vaterunser oder einer Schlussformel. Psalmen und Lesungen sollen vor deiner Meditation feststehen. Fange also nicht an zu suchen während deiner Übung!

9. Lerne Formeln und kurze Sätze aus dem Gebets- und Bildschatz der Tradition auswendig! (Psalmverse, Bibelverse ...). *Wiederholte Formeln* wiegen dich in den Geist der Bilder. Sie verhelfen uns zur Passivität. Sie sind außerdem die *Notsprache*, wenn einem das Leben die Sprache verschlägt. Sie sind wie ein Balken, an den man sich nach einem Schiffbruch klammert. Wir verantworten ihren Inhalt nicht, denn wir sprechen sie mit der Zunge der toten und der lebenden Geschwister.

10. Wenn du zu Zeiten nicht beten kannst, lass es! Aber halte den *Platz frei für das Gebet*, d.h. tue nicht irgend etwas anderes, sondern verhalte dich auf andere Weise still! Lies, setze dich einfach ruhig hin! Verlerne deinen Ort und deine Zeit nicht!

11. Sei nicht gewaltsam mit dir selbst! Zwing dich nicht zur Gesamtheit! Wie fast alle Unternehmungen ist auch dieses kleine brüchig, es soll uns der *Humor* über dem Misslingen nicht verloren gehen. Auch das Misslingen ist unsere Schwester und nicht unser Todfeind.

12. Birg deinen Versuch in den Satz von *Römer 8*: «Der Geist hilft unserer Schwachheit auf. Denn wir wissen nicht, wie wir beten sollen, wie sich's gebührt. Sondern der Geist tritt für uns ein mit

unaussprechlichem Seufzen.» Wir bezeugen uns nicht selber. Der Geist gibt Zeugnis unserem Geist. Wir sind besetzt von einer Stimme, die mehr Sprache hat als wir selber, oder um es mit einem Satz aus dem letzten Vortrag von *Dorothee Sölle* zu sagen: «Wir beginnen den Weg zum Glück nicht als Suchende, sondern als schon Gefundene.» Das ist die köstliche Formulierung dessen, was wir Gnade nennen.

*

Ist das alles? Warum braucht man das große Wort Spiritualität für eine so *bescheidene Sache*? Haben das nicht auch unsere Väter und Mütter gewusst, wenn sie am Morgen und Abend gebetet haben, wenn sie die Losungen gelesen haben, wenn sie sonntags in den Gottesdienst gingen, wenn sie ihre Kinder taufeten und ihre Toten beerdigten? Ja, sie haben es gewusst. Aber uns ist vieles von ihrem Wissen verloren gegangen, und wir müssen das einfache *Alphabet der Frömmigkeit* mühsam lernen. Es ist tröstlich zu wissen, dass wir nicht alles neu erfinden müssen. Es ist auch schön zu wissen, dass das *eigene Haus Schätze der Weisheit* birgt und dass wir nicht völlig angewiesen sind auf die Spiritualitätskonzeptionen aus anderen religiösen Gegenden. Es ist schön, wenn man über den eigenen Tellerrand schauen kann und die Schätze der anderen nicht verachten und sich selber als einzigartig erklären muss. Komisch aber wirkt man, wenn man nur in den Vorgärten der Fremden gräst und der eigenen Tradition nichts zutraut. Wenn man weiß, was die eigenen Schätze sind, dann kann man sich in Freiheit und Gelassenheit den fremden zuwenden. ●

Das Besondere der neuen Übersetzung

Seit den achtziger Jahren wuchs in den *Vorbereitungsgruppen des Kirchentags* die Überzeugung, dass es einen Bedarf für eine neue Bibelübersetzung gibt. Nicht dass es an hervorragenden und prägenden deutschsprachigen Übersetzungen gefehlt hätte. Da gab es die im evangelischen Bereich geradezu kanonisch gewordene *Luther-Übersetzung*, die zuletzt 1984 überarbeitet wurde; in vielen Bibelkreisen wurde die «Verdeutschung» der Hebräischen Bibel von *Buber-Rosenzweig* benutzt; 1997 war die flüssig lesbare *Gute Nachricht-Bibel* erschienen; und darüber hinaus füllt bis heute eine ungewöhnlich große Anzahl deutscher Übersetzungen die Regale theologischer Buchhandlungen, darunter die *Zürcher Bibel* aus dem reformierten Bereich, die ausschließlich von Männern verfasste *Einheitsübersetzung* oder die stark am Ausgangstext orientierte *Revidierte Elberfelder Übersetzung*.

Doch keine dieser Übertragungen berücksichtigte die neuesten exegetischen Meinungen und die Veränderungen, die in der Theologie, in der Gesellschaft und in den Sprachgewohnheiten der Menschen feststellbar waren. Deshalb haben die Kirchentagsmitarbeiter/innen die biblischen Texte stets neu ins Deutsche übertragen und dabei die folgenden vier Kriterien entwickelt:

1. «Die Kirchentagsübersetzung soll dem Wortlaut der Bibeltexte in ihrer hebräischen oder griechischen Originalfassung gerecht werden.»
2. «Sie soll eine frauengerechte Sprache haben, d.h. sie soll die in den Texten selbst genannten oder nicht ausdrücklich genannten, aber mitgemeinten Frauen sichtbar machen und ebenso Frauen heute als angesprochen erkennbar machen.»
3. «Sie soll dem gegenwärtigen Gespräch mit Jüdinnen und Juden gerecht werden bzw. – bescheidener – Respekt vor ihrem Lesen der Bibel erweisen.»

Detlef Dieckmann

«Bibel in gerechter Sprache»

Gerechte Sprache, was ist das? Wem kann oder soll ein Text, eine Übersetzung gerecht werden? Das Projekt «Bibel in gerechter Sprache» ist zwei Hauptanliegen verpflichtet: der Geschlechtergerechtigkeit, aber auch der Gerechtigkeit im Verhältnis zum Judentum. Der Autor dieses Beitrags, Detlef Dieckmann, ist Wissenschaftlicher Assistent für Hebräische Bibel am Institut für Evangelische Theologie der Freien Universität Berlin. Er hat das Buch Kohelet für das Projekt «Bibel in gerechter Sprache» übersetzt und darüber an einem Studientag referiert, der vom BRSD zusammen mit «Bibel in gerechter Sprache», «Wir sind Kirche» und dem Frauenreferat des Ev. Kirchenkreises Bielefeld am 20. November 2004 in Bielefeld durchgeführt wurde. Red.

4. «Sie soll eine gegenwärtig verstehbare Sprache haben. [...]»

Diese vier Kriterien bestimmen auch jene beiden Projekte, die aus den Kirchentagsübersetzungen erwachsen sind: Die vierbändige Ausgabe der *liturgischen Texte in «gerechter Sprache»* von 1997 bis 2001 ebenso wie das groß angelegte Projekt einer *Übersetzung der gesamten Bibel* ab 2001.

1. Transparenz der Quellen

Das erste Kriterium verstehe ich so: In der Tradition des protestantischen Umgangs mit der Schrift sollen die des Hebräischen bzw. des Griechischen kundigen Übersetzer/innen zu den Quellen gehen und eine Übertragung anfertigen, die transparent ist im Hinblick auf die *Sprache* und die *Gedankenwelt des Ausgangstextes*. Wer hebräisch oder griechisch beherrscht, soll die Übersetzung nachvollziehen können. Das bedeutet: Es wird nicht versucht, eine bestehende Übersetzung zu revidieren und z.B. die Luther-Übersetzung ihrerseits zu übersetzen, wie es das «Bibel Projekt» unternimmt, das mit Schriftsteller/innen zusammenarbeitet.¹ Vielmehr soll jede Übersetzerin, jeder Übersetzer mit den Wörterbüchern und Kommentaren auf dem Schreibtisch neu entscheiden, was nach den jeweiligen Überzeugungen «der Wortlaut» des Textes ist.

2. Frauengerechte Sprache

Das zweite Kriterium bedeutet vor allem, dass eine wirklich in die heutige Zeit übersetzte Bibel dem gegenwärtigen Sprachgebrauch gerecht werden soll. Wenn sich Politiker jeder Couleur in ihren Reden an «Bürgerinnen und Bürger» wenden, weil sie gemerkt haben, dass über 50% derer, die sie wählen sollen, Frauen sind, dann ist nur eine solche Übersetzung auf der Höhe der Zeit, die diesem Sprachgebrauch folgt.

Oft werde ich z.B. in Kirchengemeinden, die sich über die Bibel in gerechter Sprache informieren lassen, gefragt, was

denn an dieser oder jener Stelle stehe, ob «Söhne» oder «Kinder», ob «der Mann» oder inklusiv «die Menschen». Um deutlich zu machen, dass ausnahmslos *jede Übersetzung eine Interpretation* ist, antworte ich immer: Die Frage, «was da steht», ist prinzipiell nicht zu beantworten. Wohl aber können wir immer wieder die Frage bearbeiten, was denn im biblischen Text *gemeint* ist. Natürlich lernen wir im Hebräischunterricht, dass «ben» Sohn bedeutet, im Gegensatz zu «bat» – Tochter. Insofern scheinen die *bnej jisrael* auf den ersten Blick die Söhne Israels zu sein. Wenn aber vor vielen Jahrzehnten der jüdische Ausleger *Benno Jacob* nachgewiesen hat, dass am Sinai auch Frauen standen, sie also mitgemeint sind, dann muss ich diesen Ausdruck mit «Kinder Israels» übersetzen.

Die Frage, die ich mir bei der Übersetzung des *Buches Kohelet* immer wieder gestellt habe, lautet demnach: Hat der Text hier nur Männer oder auch Frauen im Sinn? Ein Beispiel dafür ist Koh 4,9–12. Die Einheitsübersetzung gibt diese Passage folgendermaßen wieder: «9 Zwei sind besser als einer allein [...]. 10 Denn wenn sie hinfallen, richtet einer den anderen auf. Doch wehe dem, der allein ist, wenn er hinfällt, ohne dass einer bei ihm ist, der ihn aufrichtet. 11 Außerdem: Wenn zwei zusammen schlafen, wärmt einer den andern; einer allein – wie soll er warm werden? 12 Und wenn jemand einen einzelnen auch überwältigt, zwei sind ihm gewachsen.»

Der Text übersetzt also konsequent die grammatisch *maskulinen Formen*. Aber gibt er damit wieder, was wirklich gemeint ist? Will uns Kohelet sagen, dass nur Männer einander in der beschriebenen Weise helfen sollen? Ich denke, nein, denn Kohelet formuliert an anderer Stelle ein Lob der Partnerschaft mit einer Frau (Koh 9,9) und scheint mir auch ansonsten von allen Menschen zu sprechen. Mindestens aber können wir nicht ausschließen, dass Kohelet auch an die Solidarität zwischen Männern und Frauen denkt,

und sollten den Text daher nicht auf die Männerfreundschaften einengen. Daher übersetze ich: «9 Gut sind zwei dran, besser als Einzelne [...]. 10 In der Tat: Wenn sie fallen, können sie sich gegenseitig aufrichten. Aber oh weh, wenn jemand fällt, und es niemanden zum Aufrichten gibt. 11 Außerdem: Wenn zwei sich schlafen legen, wird ihnen warm. Wie soll Einzelnen warm werden? 12 Wenn jemand überwältigt wird, können zwei dem widerstehen.»

Aber wissen wir denn nicht alle, dass die damalige *Gesellschaft patriarchal strukturiert* war, und ist es deswegen nicht historisch unangemessen, diesen archaischen Texten eine politisch korrekte Verkleidung überzustreifen? Diesen Einwand bzw. die darin enthaltenen Voraussetzungen möchte ich zunächst hinterfragen. Denn insbesondere die sozialgeschichtliche Forschung der letzten Jahrzehnte hat uns gezeigt, dass Frauen in der damaligen Gesellschaft oft eine größere Rolle gespielt haben, als zumeist angenommen wurde. Schon in der Bibel lässt sich wahrnehmen, dass es nicht nur Richter, sondern auch Richterinnen (Debora)², nicht nur Könige, sondern auch Königinnen (die Königin von Saba, Athalja)³, nicht nur Propheten, sondern auch Prophetinnen (Mirjam, Debora, Hulda)⁴ gab. Ist es daher nur politische Korrektheit, wenn wir von dem *Buch der Könige und Königinnen* sprechen? Darüber hinaus hat die historische Erforschung der biblischen Umwelt ergeben, dass Frauen auch Weinberge besitzen⁵ oder als Zöllnerinnen⁶ tätig sein konnten. Könnte es vielleicht sein, dass die Auffassung von der patriarchalen biblischen Gesellschaft auch einer Projektion unserer eigenen Verhältnisse entspringt? Und könnte es sein, dass wir uns nur allzu gern die Illusion machen, wir wären in puncto Beteiligung von Frauen am beruflichen Leben der damaligen Gesellschaft weit überlegen?

Auf der anderen Seite gibt es in der Tat Bibelstellen, die von mir wie auch

den übrigen Übersetzerinnen und Übersetzern der Bibel in gerechter Sprache für *frauenfeindlich* gehalten werden, und deswegen ist der Einwand der politisch korrekten Überformung gleichzeitig ernst zu nehmen. In den Regeln für die Bibel in gerechter Sprache findet er seinen Niederschlag in der Übereinkunft, dass als frauenfeindlich analysierte Texte auch entsprechend übersetzt werden sollen. Dabei gibt es die Möglichkeit, am Textrand eine Bibelstelle anzuführen, die mit einer patriarchalen Formulierung in ein Gespräch treten könnte. So könnte etwa neben dem bekannten paulinischen Wort von dem Schweigegebot für Frauen in der Gemeinde (1 Kor 14,34) der Hinweis auf eine andere Stelle stehen, in denen eine Frau das Amt einer Diakonin (Röm 16,1), Apostelin (Röm 16,7) oder Vorsteherin (Röm 16,2) in der Gemeinde innehat, wodurch gleichzeitig das *dialogische Grundprinzip des biblischen Kanons* zum Ausdruck gebracht wird.

Daran wird sichtbar, dass beim Projekt «Bibel in gerechter Sprache» eine wichtige *Leitunterscheidung* zwischen frauenfeindlichen biblischen Texten und frauenfeindlichen Übersetzungen vorausgesetzt wird. Das angesprochene Schweigegebot gegenüber Frauen in der Gemeinde etwa zählt zu den patriarchalen Texten, die auch in der Bibel in gerechter Sprache frauenfeindlich klingen werden. Dagegen zählt etwa das Herunterspielen der Rolle von Frauen in der Gemeinde, zu den Ungerechtigkeiten in der Übersetzung, die in der Bibel in gerechter Sprache vermieden werden. Berühmt ist etwa das Schicksal der *Apostelin Junia*, die Luther in einen Apostel Junias verwandelt hat (Röm 16,7), einzig und allein, weil er sich in dieser Funktion keine Frau vorstellen konnte. Ähnlich erging es der *Phoebe*, die weder Diakonin sein durfte (v.1) noch, ihrem zweiten Titel entsprechend, eine Patronin der Gemeinde (v.2), sondern aus Luthers Sicht lediglich «im Dienst der Gemeinde» stand.

In der Bibel in gerechter Sprache sollen keine Frauen mehr durch die Übersetzung aus ihren Funktionen rausgemobbt, sondern auch dort sichtbar gemacht werden, wo sie mitgemeint sein könnten. Dies bedeutet eine *Umkehrung der Beweislast*: Frauen erscheinen nicht mehr nur dort, wo sich ihre Existenz in der biblischen Welt sicher nachweisen lässt, sondern überall, wo sich ihre Anwesenheit nicht sicher ausschließen lässt.

Das hat zur Folge, dass Leserinnen in der Bibel in gerechter Sprache eine größere Zahl *weiblicher Identifikationsmöglichkeiten* finden als bisher und nun durch die Texte auch explizit angesprochen werden. Die Praxiserprobungen haben gezeigt, dass dies das Leseerlebnis auch solcher Frauen stark verändert, die gegenüber den älteren Bibelübersetzungen kein Gefühl des Ungenügens empfunden haben.

Besonders auffällig an der Bibel in gerechter Sprache ist die Tatsache, dass auch das Wort «Gott» und die *Eigennamen Gottes* («JHWH») nicht von der inklusiven Sprache ausgenommen werden. Wenn die Menschen nach Gottes Bild «männlich und weiblich» geschaffen sind (Gen 1,27), und wenn «Gott kein Mann» ist (Hos 11,9), sondern auch mit weiblichen Eigenschaften wie der Barmherzigkeit verbunden wird, die wörtlich mit «Mutterschösigkeit» übersetzt werden müsste, dann zeigt das, dass Gott die Geschlechterkategorien transzendiert und nicht nur männlich dargestellt werden darf.

In der gerechten Bibel wird dies so umgesetzt, dass etwa das hebräische Wort *älohim*, wo es sich auf den *einen* Gott Israels bezieht, auch mit weiblichen Pronomen verbunden werden kann. Für den Eigennamen Gottes, das Tetragramm JHWH, können die Übersetzerinnen und Übersetzer aus einer Liste von Wiedergaben aus der christlichen und jüdischen Tradition wählen, z.B. Adonaj, der oder die Ewige, Hamaqom (der Ort), Haschem (der Name), die Lebendige und

andere mehr. Dadurch, dass jede Übersetzung eines dieser Namen mit einem grauen Feld hinterlegt wird, und gleichzeitig in jeder Kopfzeile eine zufällige Auswahl der möglichen Übersetzungen für den Gottesnamen erscheint, wird die Zusammengehörigkeit all dieser Namen für den einen Gott sichtbar gemacht.

3. Respekt vor dem Judentum

Mit der Verwendung auch jüdischer Übersetzungen des Gottesnamens sind wir bereits beim dritten Kriterium angelangt, dem Respekt vor dem Judentum. Es geht hier darum, dass die Übersetzung der Bibel in gerechter Sprache in *Anwesenheit des Judentums* geschieht als jenem Volk, dem Gott nie den Bund gekündigt hat, sondern stets die Treue hält. Wenn die Bibel in gerechter Sprache dem «gegenwärtigen Gespräch mit Jüdinnen und Juden» soweit wie überhaupt möglich gerecht werden soll, dann heißt das für die Übersetzer/innen, dass sie genau wissen sollten, welche Übersetzungen und welche Interpretationen biblischer Texte zum *Antijudaismus* und *Antisemitismus* beigetragen haben.

So haben die Übersetzer/innen neutestamentlicher Texte zu berücksichtigen, dass das von den Evangelien gezeichnete Gegenüber zwischen Jesus und den «Pharisäern» bzw. den «Schriftgelehrten» oft als ein Konflikt zwischen dem Judentum und dem Christentum gelesen wurde – obwohl *Jesus selbst ein Jude* war und obwohl zur Zeit der Abfassung der meisten neutestamentlichen Texte die Jesuanhänger/innen noch eine jüdische Gruppierung gewesen sind. So klingt heute antijüdisch, was damals im Rahmen einer innerjüdischen Auseinandersetzung gestanden hat. Hinzu kommt, dass die Pharisäer und Schriftgelehrten häufig mit dem Judentum schlechthin identifiziert werden und nicht als im Neuen Testament typisiert gezeichnete Vertreter einer bestimmten jüdischen Glaubensrichtung erkannt werden.

Denen, die Texte aus der hebräischen

Bibel übersetzen, fällt die Aufgabe zu, keine Theologie weiterzuschreiben, die von einem angeblich im Alten Testament *rächenden und gewalttätigen*, im Neuen Testament dagegen *barmherzigen und verzeihenden Gott* redet – so als gäbe es im Alten Testament keine Barmherzigkeit und keine Sündenvergebung und im Neuen Testament keine Gewalt-Texte.

Der Respekt vor der *jüdischen Lektüre der Hebräischen Bibel* wird dadurch zum Ausdruck gebracht, dass die Texte der hebräischen Bibel nicht aus einer christlichen Perspektive übersetzt werden und nicht sogleich christologisch überformt oder lediglich als Verheißung gelesen werden, der die Erfüllung im Neuen Testament korrespondiert.

Die jüdische Perspektive zu berücksichtigen heißt auch wahrzunehmen, dass die Tora nach jüdischer Auffassung ohne die *mündliche Tradition* unvollständig und kein Dokument einer untergegangenen Kultur ist, sondern im lebendigen Zusammenhang von Auslegung und Anwendung steht. Daraus ergibt sich, dass die Übersetzer/innen mindestens einen jüdischen Kommentar heranziehen sollten, der die rabbinischen Diskussionen um die Texte wiedergibt.

Freilich wäre es sehr wünschenswert gewesen, wenn für das Projekt der Bibel in gerechter Sprache auch jüdische Übersetzerinnen und Übersetzer hätten gewonnen werden können, doch unter den derzeitigen Bedingungen scheint dies nicht möglich zu sein.

4. Verständlichkeit und Wörtlichkeit

Das vierte Kriterium erweist sich in der Übersetzungspraxis oft als ein Gegenpol zum ersten: Einerseits soll die Übersetzung dem Ausgangstext gerecht werden und ihn in der Übertragung durchscheinen lassen, andererseits soll sie leicht verständlich sein und beim Vortragen schön klingen. Als gelungen wird im Rahmen des Projekts Bibel in gerechter Sprache eine Übersetzung betrachtet, die beides miteinander verbindet: Verständ-

lichkeit und Wörtlichkeit. Es ist recht schwierig, dieses *hochgesteckte Ziel* immer zu erreichen. Meist ist das ein weiter Weg, bei dem die Übersetzerin bzw. der Übersetzer entweder mit einer besonders flüssig lesbaren oder mit einer eng am Ausgangstext entwickelten Übersetzung beginnt und sich dann schrittweise dem jeweils anderen Ziel annähert.

Eine Besonderheit des ökumenischen und von jeglichen Institutionen unabhängigen Projektes Bibel in gerechter Sprache ist die *Praxiserprobung*. Dabei wurden Arbeitsübersetzungen allen interessierten Bibelleserinnen und -lesern zur Verfügung gestellt, damit diese die Verständlichkeit überprüfen und Verbesserungsvorschläge machen. In meinen Augen ist dies ein ausgesprochen innovativer und spannender Teil dieses Projekts, der der *Lutherschen Demokratisierung des Bibellesens* Rechnung trägt. Es ist erstaunlich, in welchem Maße die Rückmeldungen dieser Probeleserinnen und -leser zur Verbesserung der Übersetzungen beitragen, woraus ich einmal mehr schließe, dass es viel fruchtbarer ist, Bibeltexte gemeinsam zu lesen als nur einsam am Schreibtisch zu bearbeiten. •

¹ Das Bibel Projekt ist mit einer Übersetzung von zwölf biblischen Büchern 2000 im Fischer-Verlag erschienen.

² Vgl. Ri 4f., 6f. 8ff. In Ri 5,29 ist zudem von „Fürstinnen“ die Rede.

³ Vgl. 1 Kön 10,1–23; 2 Chr 9,1–12; 1 Kön 11; 2 Chr 22,10–23,21. Hingewiesen sei auch auf die große Macht der Ehefrauen amtierender Könige, die mitunter als Königinnen bezeichnet wurden (Isebel: 1 Kön 16ff.; Esther). Auch in Nachbarstaaten gab es Königinnen. Vgl. dazu M. Leutzsch, Jüdin, Bürgerin, Ärztin, Jüngerin, Apostelin. Frauenrollen in der Bibel sichtbar machen – eine Herausforderung für gerechte Bibelübersetzung, in: E. Domay und H. Köhler (Hg.), Werkbuch Gerechte Sprache in Gemeinde und Gottesdienst. Praxisentwürfe für Gemeindeglieder und Gottesdienst, Gütersloh 2003, S. 105–115.

⁴ Vgl. Ex 15; Nu 12; 2 Kön 22,14–20; 2 Chr 34,22–28, sowie Jes 8,3 (die Ehefrau Jesajas).

⁵ Vgl. mJeb 15,2, dazu: Leutzsch, a.a.O., S. 21.

⁶ Zöllnerinnen sind in der jüdischen und ägyptischen Gesellschaft belegt, vgl. Leutzsch, a.a.O., S. 111.

Irrationale Hintergründe der liberalen Wirtschaftstheorie

Carola Meier-Seethaler, die Autorin so wichtiger Bücher wie *«Gefühl und Urteilskraft»* (1997), *«Jenseits von Gott und Göttin»* (2001) und neuerdings *«Das Gute und das Böse»* (Besprechung folgt im nächsten Heft) widmet ihren ideologiekritischen Essay dem Fundamentalismus des globalen und totalen Marktes. Sie zeigt, wie der Neoliberalismus sich zwar auf die *«unsichtbare Hand»* des Adam Smith beruft, aber nicht wie dieser auch einen starken Staat im Dienst des Gemeinwohls betont. Der *homo oeconomicus* des Adam Smith ist aber von allem Anfang an ein sexistisches Konstrukt. Carola Meier-Seethaler plädiert für eine permanente Kritik an den irrationalen Komponenten dieser Fortschritts- und Produktionsideologie – im Geiste der Aufklärung.

Red.

Adam Smiths Dilemma zwischen Befreiung und Profitmentalität

Seit ihrem Entstehen im Laufe des 18. Jahrhunderts macht die liberale Wirtschaftstheorie drei Gründe für das wirtschaftliche Wachstum verantwortlich: erstens die Methode der Arbeitsteilung im industriellen Prozess, zweitens den effizienzsteigernden technischen Fortschritt und drittens die puritanischen Tugenden von Fleiss und Sparsamkeit, die den individuellen Erfolg sichern.

Alle drei Faktoren entspringen menschlichen Fähigkeiten, die ihrerseits vom Streben nach dem besseren Leben und nach persönlichem Vorteil gespeist werden. Zudem rechnet Adam Smith als der Vater der modernen Wirtschaftstheorie das Wettbewerbsverhalten als den Ehrgeiz, andere auf der Erfolgsleiter zu überholen, zu den natürlichen Eigenschaften des *«homo oeconomicus»*.

Dass bei dieser Aufzählung die Ressourcen der Natur in Form von Rohstoffen und Energie unberücksichtigt bleiben, sollte sich erst rund 200 Jahre später als verhängnisvolle Fehlrechnung erweisen. Unabhängig von der ökologischen Frage, welche die Hardliner des Neoliberalismus immer noch verdrängen, ist aber auch das Menschenbild vom *«homo oeconomicus»* ein höchst einseitiges. Im Unterschied zu seinen Nachfolgern war sich Adam Smith dessen bewusst, nachdem er in seinem ersten Hauptwerk *«Theorie der ethischen Gefühle»* die mitmenschliche Sympathie ins Zentrum gestellt hatte und selbst ein moralisch integriertes Leben führte. Zudem sah er die psychische Problematik der Fließbandarbeit voraus und verabscheute die Habgier unter Vertretern der aufsteigenden Fabrikantenschicht.

Smith scheint im Blick auf seine Zukunftsvision vor einem echten Dilemma gestanden zu sein. Einerseits war er fasziniert vom wissenschaftlich-technischen Fortschritt und sah darin die Befreiung des Bürgertums von den alten Feudalstrukturen. Auch hielt er das in-

dividuelle Erfolgsstreben für den einzig berechenbaren, rationalen Beweggrund zur Errichtung des *Nationalen Wohlstands*. Andererseits war er sich der Gefahren einer reinen Profitmentalität bewusst, die auch aus seiner Sicht zunächst die Schere zwischen Arm und Reich noch weiter öffnen würde. Vor dem Hintergrund dieser Widersprüche griff Adam Smith zu zwei unterschiedlichen Argumenten der Beschwichtigung.

Tröstung durch die «unsichtbare Hand»

Das erste bezieht sich auf den *Bodenbesitz*: «Der Ertrag des Bodens erhält zu allen Zeiten ungefähr jene Anzahl an Bewohnern, die er zu erhalten fähig ist. Nur dass die Reichen aus dem ganzen Haufen dasjenige auswählen, was das Kostbarste und ihnen Angenehmste ist. Sie verzehren wenig mehr als die Armen.»¹ So kann freilich nur jemand argumentieren, der wie Smith aus angesehener Familie stammt und Armut und Hunger niemals hautnah erlebt hat.

Das zweite, viel wichtigere Argument bezieht sich auf die «*unsichtbare Hand des Marktes*», die alle Ungerechtigkeiten auf der Welt letztlich ausgleichen soll. Diese Annahme basiert auf einer *optimistischen Weltdeutung*, die sich von der pessimistischen Betrachtung der menschlichen Natur durch das Christentum absetzt. Smith erhielt zwar von seinem verehrten Lehrer, dem christlichen Ethiker *Francis Hutchinson*, wesentliche Impulse, fand aber die Fixierung auf die christliche Nächstenliebe mit dem aufgeklärten Fortschrittsstreben nicht vereinbar. Um dem Tüchtigen freie Bahn zu schaffen, waren für Smith der individuelle Ehrgeiz und das individuelle Profitstreben ebenso grundlegend. Deshalb wandte sich der Verfasser des «Wohlstands der Nationen» vom Christentum ab und liess in der letzten, 6. Auflage seiner «Theorie der moralischen Gefühle» die Stelle mit seinem *Bekenntnis zur christlichen Religion streichen*.²

Ersatz dafür fand er in einem *anderen Glauben*, beim Stoiker *Epiktet*. Der römische Philosoph des 1./2. nachchristlichen Jahrhunderts hatte die Schattenseiten des römischen Imperiums mit seiner Sklaverei und der Ausbeutung der Provinzen erlebt. Um sich und seine Zeitgenossen über die misslichen Zustände hinweg zu trösten, postulierte Epiktet eine *göttliche Vernunft*, welche die menschlichen Torheiten und Laster letztlich zu einem gerechten Leben für alle lenken wird. Diesen Gedankengang nahm Smith bereits in seinem ethischen Werk mehr oder weniger wörtlich auf, nur ersetzte er den römischen Gott



Jupiter durch die «alles regelnde Vorsehung eines weisen, mächtigen und gütigen Gottes»³. Es ist dieselbe Idee, die Smith auf die «unsichtbare Hand» des freien Marktes überträgt, die bis heute als das regulative Prinzip der liberalen Marktwirtschaft gilt.

Von diesem Ausgleichsprinzip ausgehend kann Smith von den *Reichen* sagen, dass sie trotz ihrer «Selbstsucht und Raubgier», die nur nach der Befriedigung ihrer «eitlern und unersättlichen Begierden» trachtet, von der unsichtbaren Hand dazu geführt werden, «beinahe die gleiche Verteilung der zum Leben notwendigen Güter zu verwirklichen, die zustande gekommen wäre, wenn die Erde zu gleichen Teilen unter all ihre Bewoh-

Carola Meier-Seethaler an der Jahresversammlung 2005 der Neuen Wege (Bild: François Baer).

ner verteilt worden wäre»⁴. Das deckt sich mit der Aussage des Epiktet, Zeus (Jupiter) habe die Natur der vernünftigen Wesen so eingerichtet, dass sie keinen Reichtum erlangen können, wenn sie nicht zugleich etwas zum *allgemeinen Nutzen* beitragen. Daher sei es auch «keine Sünde wider das Gemeinwohl, wenn man alles aus Eigenliebe tut»⁵.

Die Parallelen zwischen dem regulativen Prinzip der «unsichtbaren Hand» bei Smith und in der stoischen Glaubenslehre führten Hans Christoph Binswanger zu der Einsicht, die Grundlagen der liberalen Marktwirtschaft seien irrationaler Natur. Deshalb nennt er die liberalen Ökonomen eine «*Glaubensgemeinschaft*», an deren Theoriebasis die naive Gleichsetzung von göttlicher Fügung und der ausgleichenden Hand des freien Marktes steht. Darüber hinaus kritisiert Binswanger die neuzeitliche Finanzwirtschaft, die mit der Prägung von Papiergeld beginnt. Weil die Deckung dieses an sich wertlosen Zahlungsmittels immer prekär war und nach der Ablösung von der Golddeckung immer noch ist, vergleicht er die Finanzjongleure mit *Alchemisten*, die sich zum Ziel setzen, aus Dreck Gold zu machen.⁶

Was aber das klassische Werk Adam Smiths über den «*Wohlstand der Nationen*»⁷ betrifft, so können sich heutige Neoliberale weder auf eine Staatsfeindlichkeit ihres Lehrmeisters berufen, noch die globale Marktwirtschaft auf dessen Vorstellungen zurückführen. Das letztere schon deshalb nicht, weil Smith davon ausging, dass das wirtschaftliche Wachstum der *Bevölkerung im eigenen Land* zugute kommen würde, da die Unternehmer aus Gründen der eigenen Sicherheit davon absehen würden, ihre Gewinne ins Ausland zu verbringen.

Auch redete der Begründer der freien Marktwirtschaft nicht einem zügellosen Kapitalismus das Wort, wie er später von Ricardo und dem «*Manchesterkapitalismus*» vertreten wurde. Smith sprach sich sogar zunehmend für eine starke

staatliche Autorität aus, die das *Gemeinwohl* im Auge behalten sollte. Dies unabhängig von der Tatsache, dass er den staatlich gelenkten Merkantilismus seiner Zeit als ineffizientes System geisselte. Man kann bei ihm sogar Ansatzpunkte für eine sozial verträgliche Marktwirtschaft finden.⁸

Die sexistische Komponente des «homo oeconomicus»

Wenn das Dogma von der unsichtbaren Hand zu einer Art «Marktreligion» führt und die monetären Abläufe in gewissem Sinne an Magie erinnern, so sind auch gegenüber dem «homo oeconomicus» als dem zweiten Grundpfeiler der liberalen Wirtschaftstheorie ernsthafte Zweifel angebracht. Zum einen deckt dieser Begriff bei Smith nur einen Teil der «*conditio humana*» ab, nämlich die des öffentlich handelnden Menschen, während die moralischen Gefühle in den privaten Bereich abgedrängt werden. Dabei war ihm wohl kaum die sexistische Komponente an dieser Zweiteilung bewusst. Streng genommen ist – oder war bis vor kurzem – der homo oeconomicus nur der *Mann*, der sich in den *harten Wettbewerb* stürzt, während sich die *Frauen* vornehmlich den Tugenden der *Sympathie* und des *Wohlwollens* in ihrer nächsten Mitwelt verschreiben.

Im übrigen bildet sich die Dichotomie von *Verstand und Gefühl*, von nützlicher Zweckrationalität und emotional verwurzelter Moral in der liberalen Theorie auf doppelte Weise ab: Im Grossen vertraut sie darauf, dass ein gütiger Gott die harten Machenschaften der Menschen kompensiert, auf der familiären Ebene wird die Befriedigung der emotionalen Bedürfnisse an die Frauen delegiert, die ja – nach Schiller – «himmlische Rosen ins irdische Leben flechten und weben».

Im Einklang dazu steht die *Biographie von Smith*, der nie einen eigenen Hausstand gründete, sondern die längste Zeit seines Lebens von seiner Mutter

und seiner Cousine liebevoll versorgt wurde, was ihn nach deren Tod in eine ernste persönliche Krise stürzte.

Vor diesem Hintergrund wird unter anderem plausibel, warum sich der *Neoliberalismus* mit zeitgemässen *Emanzipationsmodellen* nicht anfreunden kann. Tatsächlich müssen sich Frauen, die ins Kader aufsteigen wollen, am männlichen Lebensstil orientieren und geraten damit in Konflikt mit ihren familiären Betreuungsaufgaben. Die Folge davon ist die zunehmende Kinderlosigkeit gut ausgebildeter Frauen, was dann prompt öffentlich beklagt wird. Ohne gleichzeitige Emanzipation der Männer, das heisst, ohne deren Kultivierung sozialer Kompetenzen und die Übernahme von Betreuungsaufgaben geht die Rechnung nicht auf.

Kapitalismus als Fata Morgana

Ähnliches gilt im globalen Massstab. Solange sich die Wirtschaftselite für die soziale und ökologische Balance auf unserem Globus nicht verantwortlich fühlt, wird es keinen Ausweg aus unserer bedrohlichen Weltlage geben. Eigentlich haben die weltweiten Erhebungen über die Verelendung von Abermillionen Menschen in den Ländern des Südens die Wohlstandsversprechungen der kapitalistischen Marktwirtschaft längst Lügen gestraft. Doch hält man blind am *Glaubensdogma* fest und beschwört immer neu eine *glänzende Zukunft*, die wie eine Fata Morgana immer weiter in die Ferne rückt.

Die Hüter «ordnungspolitischer Richtigkeit» werden nicht müde, die in Mitteleuropa hochgehaltene «soziale Marktwirtschaft» als realitätsfremde *Sackgasse* zu beschimpfen. Stattdessen verweisen sie auf das *Vorbild USA*, die unter republikanischer Führung viel bessere Wachstumsraten verbuchen würden. Freilich verschweigt man den Preis, den dort die Unterschicht als «working poor» und ein Teil der Mittelschicht zu bezahlen haben.

Was uns Europäer/innen im Blick auf Amerika so schwer fällt zu begreifen, ist die seltsame Mischung aus *hemmungslosem Kapitalismus* und einer *christlich-fundamentalistischen Frömmigkeit*, zu der sich heute ca. 40 Prozent der Amerikaner/innen bekennen. Es ist aber daran zu erinnern, dass der *Calvinismus in der neuen Welt* eine ähnliche Rolle gespielt hat wie die Wiederbelebung des *Stoizismus in England*. Wenn der Calvinist seinen wirtschaftlichen Erfolg als ein sichtbares Zeichen göttlicher Gnade interpretiert, so führt auch dies zu einer Art «Marktreligion», in der sich Profiteure und Frömmel die Hand reichen.

Das eigentlich Tragische besteht allerdings darin, dass sich Amerika seit der Zeit der Gründerväter als *auserwähltes Volk Gottes* begreift, dazu berufen, seinen «way of life» der übrigen Welt aufzudrängen, und sei es mit Gewalt. Bis heute führt die grosse Weltmacht ihre aussenpolitische Strategie im Zeichen einer Mission für das Gute und ihre Kriege gegen das vermeintlich Böse. An diesem Konzept scheinen die Ideen der Aufklärung spurlos vorübergegangen zu sein.

So ist es höchste Zeit, dass sich wenigstens *Europa* auf den *Geist der Aufklärung* besinnt, der ja nicht mit dem nach ihm benannten Zeitalter endet, sondern als permanenter Prozess weitergeführt werden muss. Dazu gehört die Erweiterung unseres Vernunftbegriffs über das rationale Zweckdenken hinaus. Vernünftiges Handeln setzt immer auch relationale Urteile voraus, welche die Wirkung der Entscheidung auf das Ganze bedenken. Dabei spielen *Werturteile* eine bedeutende Rolle, wenn wir danach fragen, was für uns und für andere «gut», lebensfördernd und gegenseitig beglückend ist. Werte als Qualitätsurteile sind jedoch nicht logisch-rational erfassbar, sondern bedürfen des emotionalen Einfühlens und Mitschwingens. Ohne diese emotionale Komponente bleiben Wertvorstellungen wie Würde, Vertrau-

en, Verantwortung oder Solidarität leere Worthülsen.

«Perfekt» ist nur der Tod

Sich auf solche Werte zu berufen ist keine weltfremde Utopie. *Gesellschaften ohne hierarchische Herrschaftsstrukturen* haben immer nach dem Ausgleich von Bedürfnissen innerhalb und zwischen den Gruppen gesucht, sowie nach einem «partnerschaftlichen» Umgang mit der Natur, den wir heute als «nachhaltig» bezeichnen. Die Ökonomie solcher Gesellschaften basiert auf Subsistenzwirtschaft, Handwerk und Tausch, auch dann noch, wenn mehr oder weniger symbolisches Geld den Handel erleichtert. Es wird oft übersehen, welche Fülle von Innovationen und welches Mass an Schönheit solche «primitiven» Gesellschaften hervorgebracht haben, wenn auch sehr viel langsamer als in unserer forcierten Wettbewerbsgesellschaft.

Wir stehen heute an dem Punkt, an dem der *globale Wettbewerb tödlich* zu werden droht, weil die Überschwemmung mit immer neuen Produkten nicht mehr zu bewältigende Abfallberge hinterlässt. Längst sind Innovationen zum Selbstzweck geworden und dienen weit mehr der Fütterung der unersättlichen Geldmaschinerie als den Bedürfnissen der Menschen. Doch wer zur Entschleunigung des wirtschaftlich-technischen Marathonlaufs mahnt, dem wird entgegengehalten, man könne das Rad nicht aufhalten oder gar bis zur Steinzeit zurückdrehen. Als ob der technische Fortschritt ein *perpetuum mobile* wäre, das der homo sapiens gar nicht mehr steuern kann. Ist nicht gerade dies eine Bankrotterklärung der menschlichen Vernunft?

Wenn wir uns schon soviel auf unsere Rationalität zugute halten, sollten wir uns endlich auch Rechenschaft über die *irrationalen Komponenten unserer Fortschritts- und Produktionsideologie* ablegen. Werturteile darüber, was für die

Zukunft aller das Optimale wäre, können weder die Vertreter/innen einer elitären Wissenschaft noch die Träger/innen der globalen Wirtschaftsmächte fällen. Das ist nur in einem mühsam ausgetarnten Konsens zwischen allen Mitgliedern der Weltgemeinschaft annähernd erreichbar. Jedenfalls brauchen solche im Weltmassstab ablaufenden demokratischen Prozesse Zeit, was mit dem enormen Rentabilitätsdruck des Turbokapitalismus nicht vereinbar ist.

Ebenso wichtig ist die *Korrektur von Illusionen*, die von Spitzenforschern immer noch aufrechterhalten werden. Sie versprechen das Paradies auf Erden, wenn man sie nur ungehindert forschen lässt, und träumen von einem «perfekten Leben», ein Widerspruch in sich selbst. Alles Lebendige zeichnet sich gerade durch den ständigen Kreislauf von Werden und Vergehen aus und benötigt für seine kreative Weiterentwicklung Fehlerspielräume um den Preis der Imperfekteit. «Perfekt», wörtlich «das zu Ende gebrachte», ist nur der Tod.

Was dem vernünftigen Menschen bleibt, ist die Einsicht in seine Eingebundenheit in das Spiel der lebendigen Natur und die intelligente Nutzung ihrer Spielräume, um Leiden optimal zu lindern. •

¹ A. Smith, Theorie der ethischen Gefühle, hg. von Walther Eckstein, Hamburg 1977 (erste Originalausgabe: 1759), S. 316.

² Walter Eckstein, a.a.O., S. XLV.

³ A. Smith, a.a.O., S. 47.

⁴ A. Smith, a.a.O., S. 316.

⁵ Zitiert nach Binswanger, Die Glaubensgemeinschaft der Ökonomen, München 1998, S. 55.

⁶ Geld und Magie, Hamburg 2005.

⁷ Adam Smith: Der Wohlstand der Nationen, hg. von Horst Klaus Reckenwald, München, 2001 (erste Originalausgabe: 1776).

⁸ Reckenwald, a.a.O., S. XIII, LXV.

«Wo bleibt Euer Aufschrei?»

«Die Ohnmacht der Arbeiter»

«Der Kapitalismus frisst seine Arbeiter»

«Das Jahr der Demontage»

«Weniger Lohn, weniger Urlaub, weniger Einfluss – die Arbeitnehmer erleben eine epochale Entmachtung. Von Siemens bis Opel stellen die Unternehmen sie vor die Wahl: Entweder sie geben nach, oder sie können gehen»

«Wo bleibt Euer Aufschrei?»

«In der globalen Wirtschaft herrscht die pure Anarchie. Die Gier zerfrisst den Herrschern ihre Gehirne»

Zitiere ich aus einem Sektiererblättchen kommunistischer Nostalgiker? Aus einem Pamphlet linker Sozialdemokraten? Aus der Gewerkschaftspresse? Weit gefehlt: Die Zitate stammen alle aus den Überschriften, mit denen die international renommierte, politisch liberale Hamburger Wochenzeitung *Die Zeit* in ihrem Wirtschaftsteil (!) die Artikel übertitelte, die auf ganzen drei Seiten die Situation der deutschen Arbeitnehmer in der globalisierten kapitalistischen Marktwirtschaft unserer Tage analysierten (*Die Zeit*, 11.11.04). Karl Marx würde seinen Augen nicht trauen: Da wirft ein in der halben Welt gelesenes geistig anspruchsvolles Blatt der Bourgeoisie den Nachfahren des Proletariats die harsche Frage ins Gesicht: Wo bleibt angesichts eurer desolaten Situation, in die euch der Kapitalismus getrieben hat, euer Aufschrei? Das tönt ja geradezu wie ein Aufruf zur Revolution oder zumindest zur Revolte. Steht die Welt Kopf?

Die Systemkrise des rheinisch-europäischen Kapitalismus

Deutschland hat offiziell fünf, de facto wohl an die sieben Millionen Arbeitslose, und auch die meisten anderen europäischen Staaten weisen eine erschreckend hohe Arbeitslosenzahl auf. Das ist einer der Gründe, weshalb es trotz *Raubritter-Kapitalismus* und – Reform genannter – rücksichtsloser sozialer De-

Arnold Künzli

Nicht die Linke hat den Kapitalismus, dieser hat die Linke gezähmt

Arnold Künzli, emeritierter Professor für politische Philosophie an der Universität Basel, hat auch nach 1989 nicht aufgehört, die Systemfrage zu stellen. Sie ist angesichts eines Kapitalismus, der sich im Neoliberalismus bis zur Kenntlichkeit entlarvt, aktueller denn je. Der Autor hat schon vor 25 Jahren in den *Neuen Wegen* (10/1980) nach einer Systemalternative gefragt und sie in der «Wirtschaftsdemokratie» gefunden. In der Tradition des ethischen Sozialismus sieht Künzli die «Wirtschaftsdemokratie» als «regulative Idee» zur Überwindung des kapitalistischen Systems und zur Vollendung der politischen Demokratie. So ist es nicht verwunderlich, dass ihn das erbärmliche Niveau der gegenwärtigen «Kapitalismusdebatte» in Deutschland provoziert. Er hat seinen Zorn darüber im folgenden Essay zu Papier gebracht: «Nicht die megalomane Bereicherungsgier unserer Spitzenmanager, die höchstens für Psychiater interessant ist, ist das Problem, sondern das als «freie Marktwirtschaft» etablierte kapitalistische Produktions- und Finanzsystem, das solche Exzesse ermöglicht.» Und: «Kapitalismuskritik ist System- und Strukturkritik oder sie ist keine.» Red.

montage nicht zu einer Revolte kommt: Arbeitslose streiken nicht, man kann keine Arbeit niederlegen, wenn man keine Arbeit hat, man kann keinen Druck auf einen Arbeitgeber ausüben, wenn es einen solchen nicht gibt. Die einzige Möglichkeit einer Wirkung versprechenden Protestaktion bietet der Stimm- und Wahlzettel der Demokratie, aber auch der nützt nicht viel, wenn die einstige Partei der Arbeiter zu den Neoliberalen, damit zum Kapitalismus, übergelaufen ist und keine Partei eine echte Alternative zum bestehenden Wirtschafts- und Finanzsystem, zum Kapitalismus, anzubieten hat.

«*Der Mensch ohne Alternative*» übertitelte der junge polnische Philosoph Leszek Kolakowski einst seine mutige philosophische Kampfschrift wider den Stalinismus, der keine Alternative erlaube, da er jede als Faschismus verunglimpfe. Mutatis mutandis ist der *globale Neoliberalismus ähnlich totalitär*, da er jede vorgeschlagene Alternative sogleich als weltfremde Flucht zurück in die Zeit einer revolutionären Arbeiterbewegung oder als Rückfall in die Ideologie eines Staatssozialismus diffamiert. Wozu freilich zu sagen ist, dass die europäische Linke, vertreten vor allem von der Sozialdemokratie, gar nicht fähig und willens ist, eine solche Alternative auszuarbeiten, da sie das Bestehende nicht mehr umstürzen, sondern innerhalb des Bestehenden an die Macht und zu Pfründen gelangen will. Ihre Verdienste um den Aufbau einer «sozialen Marktwirtschaft», auch «rheinischer Kapitalismus» genannt, bleiben unbestritten, wobei freilich nicht unterschlagen werden darf, dass deren Väter Christlichdemokraten waren. Aber Kapitalismus blieb das allemal, und was daran sozial war, wird heute – siehe Deutschland – von derselben Sozialdemokratie wieder abgebaut.

Nicht geleugnet werden darf auch, dass der Durchschnitt der Lohnabhängigen heute in Westeuropa, ebenso das Gros der Arbeitslosen, dank der staatli-

chen Sozialmassnahmen und der wissenschaftlich-technischen Entwicklung der Moderne über eine höhere Lebensqualität verfügt als in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg. Es hat seit den Tagen von Marx ein *epochaler Wandel* stattgefunden: Das *Proletariat* hat sich nicht zur Weltrevolution vereinigt, sondern es hat sich *peu à peu verbürgerlicht*, einerseits als Folge der stürmischen Entwicklung einer Industriegesellschaft, die dem Staat Mittel in die Hand gab, die Forderungen der Linken nach staatlichen Sozialmassnahmen teilweise zu erfüllen, andererseits wegen des stetigen Abbaus der Industrie-Arbeiterschaft und des entsprechenden Anwachsens einer aus lohnabhängigen Angestellten bestehenden Dienstleistungsgesellschaft. Der Lohnabhängige hat heute nicht mehr nur seine Ketten zu verlieren, sondern auch sein Auto, auch wenn dieses noch nicht abbezahlt ist. Was ihn heute in erster Linie bedroht, ist der Verlust seines Arbeitsplatzes.

Dieser rheinisch-europäische Kapitalismus ist heute in eine Systemkrise geraten, da die kapitalistische Wirtschaft aus systemimmanenten Gründen, unter denen der mörderische Konkurrenzdruck eine besondere Rolle spielt, nicht mehr in der Lage ist, dem Staat die Gelder zur Verfügung zu stellen, die er zur Finanzierung seiner Sozialpolitik benötigt. Diese *kapitalistische Wirtschaft* trägt auch die *Verantwortung für die Massenarbeitslosigkeit*, deren soziale Kosten sie jedoch dem Staat aufbürdet, dem sie gleichzeitig die finanziellen Mittel – über die Steuern – nicht mehr zur Verfügung stellt, damit er für diese Kosten im erforderlichen Masse aufkommen könnte.

Schon immer war es eine «kollaterale» Funktion der Arbeitslosigkeit, durch Erzeugung einer heute bis in die Chefetagen verbreiteten *Angst vor einem sozialen Absturz* die Arbeit dem Kapital gefügig zu machen und mögliche revolutionäre Regungen im Keim zu ersticken. Lieber den Spatz in der Hand als gar nichts.

Vom «Wutanfall» des Heiner Geissler...

Wenn ein aufrechter Mann wie der ehemalige Jesuitenschüler, Bundesminister und Generalsekretär der deutschen CDU Heiner Geissler in seinem fulminanten Beitrag zu der eingangs erwähnten Situationsanalyse der «Zeit» zustimmend aus dem «Kommunistischen Manifest» von Marx und Engels zitiert und in einem «Wutanfall» ausruft: «Wo bleibt Euer Aufschrei?» – mit «Euer» meint er die unter der sozialen Demontage leidenden Lohnabhängigen –, so ist die Antwort auf seine Frage in dieser flottierenden Angst der Arbeitnehmer – ein grässliches Wort – und dem Ohnmachtsbewusstsein der Arbeitslosen zu finden.

Heiner Geissler sagt es selbst, sogar mit den Begriffen von Marx: «Heute eliminiert das Kapital die Arbeit... Nicht das Gespenst des Kommunismus, vielmehr die Angst geht um in Europa – gepaart mit Wut, Abscheu und tiefem Misstrauen gegenüber den politischen, ökonomischen und wissenschaftlichen Eliten... Die Arbeiter in den Industriestaaten und ihre Gewerkschaften, die angesichts der Massenarbeitslosigkeit mit dem Rücken an der Wand stehen, fühlen sich anonymen Mächten ausgeliefert, die von Menschen beherrscht werden, deren Gier nach Geld ihre Gehirne zerfrisst.» Dieser «Wutanfall» eines Heiner Geissler ehrt den wackeren Mann und drückt die Stimmung in weiten Kreisen der sogenannten Lohnabhängigen wohl treffend aus. Aber bei den Betroffenen hält die Angst einen Deckel über die kochende Wut und lässt bloss gelegentlich etwas Dampf entweichen, damit der Kessel nicht explodiert.

Die psychische Arbeitsteilung von Angst und Wut dient der Erhaltung des bestehenden Systems, da beide sich gegenseitig vor unbesonnenen Reaktionen, die alles nur noch verschlimmern könnten, zu bewahren suchen. Demselben systemimmunsierenden Zweck dient die allgemeine, von den sensationsgeilen Medien besonders geschürte Tendenz zu

einer *Personalisierung* dieses auf die Spitze getriebenen Konflikts zwischen einem ausser Rand und Band geratenen globalen Kapital und einer an die Nation gebundenen ohnmächtigen Arbeit. Nicht die megalomane Bereicherungsgier unserer Spitzenmanager, die höchstens für Psychiater interessant ist, ist das Problem, sondern das als «freie Marktwirtschaft» etablierte kapitalistische Produktions- und Finanzsystem, das solche Exzesse ermöglicht.

... zu Franz Münteferings Luftballon

Zu diesem raffinierten Ablenkungsmanöver hat auch Franz Müntefering, der Chef der SPD, das Seine beigetragen, da er in seiner aufsehenerregenden Kapitalismuskritik – bezeichnend, dass es allgemeines Aufsehen erregt, wenn einmal ein Sozialdemokrat den Kapitalismus kritisiert – lediglich Exzesse kritisierte, sich aber hütete, die – einzig wichtige – Systemfrage zu stellen, da er damit die Politik der – seiner – Regierung Schröder fundamental in Frage gestellt hätte. Wollte die heutige, völlig verbourgeoiserte Sozialdemokratie Kapitalismuskritik als Systemkritik üben, müsste sie linksumkehrt machen.

Die durch Münteferings Luftballon in Deutschland provozierte Kapitalismuskritik bewies denn auch mit ihrer *Substanzlosigkeit und Oberflächlichkeit*, dass unsere politökonomische Analphabetisierung so weit fortgeschritten ist, dass wir zu einer an die Wurzeln gehenden Kapitalismuskritik gar nicht mehr fähig sind. Kapitalismuskritik kann nur eine fundierte Kritik an einem Wirtschaftssystem sein, dessen Credo das Bekenntnis zu einem *demokratisch unkontrollierten Privateigentum an den Produktions- und Finanzmitteln* ist, das seine produktive Vitalität in einem gnadenlosen Konkurrenzkampf beweist und das nur bei einem permanenten, grenzenlosen, irrationalen Wachstum funktionsfähig bleibt. Wobei heute der weitgehend unabhängig von der Produktion

agierenden *globalisierten Finanzspekulation* noch eine besondere Rolle als potenter Stimulator der lebensnotwendigen Geldgier zukommt.

Wer die Kapitalismuskritik personalisiert und auf die ungehemmte, schamlose Raffsucht – das Opium des Managervolkes – reduziert, der macht eine Folge zur Ursache und zäumt das Pferd am Schwanz auf. Bewusst oder unbewusst wird damit das Interesse der Kritik vom wesentlichen Kern der Kapitalismus-Problematik abgelenkt und das gefestigt, was Adorno einen *«Verblendungszusammenhang»* nannte. Kapitalismuskritik ist System- und Strukturkritik oder sie ist keine.

«Verheerende Ideen aus der deutschen Romantik» (Beat Kappeler) ...

Aber wer das heute sagt und wer das System als solches in Frage stellt, wird selbst von linken Sozialdemokraten allzu oft als weltfremder Utopist und als ein Relikt aus romantischen Zeiten belächelt. Kapitalismuskritik als Opa-Zeitvertreib. «Eine Philosophie lähmt Deutschland» rief kürzlich *Beat Kappeler* in seiner *Kritik an der deutschen Kapitalismusdebatte* aus (NZZ am Sonntag, 22.5.05), und er meinte damit, man staune, die Philosophie der deutschen Romantik (wie er sie versteht):

«Eine «Kapitalismusdebatte» glaubt Deutschland zu führen, doch es werden nur verheerende Ideen aus der deutschen Romantik wiederholt.» Warum «die blumige Romantik vor 200 Jahren» hinter all dem stecken soll? Kappeler bezieht sich auf *Isaiah Berlins* zweifellos bedeutendes Buch «Die Wurzeln der Romantik», in dem der politische Philosoph Herders, Fichtes und Hegels Ideal eines «Volksgeistes» darstelle. Diese hätten «das Ländliche gegenüber dem Urbanen, die Hauswirtschaft gegenüber dem Markt und dem Geld, das Organisch-Natürliche gegenüber nüchternen Strukturen» bevorzugt.

Und dann holt Beat Kappeler den

Knüppel aus dem Sack: «Schlimmer noch, «der Faschismus ist ein Erbe der Romantik», sagt *Isaiah Berlin*. Noch weiter, denn auch der arabische Fundamentalismus stammt direkt aus diesen Werten der deutschen Romantik, folgerten... die Bestseller-Autoren *Ian Buruma* und *Avishai Margalit* im Buch «Occidentalism».» Frohgemut wirft da Beat Kappeler deutsche Kapitalismuskritik, *Faschismus und islamischen Fundamentalismus* in einen Topf, stammen doch alle von dieser unseligen deutschen Romantik ab...

Einen so horrenden Unsinn habe ich schon lange nicht mehr gelesen, doch die noble «NZZ am Sonntag» empfiehlt Beat Kappeler's tiefschürfende welt-historische Betrachtungen ihren Lesern mit dem Untertitel: «Die Kapitalismusdebatte ist eine Folge der deutschen Romantik. Hier hat die deutsche Vorliebe für Heroismus, Gemeinschaft, Entsagung und das Scheitern ihre Wurzeln.» Wer also den Kapitalismus kritisiert, schwärmt damit für germanisches Heldentum, und man hört die deutschen Eichen rauschen. Auch feiert er einen Kult der Entsagung und flüchtet in eine Mystik des Scheiterns. Wer den Kapitalismus nicht als die beste aller möglichen Wirtschaftswelten preist, so muss man Kappeler's Kritik der Kapitalismuskritik interpretieren, beweist damit eine romantische, faschismus- und fundamentalismusverdächtige Gesinnung.

... und «Regression» (Der Spiegel)

Die *publizistische Immunisierung des Volkes* gegen eine mögliche Ansteckung durch die von einem alternativen Denken emittierten lebensgefährlichen Viren lässt sich beispielhaft auch an den Schlusssätzen eines langen Artikels des «Spiegel» über das Scheitern der Regierung Schröder erkennen: «Schröder kennt die Sehnsucht seiner Partei, sich in die Opposition zurückzuziehen, um dort wieder die alten Arbeiterkampflieder anzustimmen. Er weiss, dass diese Rückbesinnung auf die Traditionsbestände,

diese Regression, die SPD langfristig mehrheitsunfähig machen würde. So ist sein letzter Dienst an der Partei womöglich, dass er ihr am Ende den Rückzug in die Vergangenheit abgeschnitten hat» (Spiegel, 22/05).

Also: Eine Rückbesinnung der von Schröder in eine Partei des Neoliberalismus verwandelten Sozialdemokratie auf ihren demokratisch-sozialistischen Ursprung wäre motiviert durch eine *romantische Sehnsucht* nach den alten Arbeiterkampfliedern und nicht etwa durch die von Heiner Geissler diagnostizierte Angst, Wut und Abscheu und das tiefe Misstrauen, die das herrschende kapitalistische Wirtschaftssystem bei der Arbeiterschaft und weit darüber hinaus provoziert. Es wäre bloße Regression, ein Kult der Tradition, Nostalgik, und würde die Partei mehrheitsunfähig machen, ist die Partei doch ein Selbstzweck... Dabei hätte die europäische Sozialdemokratie nichts dringender nötig als eine längere Zeit in der Opposition, um sich endlich wieder auf sich selbst besinnen, sich aus der Verstrickung in das bestehende anarchokapitalistische System lösen und eine realistische Alternative ausarbeiten zu können.

Dass auch der *politische Liberalismus* unfähig ist, über die tagespolitische Routine hinauszudenken, beweist der Chef der deutschen Liberalen, *Guido Westerwelle*, mit seinem tiefsinnigen Spruch: «Wer Deutschland für kapitalistisch hält, der hält Kuba auch für demokratisch.» Fidel Castro wird staunen über die vielen neuen Anhänger, die er in Deutschland gewonnen hat...

Vom a-moralischen System des Kapitalismus ...

Die immer wieder bewiesene erstaunliche Überlebenskraft des Kapitalismus beruht wohl wesentlich darauf, dass dieser sich zum *Lustprinzip* bekennt und an den Egoismus, die Sucht nach Geld und Reichtum, die Lust am Konsum usw. appelliert. Seine Ethik, sofern man da über-

haupt von Ethik sprechen kann, ist utilitaristisch-hedonistisch, und die Zeiten einer calvinistischen Entsagung um der Akkumulation willen sind längst vorbei. Man könnte sagen, der Kapitalismus heilige, was die biblische Religion als sündhaft verurteilt. Der Kapitalismus entlastet das Ich vom moralischen Über-Ich, das Lustprinzip wird auf dem freien Markt zum *Realitätsprinzip* erklärt. Keiner hat das so unverblümt und klar ausgesprochen wie *Bernard de Mandeville* in seiner berühmten Satire «Die Bienenfabel» (1714), deren Kernspruch lautet: «Private vices, public benefits» (private Laster schaffen öffentlichen Nutzen). Im Bienenstock blüht der Wohlstand dank der Erwerbsgier, der Sucht nach Luxus, der Eitelkeit, der «privaten Laster» seiner beflügelten Bewohner.

Adam Smith, der philosophisch-ökonomische Urvater des ökonomischen Liberalismus, hat diese Bienenfabel gekannt, und obgleich er sie böse fand, hat er in seinem «Wohlstand der Nationen» (1776) ihren Grundgedanken übernommen. Es ist und bleibt der Grundgedanke des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Gegen dieses a-moralische System mit Moral anrennen zu wollen, bleibt ein hoffnungsloses Unterfangen. Es würde unter anderem bedeuten, dass ein Unternehmen im harten Konkurrenzkampf immer auch an das Wohl des

Cartoon: Rainer Schwalme in Cicero, Juni 2005



Konkurrenten denken müsste, dem es keinen Schaden zufügen dürfte.

... zur Ablehnung der EU-Verfassung

Wenn nun heute von einer *Selbstbeschädigung* des – Neoliberalismus genannten – modernen Kapitalismus die Rede ist, so kann damit auch eine durch ihn verursachte «Beschädigung» des politischen und sozialen Umfeldes, in dem er agiert und auf dessen Stabilität er angewiesen ist, gemeint sein. Was das Soziale anbelangt, ist diese Selbstbeschädigung evident.

Für das «Nein» Frankreichs und Hollands zum EU-Verfassungsentwurf, in dem zweifellos eine schwerwiegende «Beschädigung» der politischen Bestrebungen zu sehen ist, den Frieden zwischen den Völkern Europas institutionell für alle Zeiten zu sichern, ist ebenfalls weitgehend der *totalitäre Herrschaftsanspruch des ökonomischen Neoliberalismus* verantwortlich zu machen: Was die beiden Völker abgelehnt haben, ist nicht die europäische Vereinigung, sondern die Tatsache, dass der Verfassungsentwurf in seinem ökonomischen Teil dem Neoliberalismus die Dignität eines Verfassungsgrundsatzes verleiht und damit Europa ein für allemal verfassungsrechtlich verpflichtet, seine Wirtschaftspolitik nach den Grundsätzen des modernen Kapitalismus zu gestalten.

Das bestätigt sogar die NZZ, wenn sie im Kommentar ihres Wirtschaftsteils zur Ablehnung des EU-Verfassungsentwurfs durch Frankreich und Holland fragt: «Warum haben die Franzosen klar und die Niederländer sogar wuchtig die EU-Verfassung bachab geschickt, wenn sie doch zumindest im institutionellen Bereich Fortschritte gebracht hätte?», um auf diese Frage zu antworten: «Eine Gemeinsamkeit (zwischen Frankreich und Holland, A.K.) bestand sehr wohl: das Gefühl der Bevölkerung, den Gürtel immer enger schnallen zu müssen, die Furcht – besonders ausgeprägt im Hexagon – vor einem Verlust des Arbeits-

platzes und der Eindruck, die EU sei ohnmächtig, sie trage nichts zur Verbesserung der ökonomischen Situation der Menschen bei, schlimmer noch: das Wirken Brüssels verschärfe geradezu das wirtschaftliche und soziale Malaise» (NZZ 4./5.6.05).

Und noch deutlicher sagte das in einem *Leserbrief* an die NZZ ein *Franzose*: «Man kann doch nicht verlangen, dass Frankreich eine Verfassung gutheisst, in welcher das Wort Bank 176-mal, Markt 78-mal, Konkurrenz 174-mal steht und sozialer Fortschritt nur 3-mal erwähnt wird! Öffentliche Dienstleistung kommt nur 1-mal vor, und es wird darauf beharrt, dieser Sektor müsse konkurrenzfähig sein. Soziale Rechte sind überhaupt nicht vermerkt» (L. Palgen, 6.6.05). Wenn aber das «Nein!» Frankreichs und Hollands zum EU-Verfassungsentwurf wesentlich eine *Revolte* – Heiner Geisslers «Aufschrei» – gegen die Diktatur des Neoliberalismus ist, muss dieser sich den Vorwurf gefallen lassen, die europäische Einigung zu sabotieren. Ein Kollateralgeschehen der Selbstbeschädigung...

Demokratisierung der Wirtschaft als Alternative

Wäre es nicht eine vordringliche *Aufgabe der EU*, ein repräsentatives Gremium zu schaffen, das sich Gedanken macht über mögliche Alternativen zum herrschenden neoliberalen System? Niemand will den freien Markt aufheben, aber es gibt *keine echte Freiheit ohne Bindung*, sonst entartet die Freiheit zur wilden Anarchie, wie wir das ja heute erleben. Wäre es nicht an der Zeit, sich Gedanken zu machen über eine Ausweitung des Geltungsbereichs der Bürger- und Menschenrechte von der Politik auf die Wirtschaft? Besteht sonst nicht die Gefahr, dass umgekehrt der Geltungsbereich des a-demokratischen, a-moralischen und a-sozialen neoliberalen Kapitalismus auf die Politik ausgeweitet und damit ein Fortbestehen der Demokratie

in Frage gestellt wird? Wäre nicht eine Demokratisierung der Wirtschaft die *regulative Idee* einer Alternative zum wirtschaftlichen Wildwest-System?

Es wäre Aufgabe einer politischen Philosophie, die Kapitalismusdebatte aus ihren Verstrickungen in die interessegeleitete Tages- und Parteipolitik zu befreien und in eine *System- und Wertediskussion* zu verwandeln. Die Grundwerte sind vorgegeben, es sind immer noch die alten *Trikolorewerte der Französischen Revolution*. Aber darüber hinaus müsste eine andere Diskussion aus der Zeit des *Frühsozialismus* wieder aufgenommen werden, nämlich die nach der *Funktion des Eigentums* im Leben des Einzelnen und der Gesellschaft. Und das hiesse heute, diese Funktion anthropologisch und psychoanalytisch zu untersuchen.

So wäre vor allem zu untersuchen, ob im psychischen Haushalt des Menschen dem Bedürfnis nach privatem Eigentum und damit im Zusammenhang nach einem «immer mehr», die ihm das kapitalistische Wirtschaftssystem mit seiner *Anthropologie eines «homo oeconomicus»* zuspricht, tatsächlich eine dermaßen dominierende Rolle zukommt, oder ob diese Funktion des privaten Eigentums kulturell bedingt ist und gar nicht anthropologisch festgelegt werden kann. Weiter wäre zu fragen, inwieweit das Postulat eines Privateigentums an den Produktionsmitteln abgeleitet werden kann vom Recht auf ein Privateigentum an persönlichen Gebrauchsmitteln.

Noch anders formuliert: Ist das Bedürfnis nach Privateigentum eine anthropologische Konstante, die auch und vor allem unser Wirtschaftssystem bestimmen muss? Wieso hat in der Ideengeschichte, gelegentlich sogar in einer utopiebestimmten Praxis, der *Genossenschafts-* und der *Kommunegedanke* mit ihrer Konzeption eines Gemeineigentums an den Produktionsmitteln immer wieder und in fast allen Kulturen eine Rolle als ideales Gesellschafts- und Wirtschaftssystem gespielt? Wieso ver-

urteilen Religionen verschiedener Kulturen das Eigentum, vielmehr die Sucht nach privatem Eigentum, so oft als Ursprung allen gesellschaftlichen Übels, wieso haben Philosophen das *Eigentum als Diebstahl* definiert?

Wieso meinen andere, das Eigentum gehöre zum *Identitätsbewusstsein* des Menschen, sodass man sagen könnte: Kein Ich ohne ein Mein? Aber wenn privates Eigentum auch mit *Eigentum in Aktien* identifiziert wird, verliere ich dann bei einem Kurssturz meine Identität? Oder wäre Hans im Glück die Alternative, der alles Eigentum als Ballast empfindet und glücklich erst ist, wenn er nichts mehr hat? Oder die Philosophie und Praxis des Diogenes in seinem Fass? Besteht eine Beziehung zwischen dem zur Zivilisationskrankheit gewordenen Herzinfarkt und der Sucht nach immer mehr privatem Eigentum? Das wären doch alles ausgesprochen spannende Fragen. Ist uns der Kapitalismus mit seiner Eigentums-Idolatrie derart in die Knochen, in die Seele und ins Gehirn gefahren, dass wir gar nicht mehr fähig sind, uns eine Alternative vorzustellen?

Die von kritischen Sozialdemokraten und Liberalen geforderte «*Zähmung des Kapitalismus*» erwies und erweist sich als ein *Wunschtraum*, mit dem man bloss seine Unfähigkeit manifestiert, eine lebensfähige Alternative zum Kapitalismus zu entwerfen. Der Kapitalismus ist, anstatt sich zähmen zu lassen, immer rabiatere und aggressiver geworden, und nicht die Linke hat den Kapitalismus, sondern dieser hat die Linke gezähmt. Man fragt sich, wie viel Leiderfahrung die Welt noch braucht, um langsam einzusehen, dass sie Gefahr läuft, durch die ungebremste, unkontrollierte Dynamik des globalisierten Kapitalismus unter der Schirmherrschaft der vorläufig einzigen Weltmacht USA das wieder zu verlieren, was sie im Verlauf der Jahrhunderte an politischer Kultur aufgebaut hat, und die Umwelt zu zerstören, die sie zum Atmen braucht. •

Armut in Ost- und Westdeutschland

Nie zuvor hat sich die Sozialpolitik der Bundesrepublik ähnlich drastisch verändert wie nach 1989/90. Die deutsche Vereinigung bildete zusammen mit der Weltmarktkonkurrenz ein Spannungsfeld für den Wohlfahrtsstaat, welcher sich auch gegenwärtig noch im Umbruch befindet. Neben dem West-Ost-Wohlfahrtsgefälle, das in beiden Landesteilen von einem Süd-Nord-Wohlfahrtsgefälle überlagert wird, vertieft sich die Kluft zwischen Oben und Unten, weshalb man 15 Jahre nach der DDR-«Wende» von einer postmodernen Zweiklassengesellschaft sprechen kann. Seit dem 1. Januar 2005 hat sich die doppelte Spaltung noch verschärft. Christoph Butterwegge, Hochschullehrer für Politikwissenschaft an der Universität Köln und linker Sozialdemokrat, analysiert die Pauperisierung im vereinigten Deutschland und geht dabei besonders auf die zunehmende Kinderarmut ein. Vom Autor sind 2005 die beiden Bücher «Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland» und «Krise und Zukunft des Sozialstaates» im VS-Verlag für Sozialwissenschaften (Wiesbaden) erschienen. Red.

Ostdeutschland vor der DDR-

«Wende»...

Die DDR-Gesellschaft war durch mehr Egalität auf einem niedrigeren Niveau als ihr westdeutscher Nachbarstaat gekennzeichnet, zumal das Recht auf Arbeit eine soziale Ausgrenzung ihrer Mitglieder verhinderte. Trotz mancher Privilegien für die Nomenklatura, also Spitzenkader des Partei- und Staatsapparates, sowie deren Angehörige und enge Mitarbeiter/innen war die Ungleichheit der Einkommen bis zuletzt wegen der Vollbeschäftigung ausgesprochen gering. Deshalb wäre es falsch, die Sozialpolitik der DDR zu verdammen, auch wenn ältere Menschen (vor allem gegenüber Familien mit Kindern) benachteiligt wurden, die (nicht dynamisierte) Mindestrente kaum über der Armuts-grenze lag und die Wohnverhältnisse vor allem in den zerfallenden Altstädten teilweise katastrophal zu nennen waren.

Das die DDR-Sozialpolitik von Anfang an bestimmende Leitbild der Vereinbarkeit von Familie und Beruf war aus heutiger Sicht sehr modern. Selbst wenn die systematische Einrichtung von Kinderkrippen «rein ökonomische Gründe» – im Rahmen einer aus akutem Arbeitskräftemangel nötigen «Förderung der Erwerbstätigkeit möglichst vieler Mütter» (Gisela Helwig) – hatte, trug sie entscheidend dazu bei, dass DDR-Frauen durch die Geburt eines oder mehrerer Kinder weder gehindert wurden, ihre berufliche Karriere ohne Unterbrechung fortzusetzen, noch während der Kindererziehungszeit wie ihre westdeutschen/Westberliner Geschlechtsgenossinnen auf die Unterstützung ihrer (Ehe-)Männer oder des Staates angewiesen waren.

«Werkstätige» Mütter, die trotzdem keinen Krippenplatz für ihr Kleinkind erhielten, konnten sich zwecks häuslicher Kindererziehung bis zur Vollendung von dessen 3. Lebensjahr freistellen lassen. Alleinerziehende bekamen während dieser Zeit die sog. Mütterunterstützung.

Kindergärten wurden ganztätig und überwiegend von den Kommunen, aber auch von größeren Betrieben (Kombinaten) unterhalten, die für Schichtarbeiterinnen sogar Tages- und Nachtkindergärten einrichteten. Auch wenn über das Fehlen qualifizierten Personals und den miserablen Zustand von Betreuungseinrichtungen geklagt wurde, ging deren Ausbau zügig voran. Bei den Kinderkrippen, in die Säuglinge ab der 10. Lebenswoche aufgenommen wurden, stieg der Versorgungsgrad von ca. 1,3 Prozent (1950) auf über 80 Prozent (1989), was der DDR auch im internationalen Vergleich einen Spitzenplatz bescherte.

... und nach 1989

Nach dem *Zusammenbruch des SED-Regimes* wurde das *westdeutsche Wirtschafts- und Sozialsystem* trotz manch kritischer Stimme nahezu ohne Übergangs- bzw. Schonfristen auf den Osten übertragen. Aufgrund einschlägiger Werbebotschaften im Westfernsehen und gleichlautender Wahlversprechen führender Politiker der CDU/CSU/FDP-Koalition erwarteten die meisten DDR-Bürger/innen von der Wiedervereinigung in erster Linie wachsenden Wohlstand für alle. Die Soziale Marktwirtschaft werde, meinte man fälschlicherweise, nicht nur ein «zweites Wirtschaftswunder» schaffen und für hochwertige Konsumgüter sorgen, sondern auch die «sozialen Errungenschaften des Arbeiter- und Bauernstaates» (Recht auf Arbeit und Wohnung) weitgehend unangetastet lassen. Nach der Vereinigung am 3. Oktober 1990 wurde Sozialpolitik aber nicht als Bindeglied beider Landesteile und als Gesellschaftspolitik begriffen, sondern zur Abfederung der durch die Privatisierung «um jeden Preis» für viele Ostdeutsche entstehenden Härten instrumentalisiert.

Helmut Kohls Versprechen, nach der Wiedervereinigung werde es «niemandem schlechter, aber vielen besser gehen», hat die Bundesregierung nicht ein-

gelöst. Statt wie in einem Fahrstuhl gemeinsam nach oben befördert zu werden, bewegten sich Ost- und Westdeutsche in unterschiedliche Richtungen. In den neuen Bundesländern war ein *sozialer Paternoster-Effekt* wirksam: Während viele Ostdeutsche zum Teil sogar beträchtliche Einkommenszuwächse verzeichneten, ging es für andere Bewohner/innen der ehemaligen DDR nach unten. Fast die Hälfte machte Erfahrungen mit der Arbeitslosigkeit. *Frauen und Mütter* gehörten dabei zu den *Hauptverlierer/innen*. Den erwerbstätigen Müttern mit (mehreren) Kindern wurde nach der «Wende» zuerst gekündigt, und die Frauenerwerbsquote glückte sich trotz des im Osten nach wie vor dominierenden Wunsches, berufstätig zu sein bzw. zu bleiben, der sehr viel niedrigeren in Westdeutschland an.

«Transformationsarmut»?

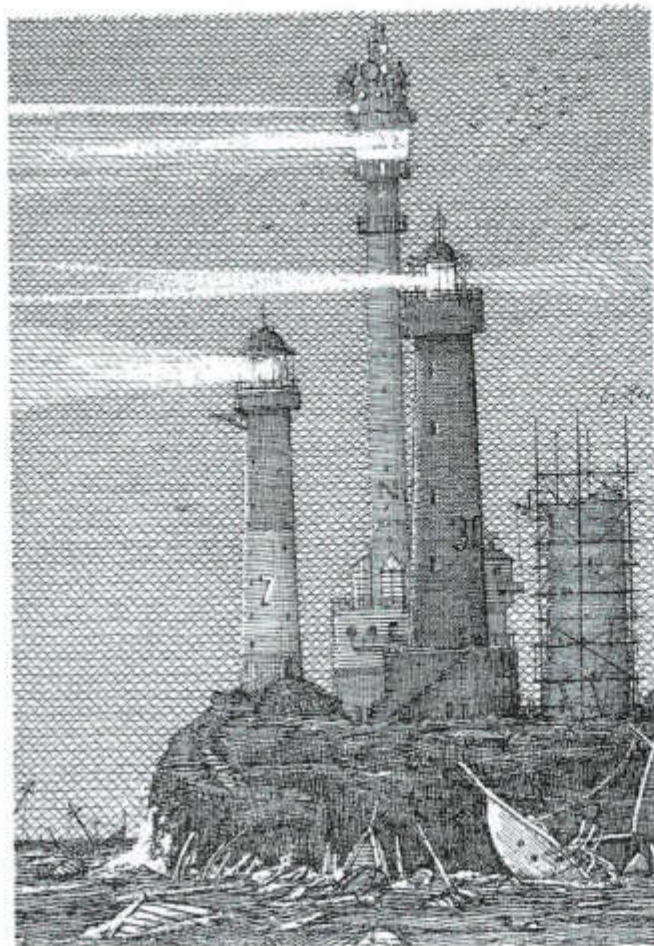
«Transformationsarmut» nennt die Fachwissenschaft den in *Übergangsgesellschaften dominierenden Armutstyp*. Damit geht die Hoffnung einher, dass es sich um kein Phänomen von Dauer, vielmehr um ein Problem handelt, das nach kurzer Zeit (von selbst) verschwindet. Die sich nach der Vereinigung in Ostdeutschland zementierende Armut war aber weder eine soziale Erblast des SED-Regimes noch eine bloße «Randerscheinung des Vereinigungsprozesses» (Kurt Biedenkopf), sondern das *Resultat einer Übernahme der kapitalistischen Wirtschaftsordnung*, die nicht mal ansatzweise Vollbeschäftigung garantiert.

Absehbar war, dass sich die *Verteilung der Primäreinkommen* in Ostdeutschland aufgrund einer Spreizung der Lohnstruktur und der bei nur sehr wenigen ehemaligen DDR-Bürger/innen mit Grundbesitz anfallenden Vermögenseinkünfte sowie einer relativ hohen Zahl sog. neuer Selbstständiger *ungleicher* gestalten würde. Neben einer zahlenmäßig kaum ins Gewicht fallenden «neuen Bourgeoisie», die – von Steuer-

vergünstigungen, Sonderabschreibungen und Förderprogrammen im «Beitrittsgebiet» profitierend – relativ schnell zu ansehnlichem Reichtum gelangte, gibt es größere Teile der früheren DDR-Bevölkerung, die von Langzeitarbeitslosigkeit, Armut und Elend betroffen sind.

Biografische Brüche und soziale Abstiegsprozesse früherer DDR-Bürger/innen tragen Züge traditioneller wie moderner Armutslagen. *Pauperismus* im klassischen Sinne, verbunden mit Apathie, Resignation und Isolation sowie Alkoholismus und Defätismus, scheint sehr viel weiter verbreitet zu sein und befindet sich offenbar auf dem Vormarsch. Man beschönigt die Situation in den östlichen Bundesländern, misst

Cartoon: Martial
Leiter für «Globales
Dickicht» von Rüdiger
Safranski, in:
Vontobel Schriften-
reihe 1560, 2002.



man sie am niedrigeren materiellen Wohlstand vor der Vereinigung, ohne die für Bewohner/innen eines früher realsozialistischen Landes ganz andere Qualität von *Arbeitslosigkeit* zu berücksichtigen.

«Kosten der Einheit» als Rechtfertigung für Sozialabbau

Um den «Aufbau Ost» zu finanzieren, nahm die Bundesregierung mehr *Kredite* auf und übertrug den *Sozialkassen* weitere sog. versicherungsfremde Leistungen. So vermied sie – mit Ausnahme einer zweimaligen Anhebung der Mineralölsteuer und der Versicherungssteuer sowie einer Anhebung der Erdgassteuer, der Tabaksteuer und der Mehrwertsteuer – Steuererhöhungen, die der als «Kanzler der Einheit» gefeierte Helmut Kohl ausgeschlossen hatte. Gleichzeitig wurden die Körperschaftsteuer und der Einkommensteuersatz auf gewerbliche Einkünfte nach dem «Standortversicherungsgesetz» gesenkt, was die Unternehmen und Kapitaleigentümer begünstigte.

1990 gab das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung unter dem Titel «Nationale Solidarität mit den Menschen in der DDR» eine schwarz-rot-gold umrandete Broschüre heraus, die versprach: «Unser soziales Netz bleibt dichtgeknüpft. Kein Rentner, kein Kranker, kein Arbeitsloser, kein Kriegsoffer, kein Sozialhilfeempfänger braucht Leistungskürzungen zu befürchten.» Dennoch dienten die «Kosten der Einheit» CDU/CSU und FDP in den Folgejahren als *Rechtfertigung für Sozialabbau*. Geschwächt wurde der Wohlfahrtsstaat auch dadurch, dass Leistungskürzungen als «Reformen», erzwungene Arbeitszeitverlängerungen im öffentlichen Dienst als Resultate von «Solidarpakten» und Beitragserhöhungen bzw. zusätzliche Kostenbelastungen für Versicherte, Kranke, Behinderte und sozial Benachteiligte als «Sparprogramme» bzw. «operationen» firmierten.

Trotz oder gerade wegen hoher Sozialtransfers nach Ostdeutschland war der *Vereinigungsprozess* für westdeutsche Kapitaleigentümer, Bankiers und Großgrundbesitzer ein *glänzendes Geschäft*. Während die westdeutschen Unternehmen, denen der «Aufbau Ost» teilweise hohe Zusatzprofite brachte (z.B. Autohändler, Baulöwen, Immobilienmakler, Großbanken, Handelsketten, Versandhäuser und Versicherungskonzerne), seither immer weniger Gewinnsteuern zahlten, stieg die *Steuerbelastung der abhängig Beschäftigten* ständig. Treffend hieß es daher auf einem Graffito an Resten der Berliner Mauer: «Die sozialen Grenzen verlaufen nicht zwischen Ost und West, sondern zwischen Oben und Unten!»

Ausbreitung der Armut im vereinten Deutschland

Heute reicht das Armutsrisiko bis in die *bürgerlichen Mittelschichten* hinein, was sich in der Überschuldung von Existenzgründer/innen und Selbstständigen genauso manifestiert wie in den prekären Lebenslagen von Menschen, die keinen gesicherten Arbeitsplatz haben, sondern fürchten müssen, praktisch über Nacht unter die Armutsschwelle zu sinken. Gleichzeitig weitet sich ständig jener Sektor aus, in dem totale Perspektivlosigkeit, Not und Verelendung die Lebenslagen bestimmen. Dabei dürften sich die von einer «Normalexistenz» weitgehend Ausgeschlossenen im Osten der Republik konzentrieren, wo die Wirtschaftsentwicklung seit geraumer Zeit stärker hinter jener im Westen des Landes zurückbleibt.

Regionale und soziale Disparitäten überlappen sich, weshalb Deutschland eine *doppelte Spaltung* droht: Neben dem *West-Ost-Wohlfahrtsgefälle*, das in beiden Landesteilen von einem Süd-Nord-Wohlfahrtsgefälle überlagert wird, vertieft sich die *Kluft zwischen Oben und Unten*, weshalb man 15 Jahre nach der DDR-«Wende» von einer *post-*

modernen Zweiklassengesellschaft sprechen kann. Durch ökonomische Krisenerscheinungen franst die kleinbürgerliche Mitte in den westlichen Bundesländern aus, während sie in den östlichen erst gar nicht zum gesellschaftlichen Gravitationszentrum geworden ist.

Durch die Umsetzung des – im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat weiter radikalisierten – Konzepts der sog. Hartz-Kommission (Ausweitung nicht nur «haushaltsnaher» Mini-Jobs sowie der Leih- bzw. Zeitarbeit und der in «Ich-» bzw. «Familien-AGs» organisierten Scheinselbstständigkeit) gewinnt der *staatlich geförderte Niedriglohnsektor* an Bedeutung. Den *armen Erwerbslosen* treten noch mehr *erwerbstätige Arme* zur Seite. Längst reichen selbst viele Vollzeitarbeitsverhältnisse (besonders in Ostdeutschland) nicht mehr aus, um eine Familie zu ernähren, sodass man Nebenjobs übernimmt und nach Feierabend bzw. an Wochenenden (schwarz) weitergearbeitet wird.

Für die *Kinder* der davon Betroffenen heißt dies, dass sie ihre Eltern kaum noch zu Gesicht bekommen, für die Eltern mit einem sog. McJob, dass sie ihre Kinder wohl oder übel vernachlässigen müssen. Dass die Bundesregierung am 16. Februar 2005 einen Nationalen Aktionsplan «Für ein kindergerechtes Deutschland 2005–2010» beschloss, nützt da wenig.

Rutsche in die Armut mit Hartz IV

Das nach *Peter Hartz* benannte Gesetzespaket markiert eine Zäsur für die Entwicklung von Armut bzw. Unterversorgung in Ost- und Westdeutschland. Besonders mit *Hartz IV* sind Änderungen im Arbeits- und Sozialrecht verbunden, die das politische Klima der Bundesrepublik auf Jahrzehnte verschlechtern. Noch restriktiver war der von Hessens Ministerpräsident *Roland Koch* (CDU) eingebrachte Entwurf für ein «Existenzgrundlagengesetz», das die (Re-)Kommunalisierung der Arbeitsmarktpolitik

und die Ausweitung des Niedriglohnsektors bezweckte. Langzeitarbeitslose sollten jede Unterstützung verlieren, wenn sie ein kommunales Beschäftigungsangebot ablehnten.

Ab 1. Januar 2005 müssen die Betroffenen für eine «Mehraufwandsentschädigung» von 1 oder 2 EUR pro Stunde gemeinnützige Arbeit leisten, soll ihr Arbeitslosengeld II nicht zunächst um 30 Prozent sinken. Die sog. *Ein-Euro-Jobs* dürften auf dem Arbeitsmarkt zu einem harten Verdrängungswettbewerb führen. Geringqualifizierte in Normalarbeitsverhältnissen müssen gewärtigen, dass man sie durch Arbeitslosengeld-II-Bezieher/innen ersetzt, was Auswirkungen auf das gesamte Lohngefüge haben wird.

Langzeitarbeitslose müssen jede Stelle annehmen, auch wenn die Bezahlung weder tarifgerecht ist noch dem ortsüblichen Lohn entspricht. Eingerichtet wurde damit eine Rutsche in die Armut: Man hat die Bezugszeit des Arbeitslosengeldes auf maximal 18 Monate (bisher: 32 Monate) verkürzt und dem *Arbeitslosengeld II*, das präziser «Sozialhilfe II» heißen würde, den Charakter einer *Fürsorgeleistung* gegeben, die der bloßen Existenzsicherung dient, genauso wie das Sozialgeld für nicht erwerbsfähige Familienangehörige.

Erst am 1. Juli 2004 einigte sich der Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat auf einen *Kompromiss zwischen Rot-Grün und Schwarz-Gelb* zur Umsetzung des sog. Hartz-IV-Gesetzes. Bis zur Einführung des Arbeitslosengeldes II, das Arbeitslosenhilfeempfänger/innen und erwerbsfähige Sozialhilfebezieher/innen auf Antrag erhalten können, blieb nur noch ein knappes halbes Jahr Zeit. Als der Bundesrat am 9. Juli 2004 über das «Gesetz zur optionalen Trägerschaft von Kommunen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II)» entschied, welches die Beziehungen der kreisfreien Städte und Landkreise zu den örtlichen Agenturen

für Arbeit regelt, stimmten nicht zufällig *Berlin und alle ostdeutschen Länder* gegen den im Vermittlungsausschuss geschlossenen Kompromiss. Aufgrund ihres überdurchschnittlich hohen Anteils an Langzeit- bzw. Dauerarbeitslosen müssen sie befürchten, durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe größere Nachteile zu erleiden und noch mehr zurückzufallen. Gleichzeitig fühlt sich der Osten bei der Vergabe zentraler Finanzmittel gegenüber dem Westen, besonders seinen Stadtstaaten, benachteiligt.

Nach den breiten Massenprotesten bei den im Sommer 2004 unter dem Motto «Das Volk sind wir! Weg mit Hartz IV!» wieder aufgenommenen *Montagsdemonstrationen* – vor allem in Ostdeutschland – machte die rot-grüne Regierungskoalition den Betroffenen drei *Konzessionen*: Erstens soll eine beim Übergang von der Arbeitslosenhilfe, die immer am Monatsende rückwirkend ausgezahlt wurde, zum Arbeitslosengeld II, das am Monatsanfang gezahlt wird, drohende Auszahlungslücke geschlossen werden. Andernfalls hätten die Betroffenen im ersten Monat des neuen Jahres überhaupt kein Geld erhalten. Zweitens wird Kindern unter 15 Jahren nun auch ein Vermögensfreibetrag von 4100 EUR gewährt. Und schließlich sollen die Zuverdienstmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose durch Erhöhung der entsprechenden Freibeträge verbessert werden.

Mehr Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland

Während der *Spitzensteuersatz* zum 1. Januar 2005 noch einmal von 45 auf 42 Prozent sank, was Kapitaleigentümer und Großverdiener in Champagnerlaune versetzt haben dürfte, macht sich bei *prekär Beschäftigten und Langzeitarbeitslosen*, die zur selben Zeit einen weiteren sozialen Abstieg erleben, Katerstimmung breit. Sie haben das Gefühl, von der Bundesregierung und den Op-

positionsparteien gleichermaßen im Stich gelassen zu werden.

Ohne die Lage zu dramatisieren, kann man prognostizieren, dass es in der Bundesrepublik, die nach wie vor zu den reichsten Industrienationen der Welt gehört, künftig noch mehr (Kinder-)Armut geben wird. Dies gilt hauptsächlich für Ostdeutschland, wo sich der neoliberal gestaltete Um- bzw. Abbau des Sozialstaates noch drastischer auswirkt als in Westdeutschland, weil die dortigen Familien stärker auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können. Nur wenn eine umfassende Kurskorrektur im Regierungshandeln erfolgt, vermag die Wirtschafts- bzw. Sozialpolitik den *Trend zur Exklusion eines wachsenden Bevölkerungsteils*, darunter besonders vieler *Kinder und Jugendlicher*, die außerdem immer weniger berufliche Perspektiven haben, aufzuhalten.

Eine soziale Grundsicherung, wie sie das Arbeitslosengeld II laut Gesetzestext für Arbeitsuchende sein möchte, muss, damit sie diesen Namen verdient, vor Armut schützen. Das kann man angesichts von Leistungen, die *nur Sozialhilfe-niveau* erreichen (mit einem Grundbetrag von 345 EUR monatlich für Alleinstehende im Westen bzw. 331 EUR im Osten plus Erstattung der Miet- und Heizkosten einer »angemessenen« Wohnung), schwerlich behaupten. Auf zwei Jahre befristete Übergangszuschläge und auf drei Jahre befristete Kinderzuschläge für Geringverdiener in der Höhe von maximal 140 EUR verhindern nicht, dass Familien, die darauf zurückgreifen müssen, an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden.

Mehr qualifizierte Arbeitsplätze mit ausreichend hohen Löhnen bzw. Gehältern sowie ein dichtes Netz öffentlicher *Kinderbetreuungseinrichtungen* und *Ganztagsschulen* für den Nachwuchs berufstätiger Eltern bilden den Schlüssel zur Bekämpfung der Kinderarmut. Stattdessen bieten die sog. Hartz-Gesetze bloß

»Ich-AGs« sowie »Mini-« bzw. »Midi-Jobs«, von denen man nicht leben und erst recht keine Familie ernähren kann. Wenn man die *Zumutbarkeitsregelungen* verschärft und die Mobilitätsanforderungen gegenüber (Langzeit-)Arbeitslosen erhöht, verschlechtern sich außerdem die Chancen für Familien, ein geregeltes, nicht durch Zeitdruck und/oder räumliche Trennung von Eltern und Kindern beeinträchtigtes Leben zu führen.

Am 17. März 2005 trafen sich *Gerhard Schröder*, die Vorsitzenden der beiden Unionsparteien und *Joschka Fischer* zu einem »Beschäftigungsgipfel« im Kanzleramt. Schröder gab am Morgen vor dem Gipfeltreffen im Bundestag eine Regierungserklärung »Aus Verantwortung für unser Land: Deutschlands Kräfte stärken« ab, die im Kern enthielt, was der »Jobgipfel« anschließend zum gemeinsamen Programm von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Union erhob. Man einigte sich u.a. auf eine *nochmalige Senkung der Körperschaftsteuer* (von 25 auf 19 Prozent), die – ebenso wie der Nachlass von Erbschaftsteuer auf das Betriebsvermögen (bis 100 Mio. EUR), wenn das Unternehmen 10 Jahre lang weitergeführt wird – durch das Schließen von Steuerschlupflöchern »aufkommensneutral« gegenfinanziert werden sollte, sowie auf eine Ausweitung der Hinzuverdienstmöglichkeiten für Alg-II-Bezieher/innen.

Diese können aber nicht vergessen machen, dass man wieder *Steuergeschenke* für die (Kinder der) Multimillionäre bereit hält, die hoffentlich im vorgezogenen Bundestagswahlkampf thematisiert werden und zeigen, dass die *gesellschaftliche Scheidelinie* nicht, wie es das Schlagwort »Generationen-(un-)gerechtigkeit« suggeriert, zwischen *Alt und Jung*, sondern immer noch und sogar mehr denn je zwischen *Arm und Reich* verläuft!

Sozialstaat statt Konzern- Gesellschaft. Alternativen der Wirtschafts- politik

In Deutschland gibt es die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, die sich seit 30 Jahren gegen einseitig kapitalorientierte Positionen von Politik und Wirtschaftswissenschaft. Die Gruppe besteht aus Fachleuten der Wirtschaftswissenschaft sowie aus Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern. Sie veröffentlicht jedes Jahr vor dem 1. Mai ein Memorandum, weshalb sie unter den Namen «Memorandum-Gruppe» bekannt geworden ist. Zum Kreis der Gründer gehörte auch Siegfried Katterle, Prof. für Volkswirtschaft, ehemals Vorstandsmitglied des BRSD. Bis heute stützen sich die ReSoS auf die Arbeiten dieser «Memorandum-Gruppe». Der folgende Text gibt die Presseerklärung wieder, mit der das Memorandum 2005 (Kurzfassung: www.memo.uni-bremen.de) am 29.4. 2005 in Berlin vorgestellt wurde.

Red.

1. Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik begrüßt die aktuelle kapitalismuskritische Diskussion in der Bundesrepublik. Sie weist zugleich auf die politische Verantwortung für die zunehmende Unterwerfung Deutschlands unter die Interessen der Finanzinvestoren und multinationalen Konzerne hin. Die Bundesregierung hat die jetzt

von ihr kritisierten Missstände in erheblichem Maße mit zu verantworten – weil sie durch ihre *Arbeitsmarktpolitik*, insbesondere durch Hartz IV, den Druck auf die Beschäftigten dramatisch erhöht hat und den Unternehmen damit den Boden für ihre Erpressungspolitik bereitet hat

– weil sie durch das jüngste *Finanzmarktförderungsgesetz* die Tätigkeit der Finanzinvestoren erheblich erleichtert und die bislang in Deutschland verbotenen spekulativen Hedgefonds überhaupt erst zugelassen hat, über deren heuschreckenartige Aktivität sie sich jetzt beklagt – weil sie durch die Politik des *Sozialabbaus und der steuerlichen Umverteilung* von unten nach oben die gesamtwirtschaftliche Schieflage verstärkt hat, in der sozial- und umweltverträgliches Wachstum nicht möglich ist, und – weil sie durch ihre einseitige *Wirtschaftsförderungspolitik* zugunsten der international operierenden Konzerne die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zu deren Gunsten beeinflusst und damit die Entwicklung zur Konzern-Gesellschaft und zu Lasten der Demokratie befördert hat.

2. Das gesamtwirtschaftliche Wachstumsproblem, das der Bundesrepublik anhaltende und weiter steigende Rekordarbeitslosigkeit beschert, ist im Kern ein *Verteilungsproblem*, d.h. auf eine falsche Einkommens- und Vermögensverteilung zurückzuführen. Die Binnennachfrage, deren Stagnation auch durch die Position des Exportweltmeisters nicht wettgemacht werden kann, hängt vor allem von der privaten und öffentlichen Verbrauchsnachfrage ab, die ihrerseits die Absatzaussichten für die Unternehmen und damit auch deren Investitionen bestimmen.

Der *private Verbrauch* wird vor allem durch den Druck auf die Löhne geschwächt, den die Unternehmer auch deshalb so erfolgreich praktizieren können, weil die Regierung sie massiv un-

terstützt. Die Kritik der PolitikerInnen an Niedrigstlöhnen und Lohndumping in Deutschland ist scheinheilig, weil sie das Entscheidende verschweigt: Mit *Hartz IV* und *Ein-Euro-Jobs* betreibt die Regierung sehr viel wirksamere Formen von *Lohnsenkung* und *-dumping*, als *osteuropäische Schlachthausarbeiter* dies können.

Der *staatliche Verbrauch* leidet unter der ökonomisch kontraproduktiven und sozial verheerenden Finanzpolitik: Zum einen werden die Steuern vor allem für die Unternehmen und oberen Einkommensschichten gesenkt, ohne dass dies zu höheren Investitionen führt. Zum anderen werden die Sozialausgaben gekürzt und damit vor allem jene einkommensschwachen Schichten getroffen, die hierdurch noch weniger ausgeben können.

3. Zu dieser Politik gibt es *Alternativen*. Zur Förderung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums und der Beschäftigung sollte die Politik

– erstens ein umfangreiches *öffentliches Investitionsprogramm* (75 Mrd. EUR jährlich für 10 Jahre) zur Verbesserung der Infrastruktur auflegen

– zweitens die *Beschäftigung im öffentlichen Dienst* (die seit 1990 um 1,2 Millionen Personen abgebaut wurde) und bei öffentlich geförderten Trägern erhöhen, und

– verschiedene Formen der *Arbeitszeitverkürzung* im öffentlichen Dienst durchführen und in der Privatwirtschaft fördern.

4. Zur *Finanzierung* dieses Programms sollten *Steuern erhöht* und übergangsweise die *öffentliche Neuverschuldung* ausgedehnt werden:

Zu den *steuerlichen Maßnahmen* gehören im einzelnen: die Wiederanhebung des Spitzensteuersatzes in der Einkommensteuer auf 48% (ab 60 000 EUR Einkommen), die Erhöhung des Körperschaftsteuersatzes auf 33%, die Ablö-

sung der Gewerbesteuer durch eine Gemeindewirtschaftsteuer mit einer Steuermesszahl von 3% und einem Mindesthebesatz von 200%, die Wiedereinführung der Vermögens- und die Reform der Erbschaftsteuer sowie die Einführung einer Börsenumsatzsteuer.

Die *Neuverschuldung* bis zum Greifen des Programms stellt ökonomisch eine Vorfinanzierung dar. Sie ist solange geboten, wie die gesamtwirtschaftliche Nachfrage der Konsumenten und der steuerfinanzierten Staatsausgaben nicht ausreicht, die wirtschaftliche Aktivität auf ein Niveau zu heben, das mehr ordentlich bezahlte Arbeitsplätze gewährleistet. Öffentliche Neuverschuldung bei hoher Arbeitslosigkeit richtet nicht nur keinen Schaden für künftige Generationen an, sondern korrigiert eine Fehlentwicklung der Einkommensverteilung, deren Fortdauer die ökonomische Leistungskraft und den sozialen Zusammenhalt in der Zukunft massiv untergraben würden.

5. Die notwendige wirtschafts- und sozialpolitische Wende erfordert eine deutliche *Veränderung der Einkommens- und Vermögensverteilung zugunsten der unteren Einkommensschichten*. Vorstöße in diese Richtung stoßen auf erbitterten und kompromisslosen Widerstand derer, die von der aktuellen Politik profitieren. Sie können daher nur in dem Maße erfolgreich sein, wie sie durch demokratischen politischen Druck von unten unterstützt werden. Durch die aktuelle wirtschaftliche und soziale Entwicklung wird daher die Frage der *Demokratie auf allen Ebenen der Wirtschaft* mit besonderer Dringlichkeit auf die Tagesordnung gesetzt.

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Dr. Axel Troost, Postfach 33 04 47, D-28334

Ein anderes Volk in Frankreich?

Anmerkung eines Frankophilen zum französischen Nein zur europäischen Verfassung

Manfred Züfle, Schriftsteller und Mitglied der Redaktionskommission der Neuen Wege, lebt und arbeitet jedes Jahr einige Wochen in Südfrankreich. Dabei ist er ein aufmerksamer und engagierter Beobachter der französischen Politik. So hat er auch am vergangenen 29. Mai einem linken Nein zur EU-Verfassung entgegengejubelt. Manfred Züfle ist überzeugt, dass von Frankreichs Ablehnung dieses neoliberalen Projekts das Signal für ein soziales Europa ausgehen wird. Das Nein der jungen Wählerinnen und Wähler, auch der «lycéens», die sich gegen die Umsetzung des Konkurrenz-Modells auf die Bildung zur Wehr setzen, sollte europaweit zur Kenntnis genommen werden – und Nachahmung finden. Über die Bücher gehen müsste nicht zuletzt die europäische Sozialdemokratie.

Red.

Ich verbringe seit Jahrzehnten mindestens ein paar Wochen pro Jahr in Frankreich, ich kenne Paris als eine Art Tourist mit kulturellen Interessen. Aber ich *lebte*, wenn man alles zusammenzählt, während ein paar Jahren in der französischen Provinz, im Westen, wo die Loire in den Atlantik mündet, im Süden in der Gegend um Arles, wo die Rhone ins Mittelmeer fließt, in Aix-en-Provence fast ein Jahr. Ich liebe Marseille, seit einigen Jahren bin ich mehrmals pro Jahr in einem Dorf zwischen Marseille und Toulon, La Cadière d'Azur. Das heisst, ich habe während Jahren, unter unterschiedlichsten Sonnen, das erlebt, was man in Frankreich in den eigenartigen Ausdruck «*La France profonde*» zusammenfasst.

Ich hatte während all der Jahre einige Peripetien, höchst *dramatische Wendungen in der Geschichte Frankreichs* miterlebt; und als eine Art Zuschauer von aussen immer wieder festgestellt, dass und wie sie nicht nur Frankreich betrafen. De Gaulle und kein Ende, aber das *Ende der «Algérie française»*. Es konnte damals in Aix-en-Provence oder Marseille recht ungemütlich werden, die Gewaltbereitschaft der Reaktion war durchaus präsent, einer anderen «France profonde», die mit anderen Fratzen, nicht nur der Le Pens, auch beim jüngsten Referendum nicht einfach abwesend war, obwohl sie erstaunlich wenig in Erscheinung trat.

Dann die etablierte *V. Republik*, zugeschnitten auf de Gaulle. Ich erinnere mich, wie wir in einem dieser typischen kleinen Restaurants auf dem Land in der Nähe von Aix, in der man ungefragt das isst, was gekocht wurde, als fast einzige Gäste auf den Fernseher in einer Ecke schauten: Zoom aufs Elysée, dann auf ein Fenster, und dann die Stimme von «mon Général», wie er sich immer ansprechen liess, gross und einzig auf dem Bildschirm: «Français, Françaises». Ich weiss nicht mehr, was er gesagt hatte. Als er fertig war, hörten wir hinter uns

einen Landarbeiter: «Et maintenant de Gaulle va nous chanter la Marseillaise», jetzt wird er uns gleich die Marseillaise singen, laut lachend und mit starkem provenzalischem Akzent.

Dann 68 und das Erschrecken darüber im leicht heruntergekommenen Salon einer Familie der Haute Bourgeoisie von Nantes. Das *politische Ende de Gaulles*, der Frankreich das zweideutige Geschenk des plebiszitären Referendums gemacht, aber dann die Grösse gehabt hatte, auch wirklich zu gehen, als der «peuple» «non» gesagt hatte. Davon ist allerdings heute nach dem 29. Mai von Chirac und der ganzen «Chiraquie», wie man das in Frankreich selbst in den etabliertesten Medien ungeniert nennt, gar nichts mehr zu spüren. Aber der «peuple» sagte am 29. Mai schon mindestens zum dritten Mal hintereinander «non» an der Urne.

*

Ich kam dieses Jahr genau eine Woche vor dem 29. Mai nach La Cadière d'Azur. Mehrere Dinge überraschten mich sehr beim Wiedereintauchen in die «Douce France», wie ich das für mich, ich geb's ja zu, höchst idealistisch nenne. Erstens war ich, abgebrühter Citoyen einer immer noch direkten Demokratie, der sich daran gewöhnt hat, in der grossen Mehrheit der Fälle mit seiner Stimme nicht recht bekommen zu haben, was mich nicht hindert, immer von neuem an die Urne zu gehen, war ich als gleichsam unheilbarer, nur ein wenig stoisch gewordener Schweizer überrascht über die *emotionale Intensität*, mit der man dem Augenblick des Resultats punkt 22 Uhr am Sonntag entgegenfieberte.

Ich war bei Freunden zum Nachtesen eingeladen. Als wir draussen auf der Terrasse assen, lief drinnen schon der Fernseher. Punkt zehn Uhr waren wir vor dem Bildschirm. Punkt zehn Uhr, nachdem die letzten Wahllokale in Paris und Lyon gerade geschlossen hatten, erschien das Resultat in riesigen Lettern,

fast wie bei der Fussballweltmeisterschaft, als Frankreich im Endspiel siegte: *oui 45% – non 55%*. Der Jubel meiner Freunde, ich geb's ja zu, alles Linke der verschiedensten Couleurs, war unbeschreiblich. Ich war während zehn Minuten wahrscheinlich der einzige, der weiter auf den Bildschirm schaute und dabei zum ersten Mal die ungebrochene Arroganz der «Ouistes» feststellte, wie diese sich spät erst gegen die «Nonistes», als alle «Sondages» gegen sie zu sprechen begannen, etikettierten.

Doch zurück zur Woche vor diesem Augenblick und zur erwähnten Intensität. «Emotional», ja, der *Riss* gehe durch Familien, alte Freundschaften, Clubs,



sagte mir mein alter Freund Stan und fand das alles andere als angenehm, *aber* frau/man war aufgeregt, leidenschaftlich «en connaissance de cause», frau/man wusste, worum es ging, frau/man hatte sie sich besorgt, diese «Constitution», frau/man hatte sie gelesen und dabei zweierlei festgestellt:

Das erste stellten sowohl die «partisans du oui» als auch die «partisans du non» fest: die *Sprache* dieser Verfassung! War die nicht über weite Passagen so, dass sie auf Anhieb unverständlich war? Etwa unverständlich sein sollte? Und dann, was war da alles in einer Verfassung, was in überhaupt keine Verfassung gehört? Der ganze Technokraten-Kram Brüssels war offensichtlich mit drin verpackt. Bis zu diesem Punkt war

Siegesfeier auf der Place de la Bastille: «L'Europe liberale c'est NON.»

man sich, wie ich bei x Radiodiskussionen, x Zeitungsdebatten feststellte, in Frankreich ziemlich einig.

Im Lager des «oui» sagte man «tant pis», aber es ist ein weiterer Schritt zu einem politischen Europa, und wenn man den nicht machte, war man, das heisst Frankreich, das grosse Frankreich, das Gründungsmitglied der EU, weg vom Fenster Europas. So war dräuend die Argumentation vom Lager des «Oui», unterschiedslos, in beiden Generallinien von der regierenden bürgerlichen Mehrheit bis zum Parti socialiste in der Opposition, hatte auch nach der Schlacht nicht aufgehört zu drohen, wuchs sich ziemlich degoutant schnell aus zu einer eigentlichen Beschimpfung all derer, die Nein gestimmt hatten. «Imbéciles», Dummköpfe, die, ohne es zu merken, sich selbst ins Bein schossen, so wörtlich von respektablen Mitgliedern der intellektuellen Eliten immer wieder geäussert. Perfider waren die Vorwürfe, die die Nonistes als Feinde Europas abstempelten. Noch perfider, die nach der alten französischen Weisheit «les extrêmes se touchent» insinuierten, alle Neinsager seien den Extremisten am rechten und am linken Rand des Staates auf den Leim gekrochen.

Selbstverständlich gibt es auch in Frankreich ein nationalistisches Nein zu jedem denkbaren Europa; das kenne ich nur zu gut, und es kommt aus derselben dunklen Ecke wie in der Schweiz. Aber das «Non» vom 29. Mai war in Frankreich bedeutend als «linkes» Nein: dieses Europa nicht, ein anderes sehr wohl. Über diesen zweiten, den eigentlich inhaltlichen Punkt scheint es aus sehr unterschiedlichen Gründen keinen «Konsens» geben zu können. Es ist interessant, wie im nachhinein versucht wird, das Zentrale herunterzuspielen, in etwas anderes umzudeuten, damit zum Verschwinden zu bringen.

Der Diskurs der Deutungen des Resultats läuft in der ersten Woche nach dem Referendum in erster Linie über die

Angst, die die Franzosen und Französinnen gehabt hätten, die Angst, das französische Modell der sozialen Protektion zu verlieren. Anstatt die reale Berechtigung der Angst zu analysieren, psychologisiert man sie, als ob die Arbeitslosigkeit, die Prekarität der Lebensverhältnisse immer weiterer Kreise, ein psychologisches und nicht ein politökonomisches Problem wären, als ob die Kritik am neoliberalen Projekt, das gerade mit dieser Verfassung hätte besiegelt werden sollen, nicht ausgerechnet von einer «Linken», die die alten Parteigrenzen hinter sich gelassen hat, mit der grössten Verständlichkeit vorgetragen worden wäre. Und genau diese Kritik wurde verstanden vom «peuple». Das ist das eigentliche Resultat dieses Referendums, das aus den unterschiedlichsten und zunächst verwirrendsten Gründen nicht wahr sein darf, das aber nicht nur ein anderes Frankreich, sondern ein anderes Europa hinterlässt, das durchaus Signal für andere Zukünfte sein könnte.

*

Zunächst einmal scheint allerdings eine Art Debakel übrig zu bleiben, ein Debakel in Frankreich viel mehr als ein europäisches. Mindestens der regierenden Rechten geht es, obwohl sie in grosser Rhetorik das Gegenteil behauptet, letztlich um kein Europa, mindestens um keine valable Idee davon, sondern schlicht um den Erhalt der Macht, die schon mindestens seit drei Jahren von gar keinem «peuple» mehr legitimiert ist. Für einmal sprechen da die Sondages, die gerade hier permanenten Umfragen, eine allzu deutliche Sprache: Die regierende Mehrheit kann sich de facto auf weniger als 20% der Citoyens und Citoyennes stützen, analysierte man noch schärfer und rechnete die realen Spaltungen in der Rechten mit ein, käme man auf weniger als 10%. Einer der Führer eines Teils der Rechten (UDF) verweigerte die Teilnahme seiner Partei an der Regierung; man habe nicht im Sinn, in einer

«opéra bouffe» mitzuwirken. Diese rechte Seite des Debakels ist klar, und man kann sich höchstens bange fragen, wie Frankreich es ohne Schaden überlebt, noch zwei Jahre – die nächsten Präsidentschaftswahlen finden 2007 statt – von so etwas Unsäglichem «regiert» zu werden. Die «douce France» hat allerdings schon Anderes überlebt!

Wirklich relevant am Debakel ist das Debakel auf der *Linken*, die, wie man immerhin hoffen darf, wenn man Frankreich ein wenig kennt, nur momentane *Zerrissenheit des PS*. Der PS hat nicht erst heute, aber ohne es je programmatisch wie Labour in Grossbritannien auch noch zu proklamieren, und damit auf vergleichbare Weise wie andere Sozialdemokratien Europas, längst die anscheinend unvermeidliche Kröte geschluckt, das ultraliberale Gesamtprojekt und seine sogenannte globale Unausweichlichkeit. Und genau im Debakel wird das linke Nein Frankreichs politisch relevant in einem ganz besonderen Sinn.

In der Zwischenzeit ist ja nicht nur das *niederländische Nein* in Prozentzahlen noch deutlicher ausgefallen. Ausgerechnet ein deutscher CDU-Abgeordneter ist in einem Interview mit «Le Monde» sicher, dass die Deutschen, wenn sie denn hätten abstimmen können, nein gesagt hätten.

Frankreichs «peuple» als *europäisches Signal*? Sicher, aber einiges mehr als das. In Frankreich stellt sich nämlich (wieder einmal) radikaler als vielleicht irgendwo sonst die Frage, die Forderung nach einer anderen Art der Politik (als die übliche der «politique politicienne»), und es besteht mindestens die Hoffnung, dass die Kämpfe sich gerade in der Folge des 29. Mai politisch konkretisieren.

*

Ausserhalb Frankreichs wurde wenig wahrgenommen, auf welchen anderen Ebenen als der rein ökonomischen der Protest gegen das ultraliberale Gesamtprojekt sich ebenfalls abspielt. Ich greife

ein, wie mir scheint, sehr signifikantes Beispiel heraus. Statistisch war der Anteil *junger und sehr junger Wählerinnen und Wähler* am Nein gross. Gerade in jüngster Zeit wurde dieses Wählersegment nicht nur (sicher auch) politisiert in den Gegenden, die *Pierre Bourdieu* als die «*misère du monde*» in seinem grossen Werk, nicht nur im Buch mit demselben Namen, registriert hat. Der nun schon lange andauernde, offenbar nicht zu brechende *Protest der Mittelschüler*, der «*lycéens*», hat genau zur Zeit des Abstimmungskampfs um die «Constitution» einen dramatischen Höhepunkt erfahren.

Die unsäglichen Urteile gegen Jugendliche haben zu einer sehr breiten Solidarisierung mit den Jugendlichen gegen solche Formen der Repression geführt. Das wäre an sich berührend und schön. Wirklich relevant ist, auf welchem Niveau (und mit welcher kulturellen Kreativität, dies nur nebenbei) diese jungen Leute *politisch* gegen den jetzt gerade geschassten Bildungsminister argumentieren. Da wird explizit ausgesprochen, klar gemacht, dass all die sogenannten *Bildungsreformen* der letzten Jahre nichts als die Umsetzung des *neoliberalen Konkurrenz-Modells* auf die Ausbildung darstellen. Das tönt noch einmal sehr anders als das, was ich 1968 mit einiger Begeisterung wahrgenommen habe, sehr viel konkreter, auch anders als das, was ich in den 80er Jahren hierzulande wahrgenommen habe, um einiges explizit politischer nämlich; damit provoziert die Bewegung zwar auch die Repression, ist aber weniger in Gefahr, ihr in blosser Depression zu erliegen.

Es scheint mir fast, dass diese Jungen einen etwas längeren Atem haben, vielleicht sogar in ihren Kämpfen zeigen, wie eine Linke nicht nur in Frankreich an unterschiedlichsten Fronten funktionieren könnte. Sicher ist, vorläufig, dass weder Frankreich noch Europa nach dem 29. Mai genau gleich sind wie vorher. ●

Willy Spieler

Mehr Demokratie für Europa!

Unter dem Titel «Nicht diese EU-Verfassung!» stand das «Zeichen der Zeit» im Maiheft 2004. Der europäische Verfassungsentwurf erwies sich in seinen zentralen Teilen als undemokratisch, neoliberal und militaristisch. Er las sich wie eine Kapitulationsurkunde für den demokratischen Sozialismus in Europa, denn mit dieser EU-Verfassung wäre eine um Markt und Kapital zentrierte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung faktisch unabänderlich festgeschrieben worden, hätte doch eine soziale, gar sozialistische Revision dieser Verfassung wiederum die Einstimmigkeit unter den 25 – und allen weiteren – EU-Staaten vorausgesetzt. Entsprechend gross war die Freude am Abend des 29. Mai, als Frankreich mit 54,8 % der Stimmen die «Verfassung für Europa» ablehnte; denn es war ein grossmehrheitlich proeuropäisches Nein, das die Idee eines demokratischen und sozialen Europa zu retten suchte. Mit seinem «Non» hat der Citoyen über den Bourgeois triumphiert, die Demokratie über die Herrschaft der «pensée unique», die keine Alternative duldet. Das neoliberale Tabu ist gebrochen. Nach Frankreich wollen immer mehr Völker Europas eine Alternative: Die Niederlande haben den Verfassungsvertrag mit einem Nein-Anteil von 61,7 % gar noch deutlicher abgelehnt. Tony Blair

ist erleichtert, dass er das Referendum in Grossbritannien auf den St. Nimmerleinstag verschieben und sich die Niederlage ersparen kann. Die Regierungen von Dänemark, Portugal, Irland und Tschechien werden die Volksbefragung wohl ebenfalls aussetzen. Die EU selbst hat sich eine «schöpferische Denkpause» verordnet. Nun gilt es, das «Nein» zu analysieren und die Verfassung für Europa neu, demokratisch und sozial, zu denken.

Das Nein von unten gegen die EU-Verfassung

«Das Schmettern des gallischen Hahns» wurde von den desavouierten Verfassungsvätern und Politikerinnen, Zeitungsleuten und Ökonomen mit nicht mehr zu überbietender *Herablassung* kommentiert. Es sei überhaupt «ein grosser Fehler gewesen, den vollständigen Verfassungstext an alle französischen Haushalte zu schicken», tat Valéry Giscard d'Estaing kund, immerhin der Hauptverantwortliche für diesen 400 Seiten starken Wälzer, in den er den ganzen Detailkram bisheriger EU-Verträge und -Protokolle hineinschreiben liess. Welch ein Demokratieverständnis! Offenbar will der Vorsitzende des Verfassungskonvents nicht zur Kenntnis nehmen, dass das französische Nein «ein aussergewöhnlich informiertes Votum» war, «das durch tausende privater und öffentlicher Diskussionen und intensive Lektüre vorbereitet war» (Ignacio Ramonet in *Le Monde diplomatique*, 6/05).

«Ich bin wirklich davon überzeugt, dass weder Franzosen noch Niederländer die Verfassung abgelehnt haben», erklärt auch Luxemburgs Regierungschef Jean Claude Juncker. Aber was haben sie denn sonst abgelehnt? Ist das Volk zu dumm, einen Verfassungstext zu beurteilen? Was soll es an der Politik überhaupt noch begreifen, wenn es nicht einmal ihre normative Grundordnung versteht? «Es gibt keine Alternative zu dieser Verfassung», wiederholt EU-

Kommissionspräsident *José Manuel Barroso*. Besser als die ablehnende Mehrheit glaubt er zu wissen, dass ihr Nein «mehr dem Kontext als dem Text», sprich: nicht dem Verfassungsentwurf, sondern der aktuellen Regierungspolitik in Frankreich und in den Niederlanden, gegolten habe. Ähnlich meint *Ludger Kühnhardt*, Direktor am Zentrum für Europäische Integration in Bonn, der «Bürgerwille» in Frankreich und den Niederlanden sei «inkohärent und in sich extrem widersprüchlich», eigentlich ein Produkt von Ängsten, die «durch eine schwache nationale Führung geschaffen worden» seien (NZZ 8.6.05).

Es ist schon sehr bemerkenswert, dass dem Volk *irrationales Verhalten* immer dann vorgeworfen wird, wenn es nicht so will, wie es die neoliberale «pensée unique» vorschreibt. Im Falle Spaniens wird dieser Vorwurf nicht erhoben, obschon hier der Abstimmung über die EU-Verfassung lange nicht diese engagierten Debatten und Bürgerversammlungen vorangingen wie in Frankreich, was sich denn auch in einer mageren Stimmbeteiligung von 43 % niederschlug. Und wie steht es um die *Rationalität der zustimmenden Parlamente*? Das ARD-Magazin Panorama brachte es an den Tag: Keiner der hier vorgeführten Abgeordneten des Berliner Bundestags konnte die Frage beantworten, ob der Verfassungsentwurf ein Bürgerbegehren vorsehe; sie stimmten also über eine Vorlage ab, die sie nicht wirklich kannten. Auch Parlamente entscheiden alles andere als rational, vor allem dann, wenn die Mitglieder sich durch den sogenannten Fraktionszwang vom eigenen Denken und nur zu oft auch vom eigenen Gewissen «dispensiert» wähen.

Und was soll der Vorwurf, das Volk habe gar nicht über die EU-Verfassung entschieden, sondern nur der *eigenen Regierung einen Denkkzettel* verpassen wollen? War der Verfassungsentwurf denn soviel anders als die real existierende EU, und ist diese nicht auch das Pro-

dukt der in die Minderheit versetzten Regierungen? Sind es etwa nicht die Regierungen, die in Brüssel jenen Neoliberalismus praktizieren, den die Verfassung festschreiben wollte? Das Nein war der Griff zur Notbremse gegenüber den Brüsseler Deregulierungs-Diktaten, hinter denen sich die Regierenden der Mitgliedstaaten verstecken, obschon oder gerade weil sie Mittäter sind. Eine Verfassung des totalen Marktes im Güter- und Dienstleistungssektor ist jedenfalls nicht die Antwort auf die Existenzängste der Menschen, insbesondere der 20 Millionen Arbeitslosen in der EU. In Frankreich haben daher 79 % der Erwerbslosen und 81 % der Industriearbeiter/innen gegen die EU-Verfassung gestimmt. Es war ein soziales Nein «von unten», ein gut begründeter Protest gegen die verfassungsrechtliche Verankerung einer Politik, welche die Reichen immer reicher und die Armen immer zahlreicher macht.

Gewiss gab es auch das *konservative Nein*. Aber was bedeutet diese Zuordnung? Das konservative Lager besteht ja nicht nur aus rechtsradikalen Antidemokraten. Soweit es sich auch hier um demokratisch gesinnte Kräfte handelt, sollten sie in die gemeinsame Suche nach einem Konsens für die verfassungsrechtliche Zukunft Europas einbezogen werden. Der Konsens könnte im Grundsatz darin bestehen, dass jeder Souveränitätstransfer vom Nationalstaat auf Europa dem Subsidiaritätsprinzip entsprechen und mit einem Demokratiegewinn in der EU einhergehen müsste.

Für eine demokratische ...

Der Verfassungsentwurf krankte an einem doppelten Demokratiedefizit, was die Institutionen und die Legitimation der EU anbelangt. Der Entwurf wollte den *Vorrang der Exekutive(n)* in Europa zur dauerhaften Einrichtung machen und trug daher Züge eines Vollmachtenregimes. Wäre ein Mitgliedstaat der EU so undemokratisch verfasst wie die EU

heute (oder nach dem Verfassungsentwurf), so würde die EU diesem Staat gegenüber demokratische Besserung anmahnen. Das Defizit an parlamentarischer Demokratie in der EU muss behoben werden, damit auch Europa wählen einen Sinn bekommen. Ein künftiges Europaparlament soll seine Regierung (die Kommission) selber wählen und eigene Gesetzesinitiativen ergreifen können. Der Europäische Rat (der Staats- und Regierungschefs) könnte eine zweite Kammer, aber sollte nicht wie bisher eine zweite Regierung neben und über der Kommission bilden.

Wenn der *«Spiegel»* (24/05) schreibt, Europa sei «nicht reif für ein echtes Parlament, weil dem Kontinent dafür die wichtigste Voraussetzung fehlt: ein gemeinsames Volk mit einer gemeinsamen Sprache», dann ist das «völkischer» Unsinn. Demokratie braucht es, wo Menschen gemeinsam von Entscheidungen betroffen sind, so dass sie das Recht haben, auch gemeinsam an ihnen mitzuwirken. Es darf nicht sein, dass die Entscheidungen, die alle betreffen, immer mehr im europäischen oder gar globalen Rahmen getroffen werden, die Demokratie aber auf den lokalen Rahmen beschränkt bleibt – und durch einen *übernationalen Autoritarismus* ausgehebelt wird.

Vor allem bedürfte die EU-Verfassung selbst einer *demokratischen Grundlage und Legitimation*. Sie müsste entweder von einer gewählten Verfassungsgebenden Versammlung oder wenigstens vom EU-Parlament ausgearbeitet und in allen EU-Ländern der Volksabstimmung unterbreitet werden. Es ist nicht einsichtig zu machen, warum die einen Völker darüber kraft ihrer eigenen Verfassung direktdemokratisch abstimmen, während andere dies entweder nur konsultativ zuhänden des Parlaments oder nur nach dem «bon plaisir» ihrer Staats- oder Ministerpräsidenten dürfen und wieder andere vom Verfassungsreferendum überhaupt ausgeschlossen bleiben. We-

nig überzeugend ist auch die Art und Weise, wie die politische Elite in Deutschland dem Volk, von dem angeblich «alle Macht» ausgeht, die politische Mündigkeit abspricht. Dabei kontrastiert die fast totale Einstimmigkeit des Bundestags mit der vermutlich ganz anderen Mehrheit im Volk, das laut einer Umfrage des *«Spiegel»* (24/05) die EU-Verfassung heute mit 43 gegen 40 % ablehnen würde.

Europaweit müsste ein Diskurs über die *menschenrechtliche Qualität demokratischer Entscheidungen* einsetzen. Aus dem sozialetischen Grundsatz der Partizipation folgt ja nicht nur ein Recht auf Teilhabe an den Erträgen und Ressourcen einer Gesellschaft und ihrer Wirtschaft, sondern auch das Recht auf Teilnahme an allen Entscheidungen, die sich auf die soziale und kulturelle, die ökonomische und ökologische Existenz der jetzt lebenden Menschen und ihrer Nachkommen auswirken. Es ist sehr die Frage, ob die repräsentative Demokratie diesem Prinzip genügen kann. Schon *Rousseau* meinte: «Das englische Volk wähnt frei zu sein, es täuscht sich ausserordentlich; nur während der Wahlen der Parlamentsmitglieder ist es frei; nach Schluss derselben lebt es in Knechtschaft, ist es nichts» (*Contrat Social*, III. Buch, 15. Kapitel). Das gilt heute noch mehr als zu Rousseaus Zeiten, da Wahlen in diesen «Hundejahren der Globalisierung» (Hinkelammert) keine Richtungswahlen mehr sind. Es geht gerade noch um die Bestellung des Personals, das für den Vollzug der neoliberalen Marktgesetze geeignet erscheint. Um die eindimensionale, auf Kapital und Markt fokussierte Politik zu korrigieren, ist die direkte Demokratie aktueller denn je. Das wird von den Menschen in Europa immer mehr so empfunden, weshalb sie wenigstens über ein Jahrhundertwerk wie die EU-Verfassung abstimmen möchten.

Was Europa braucht, ist eine echte Verfassung, die aus dem Willen seiner

Bürger und Bürgerinnen hervorgeht, vorgängig aber auch eine echte *Verfassungsdiskussion* über einen lesbaren, aufs Grundsätzliche beschränkten Entwurf. Nichts würde so sehr der Integration der Menschen in Europa dienen wie die Diskussion über die *Res publica europea* im Vorfeld einer gemeinsamen Abstimmung in allen Mitgliedstaaten, wann immer möglich am selben Tag. Bereits die Referenden in Frankreich und in den Niederlanden haben mehr zur Existenz einer *europäischen Öffentlichkeit* beigetragen als alle bisherigen Wahlen für das Europäische Parlament, das in den Augen dieser Öffentlichkeit ein non-valeur geblieben ist.

Es wäre allerdings undemokratisch, weiterhin jedem Staatsvolk ein Vetorecht gegenüber der Mehrheit einzuräumen und damit den europäischen Integrationsprozess zu blockieren. Aber ein *doppeltes und doppelt qualifiziertes Quorum* von $\frac{2}{3}$ der Stimmenden und $\frac{2}{3}$ der Mitgliedstaaten für das Zustandekommen der EU-Verfassung wäre vertretbar. Natürlich müsste dieses Prozedere Gegenstand eines *Verfassungsvorvertrags* zwischen den EU-Staaten sein. Auch wichtige Teilrevisionen der Verfassung – bis hin zur Aufnahme neuer Mitglieder – sollten dieser Mehrheitsregel unterliegen.

... und soziale Union

Zum Grundsätzlichen einer künftigen EU-Verfassung gehört auch, was *Laurent Fabius*, der Wortführer des Neins in Frankreich, als den «identitätsstiftenden Punkt der Linken» bezeichnet: «die Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen Arbeit und Kapital» (Spiegel, 24/05). Es darf nicht sein, dass die EU zur Binnenmarkt-Union verkommt und sich nicht mehr als Sozial-Union versteht. Die EU-Verfassung soll die ökonomischen Gesetze des Marktes nicht einfach sanktionieren, sondern sie durch *juristische Gesetze der Solidarität* begrenzen. Anstelle des Standortwettbewerbs um

die Gunst des Kapitals sollte die Verfassung Mindeststandards der sozialen Gerechtigkeit vorgeben. Dazu gehören Grundrechte auf Existenzsicherung und Arbeit, Kriterien für Mindestlöhne und die betriebliche Mitbestimmung – die von den Mitgliedstaaten zu einer echten Wirtschaftsdemokratie weiter entwickelt werden könnte (was der Verfassungsentwurf ein für allemal ausschließen wollte). Erst recht muss es den Staaten möglich bleiben, öffentliche Unternehmen für den Service public zu erhalten und zu fördern, aber auch private Unternehmen zu retten, die sonst um der reinen Profitmaximierung willen ausgelagert, stillgelegt oder fusioniert würden (was die gescheiterte Verfassung als «mit dem Binnenmarkt unvereinbar» erklärt hatte). Anstelle des (selbst)mörderischen Steuerwettbewerbs zwischen den Mitgliedstaaten sollte die Verfassung eine materielle Steuerharmonisierung in bestimmten oder zu bestimmenden Bandbreiten bei den direkten Steuern, insbesondere auch den Unternehmenssteuern, vorsehen.

Analog zu den Sozialklauseln müssten *Ökoklauseln* in die Verfassung aufgenommen werden, damit auch im Umwelt- und Energiebereich europäische Politik mehr und Besseres ist als der autonome Nachvollzug oder gar die Beförderung der reinen Markt- und Shareholderwillkür. Hinzu kommen sollten *Friedensklauseln*, die im Gegensatz zum alten Verfassungsentwurf ein Abrüstungs- statt ein Aufrüstungsgebot enthielten und keine militärischen Interventionen zuließen, die nicht wenigstens durch ein UNO-Mandat legitimiert würden. Das Nein Frankreichs und der Niederlande ist das Nein zu einer EU als uniformierter Schutzmacht des Kapitals, aber das Ja zu einem demokratischen und sozialen Europa, verbunden mit einem «Standortwettbewerb» der Mitgliedstaaten um mehr soziale Gerechtigkeit und mehr Demokratie in Politik – und Wirtschaft. •

Griff nach den Sternen

Als der neue Minister für Innere Sicherheit *Michael Chertoff* diesen Frühling von Präsident Bush vereidigt wurde, verspracher, Amerika und den American Way of Life zu verteidigen: erstens die Freiheit, zweitens die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger und drittens ihre Chancen zu Aufstieg und Wohlstand. Statt «*liberté, égalité, fraternité*» propagierte er wörtlich «*liberty, privacy, opportunity*». Niemand reagierte auf das rhetorische Kunststücklein, mit dem der oberste Heimatschützer die aufklärerischen Ideale, die die modernen Demokratien – auch die US-amerikanische – seit über zweihundert Jahren geformt und beflügelt haben, auf den Kopf stellte. Wieso auch. Seit Kolumbus ist kaum jemand wegen der vorbildlichen Gleichstellungspolitik nach Amerika ausgewandert – wohl aber wegen der Gelegenheit zum individuellen Erfolg.

In der Neuen Welt hat sich das genüssige «*Ora et labora*» der Benediktiner zum dreisteren und offenbar wirtschaftlich effizienteren «Arbeits- und träume» gewandelt – heute heisst es sogar: *Arbeits hart und träume gross!* «*Dream high!*»

«Du bist etwas Besonderes», stand auf dem ersten Leseblatt meines Sohnes an der Volksschule in New Hampshire, und bald schrieben die Sechsjährigen selber

kleine Aufsätzchen zum Thema «Die Zukunft gehört mir». Die Kinder werden dazu ermutigt, ja gedrängt, ihren kühnsten Träumen zu folgen und nach den Sternen zu greifen. Das ist an sich eine gute Sache. Aber selbstverständlich wünschen sich alle Schülerinnen und Schüler nach Hollywood oder an die Wallstreet und nicht in eine Walmart- oder MacDonalds-Filiale. Alle wollen sie Astronauten und Tänzerinnen werden, allenfalls Anwältinnen und Doktoren, notfalls Lehrkräfte; bestimmt nicht Abwarte- oder Zahnarztgehilfinnen, Strassenarbeiter oder Putzfrauen, obwohl es davon viel mehr braucht als Piloten im Raumschiff Enterprise.

Wie sagen wir's den Kindern, dass es im Schatten der Träume einen grossen und wachsenden Sektor mit unattraktiver *Niedriglohnarbeit* gibt? Traumjobs allenfalls für verzweifelte Sans-papiers. Einzig die Arbeitnehmenden mit einer vierjährigen Collegeausbildung – das ist ein Viertel der über 25-Jährigen – verdienen in den USA heute mehr als ihre Vorgänger in den Siebzigerjahren. Und im Gegensatz zu damals haben die Spitzenverdiener heute *längere Arbeitszeiten* als die Niedriglohnempfänger. Der *grossen Mehrheit* geht es *schlechter*; wer bloss die zwölfjährige Grundschulung durchlaufen hat, verdient 15 bis 20 Prozent weniger als eine vergleichbare Familie 1973. Leute ohne diesen High-School-Abschluss büsst in dieser Zeit sogar 25 Prozent Reallohn ein.

Noch mehr verdrängt und verdunkelt werden die alpträumhaften Seiten des Lebens. Nichts da mit *Fraternité*. Krankheiten und Krisen physischer und psychischer Art spiegeln und verstärken unbarmherzig die bestehende soziale Ungleichheit. Die Reichen in den USA leben nicht nur bedeutend länger und bei besserer Gesundheit als die Armen; in den letzten zwanzig Jahren hat sich der *klassenbedingte* Unterschied in der *Lebenserwartung* ständig vergrössert.

Oder: Drei- und vierjährige Kinder

werden wegen «unangepasstem Verhalten» aus Vorschulen verwiesen, Buben viermal häufiger als Mädchen, Schwarze doppelt so häufig wie Weisse. In der gleichen Woche erscheint ein Bericht über die miserablen, ja kriminellen Zustände in «*Erwachsenenheimen*», die die psychiatrischen Klinken der Sechzigerjahre abgelöst haben. Allein im Staat New York gibt es 15 000 psychisch Kranke, die in solchen Aufbewahrungsstätten ohne Fachpersonal untergebracht sind. Es ist die billigste Notlösung für Leute, die so gar nicht in den Traum von der Leistungsgesellschaft passen.

In den letzten fünfundzwanzig Jahren habe sich Amerika allmählich vom Liberalismus – und dem Gedanken der Egalität – wegbewegt, schrieb der in Stanford lehrende Philosoph *Richard Rorty* anfangs Mai in der NZZ; quasi sozialdemokratische Positionen seien von einer hartherzigeren und selbstsüchtigeren Haltung verdrängt worden. Die Volkszählungen von 1980, 1990 und 2000 bestätigen: Die Habenden schotten sich von den Habenichtsen zunehmend ab. Sie wohnen woanders, arbeiten woanders, vergnügen sich woanders. Als Hauptgrund für den zunehmenden Konservatismus nennt Rorty die *Verunsicherung der Mittelschicht*, ihre Angst, dass es nicht mehr genug zu verteilen gibt.

Abgenommen hat jedoch nicht das Bruttosozialprodukt, sondern die Wahrscheinlichkeit, ein anständiges Stück davon zu erwischen oder zu behalten. Drei Viertel der Amerikaner und Amerikanerinnen glauben zwar noch heute, dass ihre Chancen zur Verbesserung oder zumindest Erhaltung ihres Status besser seien als vor dreissig Jahren. Soziologen widersprechen dieser optimistischen Einschätzung: Seit den Siebzigerjahren hat die *soziale Mobilität* in den USA mit jedem Jahrzehnt *abgenommen*. Sie ist heute – und das schockiert meine Nachbarn und Freunde – in der Neuen Welt nicht besser als im Alten Europa, etwa in Frankreich oder Grossbritannien; die

Aufstiegschancen in Amerika sind sogar deutlich schlechter als in Kanada oder in den skandinavischen Ländern. Oder wie *David Levine*, ein Ökonomieprofessor in Berkeley präzisiert: «In die Elite der USA geboren zu werden, verschafft eine Konstellation von Privilegien, welche nur wenige Menschen auf der Welt je genossen haben. In den USA arm auf die Welt zu kommen, bringt Benachteiligungen mit sich, wie man sie in Westeuropa, Japan und Kanada gar nicht kennt.»

Nirgends in Westeuropa ist der ökonomische Hintergrund so ausschlaggebend für die *Schulkarriere eines Kindes* wie in den USA. An den 250 Topuniversitäten des Landes hat der Anteil der Studierenden aus der Oberklasse zugenommen. Dies berührt zwar nicht die real existierende Armut von Millionen, wohl aber den Amerikanischen Traum vom Aufstieg, der den Reichen ein ruhiges Gewissen und den Armen Hoffnung gibt. Mit der Vergabe von Stipendien und der Propagierung von Vielfalt (*diversity*) unter Lehrenden und Studierenden versuchen die Prestigeinstitutionen eine eilige Rekonstruktion der kollektiven meritokratischen Fantasie.

Es ist nur eine halbe Sache: Die *grosszügigen Stipendien* sind zwar hilfreich, wenn jemand die Aufnahme an eine der kostspieligen Universitäten geschafft hat, wie ich am Beispiel der eigenen Kinder hautnah erfahre. Doch um soweit zu kommen, braucht es nicht bloss harte Arbeit und grosse Träume der Studierenden, sondern auch Eltern, die über Geld oder Bildung verfügen, am besten über beides. Und das Ideal eines ausgewogenen, das heisst bevölkerungsproportionalen Verhältnisses von weiblichen und männlichen, von weissen, schwarzen und farbigen Studierenden auf dem Campus suggeriert bloss eine klassenlose Gesellschaft. Die kulturelle Vielfalt, die Unterschiede feiert, ist ein zu billiger Trost angesichts der ökonomischen Ungleichheit, die bekämpft werden müsste. Opportunity bestenfalls, nicht égalité. •

Ferdinand Troxler

Befreiungstheologie in Europa?

Hat die Befreiungstheologie (auch) in Europa eine Zukunft? Diese für Kirche und Gesellschaft wichtige Thematik stand im Anschluss an die beiden Jahresversammlungen der «Freundinnen und Freunde der Neuen Wege» sowie der «Religiös-Sozialistischen Vereinigung der Deutschschweiz» am 4. Juni in Bern zur Debatte. Mit von der Partie war diesmal auch die «Fédération Romande des Socialistes Chrétiens». Dass diese gemeinsame Veranstaltung mit unserer welschen Schwesterorganisation nach längerer Funkstille zustande gekommen ist, darf als besonders erfreulich bezeichnet werden. Der Anlass bekam ein besonderes Gewicht durch den Gastreferenten Jacques Gaillot.

F.T.

Jacques Gaillots Aufbruch von unten

Für Jacques Gaillot ist Befreiungstheologie nicht bloss Theorie, sondern gelebte Praxis. Als Bischof von Evreux (Normandie) von 1982 bis 1995 nahm er kein Blatt vor den Mund gegenüber Unzulänglichkeiten und Missständen in Kirche und Gesellschaft, so dass er von Rom buchstäblich «in die Wüste geschickt» wurde. Der Papst ernannte ihn zum Titularbischof von Partenia, diesem seit dem 5. Jahrhundert im Wüstensand verschwundenen Bistum auf einer Hochebene Algeriens. Bischof Gaillot, im Vertrautenkreis lieber «frère Jacques» genannt, resignierte nicht, sondern erkannte die Chance eines neuen Weges. Er schuf ein Bistum ohne Grenzen, ein Internet-Bistum (www.partenia.org) als Ort der Befreiung für Menschen am Rande unserer Gesellschaft, aber auch offen für alle: Glaubende, Agnostiker, Atheisten. Monatlich besuchen rund 700 000 Leute seine Homepage, einmal waren es sogar 1,1 Millionen.

«Solange es Arme gibt, solange wird es auch eine Theologie der Befreiung geben», erklärte Gaillot in einem früheren Gespräch mit den Neuen Wegen (12/03). Diese Theologie setzt beim Leben und Vermächtnis Jesu an: «Ich bin gesandt worden, um den Armen die frohe Botschaft zu verkünden.» Es ist eine Botschaft, die klar Partei ergreift für die Armen, Beherrschten, Bevormundeten, Ausgestossenen – eine Botschaft, die bereits im «Exodus» und vor allem im verheissenen

Gottesreich angelegt ist, das auf eine universale Brüderlichkeit und Schwesterlichkeit hinzielt.

Dieser Ansatz von unten sei richtungsweisend für alle, die sich Christinnen und Christen nennen, betont Gaillot und ergänzt: «Jesus trifft eine Wahl: Er fängt bei den Armen an. Er öffnet sich aber für alle



Schichten der Gesellschaft und schliesst niemanden aus.» Die Christen hätten dort zu sein, wo Menschen in Not und Gefahr sind, z.B. bei Papierlosen, Obdachlosen, Arbeitslosen, Gefangenen, Aidskranken. Es gehe aber nicht nur darum, den Einzelmenschen zu befreien, es gehe auch um die Befreiung der Völker und der ganzen Schöpfung. Die Kirchen selbst müssten Zeichen dieser Befreiung und Hoffnung sein.

Die Armen sollen die Akteure ihrer Befreiung werden, sagt Gaillot. Dies erwecke oft Unbehagen und Ängste: «Wenn ich den Armen beistehe, ist alles in Ordnung; wenn ich sie aber ermutige und befähige zu kämpfen, bin ich ein roter Bischof.» Dieser Kampf soll gewaltlos ausgetragen werden, denn für Gaillot ist «die Gewaltlosigkeit die einzige Kraft und die einzige wahre Verteidigung der Armen».

Schwerpunkt in Lateinamerika ...

Die befreiungstheologische Bewegung hatte seit den späten Sechziger Jahren ihren Schwerpunkt in Lateinamerika, wo die sozialen Gegensätze besonders gross waren und noch sind und wo die Kirchenleitungen grossmehrheitlich engagiert diese Option für die Armen vertraten. Doch die Bewegung missfiel der römischen Kurie und namentlich Papst Johannes Paul II., der nach Gaillot ein «militanter Antikommunist» war. Seine Angst vor der sozialistischen Option dieser Theologie war offensichtlich

grösser als der Wille, das genuin Christliche in ihr zu sehen. Bischöfe mit befreiungstheologischem Hintergrund wurden durch konservative Amtsinhaber ersetzt. So zerstörte der Nachfolger von Erzbischof Hélder Câmara in Recife fast alles, was dieser befreiungstheologisch aufgebaut hatte. Der Theologe Leonardo Boff wurde zum Schweigen gebracht. Ein trübes Kapitel der Kirchengeschichte... Doch der Funke zündete auch in Lateinamerika weiter.

Im asiatischen Raum gelang ein Durchbruch auf den Philippinen, wo 96 % der Bevölkerung Christinnen und Christen sind. Unter massgebendem Einfluss der Befreiungstheologie wurde Diktator Marcos durch eine friedliche Revolution zum Rücktritt gezwungen. In Indien scheiterten bisher befreiungstheologische Versuche, das Kastensystem aufzubrechen; selbst Gandhi musste da kapitulieren.

... mit Spuren im «Gehirn des Monsters»

In Europa hatte bereits einige Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg die Bewegung der «prêtres-ouvriers», der Arbeiter-Priester in Frankreich, einen stark befreiungstheologischen Charakter – im gemeinsamen Kampf mit dem Proletariat für eine solidarische Gesellschaft. Dies sei nachgetragen, weil an der Veranstaltung nicht darauf hingewiesen wurde.



Nach Gaillot hat die Befreiungstheologie in Europa grosse Spuren hinterlassen und zur Bildung eines neuen Bewusstseins im kirchlichen und indirekt auch im politischen Bereich beigetragen. Die Perspektive von unten, dieser Ansatz bei den Armen und Benachteiligten, habe zur Folge, dass die Bibel neu gelesen und neu interpretiert werden müsse. Das habe Konsequenzen bis in die Liturgie, Katechese und Spiritualität hinein,

aber auch für die politische Verantwortung der Christinnen und Christen sowie der Kirchen.

Ein neues solidarisches Bewusstsein ist zweifellos die Voraussetzung, dass sich politisch Grundlegendes ändern und das «kapitalistische Monster» mit seinem Marktfundamentalismus und der Verabsolutierung des Privateigentums überwunden werden kann. Eine Wirtschaft, die allen Menschen dient und sich primär am Gemeinwohl orientiert, wäre längerfristig anzustreben. Hat Europa die Kraft dazu?

Gaillot erläutert seine Aussagen immer wieder anhand von Beispielen. Vor allem



Jacques Gaillot am 4. Juni 2005 in Bern (Bilder: François Baer).

geht er auf die *Sans-papiers* ein, die mangels Ausweisen in besonders schwierigen Situationen leben müssen und meistens zur grossen Gruppe der Armen gehören. In Frankreich haben sie z.B. die Kirche St Bernard besetzt, die durch ihre offene Haltung Zeichen der Hoffnung und der Solidarität wurde. Eines Tages brach die Polizei die Türen der Kirche auf und beendete die Aktion. An einer europäischen Sozialtagung in Paris, an der auch die Kirche präsent war, entstand ein Netzwerk über alle Religionen hinweg. Als weiteres Beispiel nennt Gaillot die Volksabstimmung über die EU-Verfassung in Frankreich. Eine Umfrage ergab, dass praktizierende Katholiken massiv ja gestimmt hatten, während benachteiligte Schichten diesen neoliberalen Verfassungsentwurf ablehnten. Er selbst habe nein gestimmt, sagt Gaillot und bedauert, dass die Kirche nicht auf der Seite der Armen stand.

Podium und Diskussion: Vielfältiger Kampf um Menschenwürde

Unter der Leitung von Willy Spieler diskutierten mit Bischof Gaillot Didier Rochat, Präsident der «Fédération Romande des

Socialistes Chrétiens», und Pia Hollenstein, Nationalrätin der Grünen und Präsidentin der «Freundinnen und Freunde der Neuen Wege», sowie anschliessend das zahlreich anwesende Publikum.

Didier Rochat nutzte einleitend die Gelegenheit, die *welsche Schwesterorganisation* kurz vorzustellen. Sie kann bereits auf eine über 90jährige Geschichte zurückblicken. Die Bewegung entstand in Frankreich. Sehr rasch bildeten sich dann auch Gruppen in den Kantonen Neuenburg, Waadt, Genf und im Berner Jura, die sich 1914 unter dem Präsidium von *Hélène Monastier* zusammenschlossen. Jährlich findet ein Kongress statt, genannt «Journée de Rencontre», meistens in Yverdon. Publikationsorgan ist «*L'Espoir du Monde*», das viermal jährlich erscheint.

In der Diskussion kommt nochmals das *französische Nein* zur EU-Verfassung zur Sprache. Gaillot hofft, dass dieser Stopp (*coup de frein*) einen besseren Neustart ermöglichen werde. Der abgelehnte Entwurf hätte einen «wilden Liberalismus» (*un libéralisme sauvage*) festgeschrieben, wo Leute von heute auf morgen auf die Strasse gestellt werden könnten, wo Profit und Markt im Zentrum stünden, die Militärausgaben neu angekurbelt würden und Europa zur «Festung» verkäme. Europa müsse jedoch sozialer, umweltfreundlicher und demokratischer werden.

Gaillot arbeitet mit Menschen sehr *unterschiedlicher Weltanschauungen* zusammen: «Gemeinsam führen wir den Kampf für Menschenwürde.» Er erwähnt einen jüdischen, atheistischen Herzchirurgen, zu dessen Begräbnis sehr viele Sans-papiers und Obdachlose gekommen waren. «Wenn ein Bischof in Paris gestorben wäre, hätten nicht so viele Arme am Begräbnis teilgenommen», meint Gaillot. Dieser Mann sei ein «Hoffnungsträger der Armen» gewesen. Arme könne man nicht bemogeln, ihnen gegenüber müsse man wahr, aufrichtig (*vrai*) sein.

Auch könne man die andern nicht befreien, ohne sich selbst zu befreien. Gaillot unterscheidet zwischen innerer, persönlicher Freiheit und einer Befreiung von unterdrückenden gesellschaftlichen Strukturen. Der Kampf erfordere auch, dass man ungerechte Verhältnisse in aller Schärfe denunziere. Der Einsatz ist weltweit zu leis-

ten, denn wir sind «*Bürger der Welt*» (*citoyens du monde*). In der Kirche bestehe zu oft die Tendenz einfach zu schweigen. Es gebe auch die Sünde der Unterlassung, indem man das nicht tut, was erforderlich wäre.

Nochmals die Sans-papiers

Pfarrer Jacob Schädelin stellt die *Berner Sans-papiers-Bewegung* vor. Sie entstand, als im Jahre 2002 die Pauluskirche von 40 Sans-papiers besetzt wurde. Die Kirchgemeinde duldet die Besetzung mindestens vorläufig, die Polizei wurde nicht eingeschaltet. Schädelin betont, dass die Grundrechte auch für die Sans-papiers gelten; denn «wenn wir zulassen, dass bei diesen Menschen die Grundrechte geschmälert werden, dann sind die Grundrechte insgesamt gefährdet». Die Landeskirchen und die jüdischen Gemeinden des Kantons Bern setzten eine Arbeitsgruppe ein, die zwei Dokumente zum Thema «Sans-Papiers – Humanisierung des Alltags» veröffentlicht hat. In anderen Wortmeldungen ist von weiteren Selbsthilfegruppen, Mittagstischen und Solidaritätsnetzen in St. Gallen, Zürich und Fribourg die Rede.

Auf die Frage, warum in der welschen Schweiz eine stärkere Sans-papiers-Bewegung zu spüren sei, verweist Didier Rochat auf die allgemein grössere *Sensibilität der Romandie* gegenüber Ausländer/innen und für die Öffnung der Schweiz gegen aussen. Angesprochen auf *Bundes-Bern*, appelliert Pia Hollenstein auch als Nationalrätin an die Anwesenden, bei Parlamentsmitgliedern angesichts der geplanten Asylrechtsverschärfung zu intervenieren. Dieser Druck sei notwendig und könne nützlich sein.

Bischof Gaillot ist beeindruckt von den vielen Initiativen, die in der Publikumsdiskussion erwähnt wurden, und meint: «Dank der Sans-papiers lernen wir wieder, das Evangelium zu leben. Dank ihnen lernen wir, Christen zu werden. Christ-Sein in der heutigen Gesellschaft bedeutet, ferment zu sein für die ganze Menschheit.» Willy Spieler dankt für die *Ermutigung*, die von Bischof Gaillot ausgehe und vom Publikum in reichem Mass zurückgekommen sei. Und Pia Hollenstein ergänzt: «Für mich ist es die Erkenntnis, dass man viel bewirken kann und eine tiefe Kraft ausgeht, wenn man die Menschen gern hat.» ●

Soeben hat Bischof Gaillot mit zwei Theologen diesen Katechismus ohne Katechismus-Geruch veröffentlicht, ein Buch mit weitem, offenem Geist.



ReSos am Kirchentag

«Wenn Dein Kind Dich morgen fragt...» (5. Mose 6, 20-25), so lautete die Losung des 30. Deutschen Evangelischen Kirchentags vom 25. bis 29. Mai 2005 in Hannover.

Auf dem Markt der Möglichkeiten hatten die Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten ihren Stand in der Messehalle 5. Wir



bekamen viel Besuch und führten gute Gespräche. Von kritischen Anfragen wegen angeblicher «Gleichmacherei» bis zu spontaner Zustimmung für erwiesene Solidarität mit den Armen reichten die Kommentare, die man am Stand weit sichtbar aufschreiben konnte. Wir nahmen unsere Aufgabe wahr, Forum zu sein für verschiedene fortschrittliche Gruppen.

Besonders haben wir uns über den Besuch von Freundinnen und Freunden des Bundes gefreut, auch aus Österreich und aus der Schweiz kamen Gäste. Einige Prominente wie Franz Müntefering kamen zu einem kurzen Gespräch, das beim jour fixe der SPD mit Wolfgang Thierse, Herta Däubler-Gmelin und der Kirchenreferentin der SPD Dagmar Mensink fortgesetzt werden konnte. Fast die ganze Zeit über waren die Mitglieder des Vorstands, die Mitarbeiterin Petra Schnüll sowie Ulrich Peter und Oliver Vogelsmeier anwesend.

Während des Kirchentags fand eine Mitgliederversammlung statt. Weitere Nachrichten kommen direkt zu den Mitgliedern des BRSD und zu den CuS-Abonnentinnen und Abonnenten. Red.

Klaus Heidel: Poverty Reduction Strategy Papers – blind to the rights of the (working) child? The (I-)PRSP's perception of child labour – A problem outline and annotated collection of source material. Hg: Kindernothilfe / Werkstatt Ökonomie. Duisburg/Heidelberg 2004, 78 Seiten. Bezug: KNH. info@kindernothilfe.de

Seit Jahren beklagen Kinderrechtsorganisationen das immer gleiche Problem: In den sogenannten Strategiepapieren zur Armutsbekämpfung (PRSP), die mittlerweile von über 53 Staaten in Afrika, Asien und Lateinamerika entweder als komplette Dokumente oder zumindest als Entwürfe (I-PRSP's) erstellt wurden, kommen Kinder und Jugendliche nur am Rande – vorzugsweise in Nebensätzen – vor. Dabei sind sie es, deren Lebensbedingungen und -perspektiven am unmittelbarsten und existentiellsten

von wachsender Armut, der Verschlechterung sozialer Bedingungen und eskalierender Gewalt betroffen sind. Mehr als eine halbe Milliarde Kinder, 40 Prozent aller Mädchen und Jungen in Asien, Afrika und Lateinamerika, sind gezwungen, mit weniger als einem US-Dollar pro Tag zu überleben.

Klaus Heidel hat für die Kindernothilfe und die Heidelberger «Werkstatt Ökonomie» die 53 derzeit vorliegenden PRSP's und Interim-PRSP's analysiert, auf deren Grundlage Entwicklungs- und Transformationsländer *Entschuldungsverhandlungen* mit den internationalen Finanzinstitutionen führen und sich um Mittel der bi- und multilateralen *Entwicklungszusammenarbeit* bemühen. Sein Fazit: Kinder- und noch seltener Jugendliche – tauchen in den Strategiepapieren bestenfalls als von Unterernährung, Krankheit und anderen Armuts-



problemen bedrohte und daher zu schützende Objekte auf.

Von ihren Rechten ist nicht die Rede. Die mittlerweile in der UN-Kinderrechtskonvention und verschiedenen Ergänzungsdokumenten erreichten Standards mit ihren durchaus differenzierten Überlegungen – etwa im Blick auf das kontroverse Thema Kinderarbeit – fanden bislang kaum Eingang in die PRSP's. Selbst die *Strategie-papiere afrikanischer Staaten*, in denen die unter 18-jährigen über 50 Prozent der Bevölkerung ausmachen und durch ihre Arbeitskraft einen wesentlichen Beitrag zum ökonomischen Überleben erbringen, bieten weder eine ausreichende noch eine kohärente Analyse zu Umfang und Formen von Kinderarbeit – geschweige denn Vorschläge zur Verbesserung der Situation der betroffenen Kinder und Jugendlichen.

Heidel präsentiert seine ernüchternden Erkenntnisse aus den PSRP-Vergleichen übersichtlich in Tabellenform – aufgearbeitet in knappen Kommentaren und Zusammenfassungen. Der Photograph *Christof Engel* steuert eine Auswahl eindrucksvoller Schwarz-Weiß-Fotos zu Lebensrealitäten arbeitender Kinder bei. Zwei Grundforderungen leitet Heidel aus seiner Arbeit ab: PRSP-Prozesse müssen *partizipatorisch* gestaltet werden, sonst sind sie das Papier nicht wert, auf dem sie entstehen. Dazu gehört auch, dass (arbeitende) Kinder und Jugendliche mit ihren Organisationen so gestärkt werden, dass sie sich an derartigen Prozessen beteiligen können. Sowie: Nationale und Internationale Geberorganisationen haben – genauso wie Nichtregierungsorganisationen – die Pflicht, eine *«Kinderverträglichkeitsprüfung»* von Strategien zur Armutsreduzierung einzufordern und dazu beizutragen, dass die Rechte von Kindern kohärent ausgestaltet und eben nicht länger durch ein paar isolierte *Feigenblattprojekte* ersetzt werden. Doch dafür ist in der nach wie vor Erwachsenen-zentrierten Debatte um Armutsreduzierungs-Strategien noch sehr viel Umdenken notwendig.

Jürgen Schübelin

Redaktion:

Willy Spieler, Butzenstr. 27, CH-8038 Zürich,
Tel. 01 482 91 17, e-Mail: spieler@goldnet.ch

Redaktionskommission:

François Baer, Paul Gmünder, Yvonne Haeberli,
Al Imfeld, Jeanine Kosch-Vernier, Hans-Adam
Ritter, Kurt Seifert, Dorothee Wilhelm, Manfred
Züfle.

Administration:

Yves Baer, toolbox, PF 652, CH-8037 Zürich
Tel: 01 447 40 46 und 079 509 54 78
e-Mail: info@neuwewege.ch

Werbung:

Die Werbung übernimmt interimistisch der
Redaktor (s. Redaktionsadresse).

Abonnementspreise:

Die Neuen Wege erscheinen jeden Monat.
Jahresabonnement im In- und Ausland
Fr. 60.– (Luftpostzuschlag Fr. 20.–), für Perso-
nen mit kleinem Einkommen Fr. 30.–, Solida-
ritätsabonnement Fr. 100.–, Einzelheft Fr. 7.–,
Doppelnummer Fr. 10.– (incl. Porto Inland).
Das Abonnement verlängert sich automa-
tisch um ein Jahr, wenn die Kündigung nicht
auf Ende November erfolgt.

Postscheckkonto 80-8608-4 Zürich,
Vereinigung «Freundinnen und Freunde der
Neuen Wege».

Gestaltung, Satz/DTP:

toolbox, Breitensteinstr. 94, CH-8037 Zürich,
Tel. 01 447 40 44, e-Mail: baer@toolnet.ch

Druck:

Genossenschaft WIDERDRUCK, Postfach,
CH-3000 Bern 11, Tel. 031 331 42 27.

Nachdruck:

Der Nachdruck einzelner Texte ist nur mit
Zustimmung des Redaktors gestattet.

Freundinnen und Freunde der Neuen Wege:

Die Vereinigung «Freundinnen und Freunde
der Neuen Wege» trägt und betreut die
Zeitschrift. Präsidentin: Pia Hollenstein,
Axensteinstr. 27, CH-9000 St. Gallen,
Tel. 071 223 70 80, Fax 071 223 70 81, e-Mail:
mail@piaholenstein.ch

Beitrittserklärung an die Administration der
Neuen Wege. Jahresbeitrag Fr. 50.–.

Redaktion:

Dr. Reinhard Gaede (verantwortlich),
Laarer Str. 297, D-32051 Herford,
e-Mail: reinhard-gaede@gmx.de
Michael Bschorr, Leopoldshöhe

Redaktions-Beirat

Friedrich W. Bargheer, Blomberg; Heiko Bluhm,
Lauffen a.N.; Maik Eisfeld, Hohenbergen;
Fritz Hufendiek, Berlin; Helmut Pfaff, Frank-
furt; Ingrid Schellhammer, Mutterstadt;
Wieland Zadernach, Schwaig

CuS/BRSD im Internet

www.BRSD.de

Webmaster/Webmistress

Darius Dunker und Tina Terschlitten, Aachen

Herausgeber

Bund der Religiösen Sozialistinnen und
Sozialisten Deutschlands e.V.
gegründet 1919/1926
Vorstand: Michael Bschorr, Reinhard Gaede,
Christian Gössling, Bertold Scharf, Robert
Wollborn

Abonnements

BRSD-Sekretariat
Michael Bschorr, Bobes Feld 14,
D-33818 Leopoldshöhe
Tel. 05202-884 883 / Fax 05202-884 884
e-Mail: MBschorr@t-online.de oder sekretariat@resos.org

Bezugspreise (inkl. Versand)

Inland 15 Euro pro Jahr
Ausland 18 Euro pro Jahr
Förderabo 20 Euro oder mehr
Bitte überweisen Sie den Betrag jeweils zum
Jahresbeginn an den BRSD e.V.,
Einzelheft EUR 4,-
Bankverbindung: KD-Bank BLZ 350 601 90,
Kto Nr. 2119 457010, für internationale
Überweisungen: IBAN DE
15350601902119457010, BIC GENODE33DKD
Kündigungen werden zum Jahresende
wirksam.

Artikel und Briefe an die Redaktion

CuS möchte ein Forum sein für alle, die Reli-
gion und Sozialismus zusammen sehen. Wir
freuen wir uns über Beiträge und Briefe.
Artikel per e-Mail, per Post nur auf Diskette,
als Ausdruck oder saubere Schreibmaschinen-
Fassung.

Inhalt

Seite

Suche nach spiritueller Erfahrung – Fulbert Steffensky	221
Das Projekt «Bibel in gerechter Sprache» – Detlef Dieckmann	229
Irrationale Hintergründe der liberalen Wirtschafts- theorie – Carola Meier-Seethaler	234
Nicht die Linke hat den Kapitalismus, dieser hat die Linke gezähmt – Arnold Künzli	239
Armut in Ost- und Westdeutschland – Christoph Butterwegge	246
Das Dokument: Sozialstaat statt Konzerngesellschaft – Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik	252
Ein anderes Volk in Frankreich? – Manfred Züfle	254
Zeichen der Zeit: Mehr Demokratie für Europa – Willy Spieler	258
Kolumne: Griff nach den Sternen – Lotta Suter	262
Aus unseren Vereinigungen: Befreiungstheologie in Europa? – Ferdinand Troxler	264
ReSos am Kirchentag – CuS-Redaktion	267
Bücher: Klaus Heide: <i>Poverty Reduction Strategy Papers – blind to the rights of the (working) child?</i> – Jürgen Schübelin	267

Adressen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Nummer

Prof. Dr. Fulbert Steffensky, Roosens Weg 7, D-22605 Hamburg
Dr. Detlef Dieckmann, Winterfeldtstraße 66, D-10781 Berlin
Dr. Carola Meier-Seethaler, Moserstrasse 42, CH-3014 Bern
Prof. Dr. Arnold Künzli, Chutzenstrasse 40, CH-3047 Bremgarten
Prof. Dr. Christoph Butterwegge, Abt. Politikwissenschaft,
Universität Köln, Albertus Magnus Platz, D-50923 Köln
Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Dr. Axel Troost,
Postfach 33 04 47, D-28334
Dr. Manfred Züfle, Goldackerweg 13, CH-8047 Zürich
Lotta Suter, PO Box 897, Hollis, NH 03049, USA
Dr. Ferdinand Troxler, Funkstrasse 99, CH-3084 Wabern
Jürgen Schübelin, Hansegracht 11, D-47051 Duisburg

Vorschau auf die nächste gemeinsame Ausgabe NW/CuS

Die nächste gemeinsame Ausgabe erscheint nicht wie ge-
plant im Oktober, sondern im November 2005.
Vorgesehen sind u.a. Kommentare zu «Deutschland nach
der Wahl».

Paulus-Akademie

Carl Spitteler-Str. 38, 8053 Zürich, 043 336 70 30
paz.es@bluewin.ch, www.paulus-akademie.ch

Utopien von Frauen verschiedener Herkunft

Tagung für Frauen mit und ohne Migrations-
erfahrungen

Samstag, 27. August 2005, 09.00–20.00 Uhr
– Referate: **Maria do Mar Castro Varela**, Psycho-
login und Pädagogin, Universität Marburg:
Migrantinnen der Nachfolgegeneration – Sehn-
süchte und Hoffnungen; **Jael Bueno**, Soziologin:
Zwischen Utopien und Wirklichkeit. Frauen mit
Migrationserfahrung in der Schweiz; **Brigit
Keller**, Studienleiterin PAZ: «Ein Netz des Mög-
lichen» – Reflexion unserer Zusammenarbeit
– Workshops: Empowerment für Migrantinn,
Binationales Zusammenleben als Ressource,
Migration und Utopie, Kinder in der Schweiz,
Zusammenarbeit an verschiedenen Orten:
Arbeit, Behörden, Schulen, Vereine
– Podiumsgespräch mit **Arlete de Castro Bau-
mann**, Brasilianischer Verein für Bildung und
Kultur, Ausländerbeirat Winterthur; **Victoria
Gsell**, Psychologin, Leiterin des Russischen Kin-
derballets Olten; **Zeedah Meierhofer-Mangeli**,
Sozialarbeiterin, Treffpunkt Schwarze Frauen
Zürich
– Feiern der 10jährigen Zusammenarbeit mit
Musik von **Samira Mall-Darby**
Nähere Auskünfte:
paz.bk@bluewin.ch, 043 336 70 46

ReSo-Agenda

«Abschied vom Neuen Menschen»? –
Diskussion mit **Hans Ulrich Jäger-Werth**
Mittwoch, 7. September, 18.30 Uhr, Gartenhof-
strasse 7, Zürich
18.00 Uhr Apéro

Wer wirbt für Neue Wege?

Leserinnen und Leser machen die beste
Werbung für unsere Zeitschrift. Von jeder
Nummer stehen genügend Gratisexemplare
zur Verfügung.
Kontakt: **Willy Spieler**, Butzenstrasse 27, 8038
Zürich, Telefon 01 482 91 17, spieler@goldnet.ch



Verbindende Projekte in Israel und Palästina

Geteilte Hoffnung ist doppelte Hoffnung
24. Sept. 05, 09.45–16.30 Uhr, Johannes Calvin-
Kirchgemeindehaus Bern.

Über neue grenzübergreifende Perspektiven diskutieren
die Friedensaktivistinnen **Viola Raheb** aus Palästina und
Molly Malekar aus Israel. Hinzu kommen Berichte über
medizinische Hilfe in Gaza und ein gemeinsames
Wasserprojekt.
Beitrag inkl. Essen Fr. 60.–;
Auskunft: tagung-pi@bluewin.ch.

Organisation und Anmeldung: Frauen für den Frieden Schweiz,
Huzlenstr. 34, 8604 Volketswil, oder online: www.frauenfuerdenfrieden.ch.

15 Jahre Politische Abendgottesdienste Zürich

Jubiläumsfeier, Freitag, 9. September 2005, 18.30 Uhr,
Pfarreisaal Liebfrauen, Weinbergstrasse 34, Zürich

Nach einem Apéro und einer Begrüssung wird das Duo «Frappant» mit
Gabriele Friedli (Klavier) und **Priska Wals** (Posaune) zu einem Podium
zusammenrufen

Thema: «Gottesdienst ist politisch!» Unter der Moderation von **Willy
Spieler**, Redaktor Neue Wege, diskutieren **Renate Huonker**, Pfarrerin,
Matthias Herfeldt, Sekretär Grüne Kanton Zürich, und **Max Keller**, bis
2004 Leiter der Paulus-Akademie Zürich, zusammen mit dem Publikum.

Den Abschluss bildet eine musikalische Improvisation mit dem Dank
und Ausblick des Teams.

Danach ist Zeit zum gemeinsamen Singen, Gespräch, Essen und Trinken.
Kontaktadresse: **Lienhard Hoesch**, Gschwendmatt, 8824 Schönenberg,
044 788 19 64; e-mail: l.hoesch@bluewin.ch



RomeroHaus Luzern

Im Kampf mit Gott – Kompaktseminar von Franz J. Hinkelammert

Am 16. und 17. September 2005 thematisiert der Befreiungstheologe und
Ökonom **Franz J. Hinkelammert** den «christlichen Fundamentalismus im
Dienst der neoliberalen Globalisierungsstrategie».

Ausgehend von der Kritik am neoliberalen Fundamentalismus des Mark-
tes und seiner Globalisierungsstrategie kommt Hinkelammert auf christ-
liche Fundamentalismen zu sprechen und zeigt schliesslich den Zusammen-
hang zwischen Fundamentalismuskritik und Interkulturalität auf.

Infos und Anmeldung (bis 7. September):
info@romerohaus.ch oder Telefon 041-375 72 72.